Beilage Kultur bildet.

3,00 €
März/
April

2|13

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikundkultur.net

In dieser Ausgabe:
Ernst Elitz
Lutz Marmor
Jacques Toubon
Johanna Wanka
Christoph Wulf
und viele andere

Ende einer Ära
Die Kulturrats-Präsidentschaft von Max Fuchs endet Mitte März. Im Interview lässt er die letzten zwölf Jahre Revue passieren. Seiten 4 und 5

Kultur und Strategie
Kulturentwicklungspläne: Zauber- oder Unworte? In vielen Ländern und Kommunen fragt man sich, wie es mit der Kultur weitergeht. Seiten 15 bis 22

Alles Schwarzseher?
Die GEZ-Gebühren sind Geschichte. Die Kritik an der neu eingeführten Haushaltsabgabe ebbt nicht ab. Eine Spurensuche. Seiten 23 bis 25

Kultur bildet.
Wir spüren im Dossier der Frage nach, wie es um die kulturelle Teilhabe in Deutschland bestellt ist. Kultur für alle.
Seiten 1 bis 8

Think big!

Wer als Kind oder Jugendlicher malt, singt oder Theater spielt, lernt ohne Zweifel etwas Zauberhaftes kennen, das etwas von dem erleben lässt, was den Menschen wirklich ausmacht. Die Kunst, die man im besten Fall durch kulturelle Bildung kennenlernt, ist etwas zu tief Geheimnisvolles, einer der wenigen Orte, die Schauer und Glück gleichermaßen verbinden. Jedes Kind in Deutschland hat ein Recht darauf, eine solche magische Welt kennenzulernen. Doch in unseren Schulen und im außerschulischen Bereich wird dieses Recht oftmals mit Füßen getreten. Ich meine damit den chronischen Unterrichtsausfall im Musik- und Kunstunterricht. Angebote zum Theaterspielen sind sowieso ein Luxus, den sich nur wenige Schulen leisten. Ich meine den Deutschunterricht, der oftmals gerade nicht die magische Welt der Literatur erleben lässt. Ich meine den Physikunterricht, der von Quarcks, Schwarzen Löchern und unendlichen vielen Paralleluniversen berichtet, ohne die magische Dimension dieser Ideen zu vermitteln. Ich meine auch den außerschulischen Musikunterricht, der für benachteiligte Kinder und Jugendliche oftmals in unerreichbarer Ferne liegt.

Besonders in der Schule, dem einzigen Ort, den alle Kinder besuchen (müssen), egal woher sie kommen, können Künstler, als die Experten fürs Magische, hilfreiche Dienste bei der kulturellen Bildung leisten. Das ist mitnichten eine neue Idee und schon gar nicht meine. Schon seit Jahrzehnten wird der Einsatz von Künstlern im Unterricht mit dutzenden Modellprojekten getestet. Gerade läuft das »Kulturagentenprogramm« der Kulturstiftung des Bundes und der Mercator-Stiftung, ein großangelegtes Modellprojekt zum Einsatz von Künstlern an Schulen, so richtig an.

Aber all die erstklassigen Projekte sind bislang nur zeitlich und räumlich begrenzte Luftschlösser gewesen, äußerst hübsch anzusehen, aber offensichtlich für den flächendeckenden Einsatz an Schule ungeeignet. Was helfen so ambitionierte Programme wie »Jedem Kind ein Instrument«, wenn selbst dieses hymnisch von der Politik gefeierte Programm nicht einmal in einem Bundesland flächendeckend umgesetzt wird.

Wie lange sollen die Kinder und Jugendlichen denn noch warten, um die kulturellen Bildungsangebote zu erleben, die wir seit Jahren in den Modellprojekten bejubeln? Manchmal beschleicht mich der Verdacht, dass einige Vertreter der kulturellen Bildung sich wohnlich in der Welt der Modellprojekte eingerichtet haben und das Ziel »Kulturelle Bildung für alle« aus den Augen verloren haben. Wir brauchen ein Ende der Bescheidenheit bei der kulturellen Bildung. Think big!

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur

FOTO: JLOKIJ / PHOTOCASE.COM

Den Horizont selbst definieren

Kultur, gesellschaftliche Veränderungen und die fortschreitende Digitalisierung: Was ist 2013 zu erwarten?

INES POHL

Bis Ende Januar hat es gedauert, bis Deutschland seine erste wirklich unerwartete Mediendebatte in diesem Jahr hatte: »Rainer Brüderle und der alltägliche Sexismus«. Das hatte wohl niemand auf dem Schirm. Selbst die Stern-Macher, die die Diskussion mit einem Porträt des FDP-Granden auslösten, hatten mit dieser Wut-Welle nach eigenen Aussagen nicht gerechnet. Entsprechend dezent war die Brüderle-Story auf dem Titel des Hochglanzmagazins ja auch angekündigt worden. Dass Deutschland in den eisigen Januartagen die Sexismusfrage so heiß diskutierte, lag in weiten Teilen auch an einer Öffentlichkeit, die sich jenseits der Herrschaftsbereiche der Medienkonzerne bewegt. Unter dem Claim #aufschrei hatten sich binnen kürzester Zeit zehntausende Frauen wie Männer über den Internetdienst Twitter zusammengetan, um Erfahrungen auszutauschen und unzensiert zu diskutieren, wo die Linie verläuft zwischen einem harmlosen Flirt und einer strukturell fest verankerten sexistischen Anmache. Eine Mega-Debatte, die zwar ausgelöst wurde durch den Bericht

Das Zauberwort heißt Algorithmen

in einem traditionellen Medium, dann aber völlig unabhängig von jeder Lenkung geführt wurde. Es war die digitale Wutwelle also, die dieses Thema aus der lila Schmuddelecke auf die Titelseiten und in die prominenten Talkshows spülte. Es war die Macht der Vielen, die die journalistische Agenda setzte. Verliert dadurch der klassische Journalismus an Bedeutung? Nein, die Rolle, die Qualitätsmedien in einer Demokratie spielen oder spielen sollten, bleibt unberührt wichtig. Aber die Spielregeln, die ändern sich. Die digitale Revolution ist in vollem Gange und macht letztlich vor keinem einzigen gesellschaftlichen Bereich halt, nicht vor den Medien, nicht vor bildenden Künstlern, Musikern, Tänzern, nicht vor Sportvereinen, nicht vor Kulturschaffenden jeglicher Art. Ist das schlimm? Nein. Aber genauso wenig sind die Veränderungen einfach nur gut. Denn so verlockend die vielen Möglichkeiten in der digitalen Welt sind, so groß sind die Gefahren, in die sich vor allem jene Menschen begeben, die zu bequem sind, sich auseinanderzusetzen, sich damit zu beschäftigen, was wirklich passiert, wenn man sich die ganze Welt künftig nur noch per Mausklick erschließt und über den Computer vermeintlich ins Wohnzimmer holt. Erst einmal sind sie natürlich ganz wunderbar angenehm, die Möglichkeiten, die Menschen zur Verfügung stehen, die über eine schnelle Internetanbindung und einen leistungsfähigen Rechner verfügen. Ruckizucki sind Flüge gebucht, Konzertangebote durchstöbert, Neuerscheinungen in der Buch- und Filmwelt gescannt.

Aber genau hier wird es tückisch. Denn die vermeintlich unbegrenzten Welten sind in vielen Bereichen das genaue Gegenteil. Nämlich stark reglementierte und ausgesprochen intransparente Strukturen, die vor allem auf eines abzielen: Etwas zu verkaufen. Sei es ein Endprodukt, wie ein Buch, eine CD, eine DVD oder eben eine Konzertkarte. Oder das andere wertvolle Verkaufsprodukt, die kundenorientierte Werbung, die ganz speziell die angenommenen Reflexe des jeweiligen Users ansprechen soll. Wie funktioniert das? Das Zauberwort heißt Algorithmen. Sie sind dafür verantwortlich, dass das, was Ihnen bei der Suche nach den aktuellen Romanerscheinungen präsentiert wird, nicht dasselbe sein muss, wie das, was für Ihre Tochter bei derselben Suchanfrage gefunden wird. Die Filmempfehlungen, die Sie erreichen, dürften andere sein als die für Ihren Sohn, der Restaurant-Tipp ein anderer als für Ihre Nachbarin, der Konzert-Tipp anders als der Ihres Enkels. Smarte Verkaufsstrategen haben die Rechenformeln, jene Algorithmen also, ausgetüftelt, die beispielsweise berechnen, welcher Film bei Ihnen auf größtes Kaufinteresse stoßen sollte. Als Kriterien werden zu Grunde gelegt, was sie bisher gekauft haben, auf welchen Internetseiten sie sich bewegen, von wo aus sie sich im Regelfall einloggen, wenn die Daten vorhanden sind, wie alt Sie sind und welches Auto Sie fahren. Die vermeintlich unendlichen Welten werden so in Wirklichkeit immer kleiner, da es Formeln sind, die empfehlen und Suchanfragen beantworten und diese sich eben nicht primär an den tatsächlichen Angeboten orientieren, sondern diese

Das Netz schränkt die zufällige Horizonterweiterung massiv ein

immer wieder durch Ihren erfassten Horizont filtern. Nun mögen Sie sagen: Auch als Zeitungsleser einer Zeitung sind meine Informationen ja vorsortiert. Die FAZ stellt auf ihren Literaturseiten eine spezifische Auswahl an Büchern vor. Taz-Redakteure werden zum Jahreswechsel sicher andere Bücher als die Kollegen von der ZEIT oder der FAZ empfehlen. Und selbst wenn es die gleichen Titel sind, ist anzunehmen, dass die Wertschätzung mit anderen Argumenten kommuniziert wird. Da Magazine, Zeitungen, Fachzeitschriften mit breit aufgestellten Redaktionen besetzt sind, ist eine gewisse menschliche Pluralität garantiert. Der Algorithmus aber ist allein auf Geschäftstüchtigkeit programmiert. Gerade im Wahljahr 2013 lohnt in diesem Zusammenhang ein Blick in die Vereinigten Staaten, um zu verstehen, dass es um viel mehr geht, als um relativ harmlose Konzertempfehlungen – letztlich nämlich um eine völlig neue, kapitalistisch berechnete Weltvermessung. Im vergangenen Präsidentschaftswahl-

Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 2/2013
ISSN 1619-4217
B 58 662

EDITORIAL

Think big!
Olaf Zimmermann 01

LEITARTIKEL

Den Horizont selbst definieren
Ines Pohl 01

AKTUELLES

Kulturelle Bildung für alle!
Stefanie Ernst 02

Gute Kulturpolitik – acht Behauptungen
Olaf Zimmermann 03

INLAND

Themen offensiv aufgreifen und Debatten konsequent führen
Andreas Kolb im Gespräch mit Max Fuchs 04

Kulturelle Bildung geschieht vor Ort
Stefanie Ernst 06

»Cultural Policy for the Arts in Development«
Wolfgang Schneider 08

EUROPA

Ungleiche Verteilung
Jacques Toubon 09

Bildung durch immaterielles kulturelles Erbe
Christoph Wulf 10

WEITE WELT

Freiheit, die wir meinten?
Reinhard Baumgarten 09

Publikum von morgen
Christian Potschka 10

Kultureller Austausch auf Augenhöhe
Girish Shahane 11

KULTURELLE BILDUNG

Fremde Impulse
Barbara Seifen 12

Luther und die Hölle
Carsten Schmelzer 12

KULTURELLES LEBEN

Die Rote Liste
Studienzentrum für Künstlerpublikationen, Weserburg 13

Stadtbibliothek Essen 13

Elektrohaus Hamburg 13

Fachlehramt für Musik und Kunst an Grundschulen, Berlin 13

Von politischen Aufbrüchen und Kunstwerken der Zukunft
Andreas Kolb 14

Pikantes am Bibelschnitt
Georg Ruppelt 14

Kulturmensch
Johanna Wanka 14

SCHWERPUNKT

Mach' mal einen Plan
Gabriele Schulz 15

Eine unendliche Geschichte?
Rolf Teucher 17

Erhalt und Entwicklung
Klaus Nerlich 17

Jetzt muss die Politik Farbe bekennen
Olaf Zimmermann 18

Die Kulturagenda Westfalen
Barbara Rüschoff-Thale und Yasmine Freigang 20

Masterplan Kulturmetropole Ruhr
Dieter Nellen 21

Vom Geheimtipp zur Produktmarke
Karla Fohrbeck 22

MEDIEN

Akzeptanz durch Programm und Transparenz
Helmut Hartung 23

Wo ist die Strategie?
Ernst Elitz 24

Am Wendepunkt
Thomas Frickel 25

Es darf gestritten werden!
Lutz Marmor 25

NETZKULTUR

Kultur und Wissen online
Ellen Euler 26

Chance für die Vielfalt der Spiele nutzen
Felix Zimmermann 27

WISSENSWERTES

Blätterrauschen
Börsenblatt – Wochenmagazin für den Deutschen Buchhandel 27

DAS LETZTE

Kurz-Schluss: Wie ich einmal für unser Land den Sinn der Räterepublik völlig neu erfand
Theo Geißler 28

Kurznachrichten 28

Karikatur 28

Impressum 28

BEILAGE KULTUR BILDET. 01-08

DER AUSBLICK 3|13

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. Mai 2013.
Dann heißt es: Manege frei. Es wird bunt, es darf gelacht werden und ein wenig gestaunt. Wir wagen uns in die Welt der Artistik, des Zirkus und der Körperkunst.

Fortsetzung von Seite 1

kampf konnten wir genau beobachten, wie die virtuellen Möglichkeiten ganz konkreten Einfluss nehmen auf die knallharte politische Realität. Zielgenau wurde von beiden Seiten, den Republikanern wie den Demokraten, die Wahlwerbung mit Hilfe von mathematischen Formeln auf potenzielle Wählergruppen ausgerichtet. Da in Amerika die Datenschutzauflagen deutlich lockerer gefasst sind, liegen sehr detaillierte Informationen vor und es ist für Computerprogramme ein Leichtes, die Internetwerbung ziemlich genau auf die angenommenen Bedürfnisse des potenziellen Wählers abzustimmen. Haben Sie Kinder, sind Sie chronisch krank oder in der Musikbranche tätig, wird der Kandidat Sie mit den entsprechend fokussierten Wahlversprechen versuchen zu gewinnen. Hier sind es bessere Schulangebote, dort eine bessere Gesundheitsvorsorge, hier das Versprechen, gegen illegale Downloads im Internet vorzugehen, dort unter Umständen das Versprechen, die Restriktionen zu lockern. Je nach angenommenen Interessen werden die Wahlversprechen formuliert. Und das ist gruselig. Denn damit wird es letztlich gänzlich unmöglich abzuschätzen, welche Schwerpunkte beispielsweise ein künftiger Präsident tatsächlich zu setzen gedenkt. Auch wenn es in Deutschland eine deutlich strenger geschützte Privatsphäre gibt, versuchen auch hier Konzerne wie Parteien an immer mehr Informationen über Kunden oder Wähler zu gelangen. Durchaus auch über legale Wege. So sind beispielsweise Bonuspunkte im Einkaufsmarkt nicht nur ein Kundenbindungsinstrument, sondern auch eine wirksame Masche, sehr einfach an wertvolle Daten zu gelangen. Dass der Mensch immer gläserner wird, ist vielen mittlerweile bewusst. Dass durch die digitale Revolution und die zunehmende Abhängigkeit von Internetsuchmaschinen das Gesichtsfeld immer kleiner wird, damit will sich aber niemand so recht beschäftigen. Dabei sind die Auswirkungen für die Pluralität einer Gesellschaft gewaltig. denn es ist ja nicht nur die formelhafte Welt der Algorithmen, die Horizonte einschränkt. Um im Überangebot an Informationen nicht unterzugehen, bauen viele Menschen digitale Leitplanken in ihr Nutzungsverhalten ein. Sie besuchen dezidiert nur noch ganz bestimmte, interessengeleitete Webseiten oder nutzen die Struktur ihrer jeweiligen Sozialen Netzwerke, um andere die Informationen, mit denen sie konfrontiert werden wollen, auswählen zu lassen. So blättern immer weniger Menschen morgens durch eine Zeitung und finden dabei Artikel zu Themen, die sie nie gesucht hätten. Im Netz gibt es diese zufällige Horizonterweiterung nicht mehr, wenn die User nur noch ganz gezielte Anfragen stellen. Das beiläufige Kennenlernen, die ungeplante Begegnung mit dem Unerwarteten und Fremden findet so nicht mehr statt. Und das ist ein kultureller Verlust in einer einerseits immer komplexer werdenden Welt, in der sich die Menschen in ihre kleinen Nischen bewusst zurückziehen oder eben durch gewiefte

FOTO: ANJA WEBER

Ines Pohl

Digitale Leitplanken engen die Menschen im Netz ein

Marketingstrategen gedrängt werden. War früher also alles besser? Nein, in der digitalen Revolution liegen große, wunderbare Möglichkeiten. Es sind ja nicht nur Informationen, die jetzt in einer ganz anderen Bandbreite abrufbar sind. Auch immer mehr Kulturschaffende haben phantastische digitale Angebote in ihrem Portfolio. So kann ich, auch wenn ich mir die Konzertkarte oder die Anreise nicht leisten kann, Konzerte hochkarätiger Orchester im Netz oft umsonst und in hoher Qualität verfolgen, es gibt virtuelle Rundgänge in Museen, Livestreams von Veranstaltungen und Diskussionsrunden. Menschen, die ihre Länder nicht verlassen dürfen, können zu internationalen Konferenzen via Skype zugeschaltet werden: Diese neue Welt kann also in der Tat viel bunter und vielfältiger, letztlich auch demokratischer und gerechter werden. Allein es ist keine Selbstverständlichkeit, dafür aber Arbeit, die sich zu investieren lohnt. Nicht nur, weil man dann das Netz viel besser nutzen kann. Sondern weil wir die Gefahr verringern, uns letztlich von Rechenformeln den eigenen Horizont definieren zu lassen.

Ines Pohl ist Chefredakteurin bei der taz

Kulturelle Bildung für alle!

Neues Internetportal »kultur-bildet.de« ist online

STEFANIE ERNST

Seit Mitte Februar existiert ein neuer online-Wegweiser zur kulturellen Bildung. Der Deutsche Kulturrat hat das Internetportal »kultur-bildet.de« freigeschaltet. Über das Internetportal werden Informationen zur kulturellen Bildung aus den Verbänden, der Politik und der Forschung auf Bundes- und Länderebene gebündelt und einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. »kultur-bildet.de« ist ein Modul der Dialogplattform Kulturelle Bildung des Deutschen Kulturrates. Sie wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Akteure, Förderer, Projekte und Wettbewerbe im Bereich der kulturellen Bildung

Das Internetportal zur kulturellen Bildung gewährt dem Nutzer einen umfangreichen Ein- und Überblick zur kulturellen Bildung in Deutschland sowie zum Projekt Dialogplattform Kulturelle Bildung. So erfahren Sie mehr über die Arbeitsweise der Dialogplattform, die sich aus Internetportal, Arbeitskreis, Kuratorium, der Zeitungsbeilage sowie Veranstaltungen – Dialogforen genannt – zusammensetzt.

Das aktuelle Geschehen im Bereich der kulturellen Bildung können Sie über die mehrmals täglich aktualisierten News auf der Website verfolgen. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, den kostenlosen wöchentlichen Newsletter zu abonnieren. Als zusätzliches Serviceangebot erhalten Sie über den Terminkalender Einblick in die bevorstehenden Veranstaltung, Kongresse, Bewerbungsfristen oder öffentliche Sitzungen. Die Stellenbörse bietet Ihnen eine Auswahl von Stellenangeboten im Bereich der kulturellen Bildung.

Das Herzstück des Internetportals ist die umfangreiche Datenbank. Diese beinhaltet die relevanten Akteure, Förderer, Projekte und Wettbewerbe, die im Bereich der kulturellen Bildung existieren. Auf diese Weise kann die beeindruckende Vielfalt an Angeboten der kulturellen Bildung, die in Deutschland existiert, abgerufen werden. Kulturelle Bildung genießt in allen künstlerischen Sparten einen sehr großen Stellenwert. Ob in Museen, Stiftungen, in Künstlerateliers, Theatern und Opernhäusern oder in Bibliotheken – kulturelle Bildung ist an vielen Orten erlebbar. Entsprechend sind die Suchkriterien der Datenbank angelegt. Neben der Suche über Sparten kann die Suche über Themen, Kategorien und Regionen eingegrenzt werden. Die Infothek mit den angeführten Publikationen, gesetzlichen Grundlagen und Stellungnahmen rundet das Angebot von »kultur-bildet.de« ab.

Gestartet sind wir mit einem Datenpool von weit mehr als 1.000 Einträgen zum Thema. In den nächsten Monaten und Jahren soll das Portal ständig wachsen. Aus diesem Grund sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen. Veranstaltungen, Projekte oder Akteure der kulturellen Bildung, die bislang noch nicht über die Datenbank abrufbar sind, können Sie über mitmachen@kulturrat.de melden.

Kulturelle Bildung für alle ist unser Ziel: Machen Sie mit!

www.kultur-bildet.de

Stefanie Ernst ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Kulturrat

Gute Kulturpolitik – acht Behauptungen

Wie sollte Kulturpolitik konkret aussehen?

OLAF ZIMMERMANN

Gute Kulturpolitik zeichnet sich dadurch aus, dass sie alle Menschen mit ihren kulturellen Bedürfnissen, Erfahrungen und Potenzialen in den Blick nimmt. Gute Kulturpolitik schafft den Rahmen für kulturelle Aktivitäten, für Künstler und Kulturnutzer. Also: für junge und für alte Menschen, für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, für Kulturinteressierte und solche, die es noch werden wollen, für an traditioneller Kultur Interessierte und Avantgardisten, für alle gesellschaftlichen Schichten und Milieus. Gute Kulturpolitik ist nicht paternalistisch, sondern knüpft an den Erfahrungsschatz jedes Einzelnen an und will Zugänge zu Kunst und Kultur ermöglichen. Gute Kulturpolitik ist offen für neue Ausdrucksformen und noch ungewohnte künstlerische Ausdrucksmöglichkeiten. Gute Kulturpolitik heißt, die Veränderungen der Gesellschaft wie z.B. den demografischen Wandel oder auch die erweiterten technischen Möglichkeiten aufgrund der Digitalisierung immer mitzudenken. Gute Kulturpolitik steht nicht als Kontrapunkt gegen diese Entwicklungen, sondern gestaltet vielmehr die gesellschaftlichen Veränderungen aktiv mit. Konkret heißt dies:

1. Gute Kulturpolitik will Zugang zu Kunst und Kultur ermöglichen

Kunst und Kultur soll allen Menschen zugänglich sein. In Deutschland besteht eine lange Tradition der öffentlichen Kulturförderung. Diese öffentliche Kulturförderung ist unverzichtbar, um ein breites kulturelles Angebot zu sozialverträglichen Preisen zu ermöglichen. Öffentliche Kultureinrichtungen haben das Privileg, dass sie sich nicht dem wirtschaftlichen Wettbewerb stellen müssen. Daraus ergibt sich die Chance, auch Angebote zu unterbreiten, die nur kleine, eingeweihte, interessierte Kreise ansprechen. Das ist unverzichtbar für die künstlerische Entwicklung. Zugleich müssen sich öffentlich geförderte Kultureinrichtungen auch daran messen lassen, ob es ihnen gelingt, mit ihren Angeboten möglichst viele Menschen aller gesellschaftlichen Schichten und Milieus zu erreichen, denn nur so können die Einrichtungen auf Dauer ihrem Auftrag gerecht werden und nur so kann die öffentliche Finanzierung dauerhaft gerechtfertigt werden.

2. Gute Kulturpolitik meint alle hier lebenden Menschen

Gute Kulturpolitik ist nicht elitär. Alle Menschen haben das Recht auf Teilhabe an Kunst und Kultur. Daraus folgt die Anforderung, Kulturpolitik so zu gestalten, dass tatsächlich jeder partizipieren kann. Ebenso muss die Kultur aller hier lebender Menschen Respekt und Unterstützung erfahren. Kunst und Kultur hier lebender Menschen mit Migrationshintergrund gehören zur Gegenwartskultur. Ebenso nimmt die gute Kulturpolitik alle Generationen in den Blick.

3. Gute Kulturpolitik schützt die Kreativen

Eine Politik der Teilhabe heißt zugleich, dass Künstler und Publizisten an der Gesellschaft teilhaben können müssen. Das geistige Eigentum ist der Rohstoff der Kulturwirtschaft. Ohne Kunstwerke, ohne die Arbeit von Künstlern, ohne ihre künstlerischen Ideen, hat die Kulturwirtschaft keine neuen Produkte. Der Schutz des geistigen Eigentums ist essenziell. Die Verbindung zwischen Urheber und Werk ist unverbrüchlich und darf nicht in Frage gestellt werden. Ebenso müssen Urheber einen wirtschaftlichen Ertrag aus der Nutzung ihrer Werke ziehen können.

Vor gut 30 Jahren wurde die Künstlersozialversicherung auf den Weg gebracht. Gute Kulturpolitik steht zu diesem Sondersystem der gesetzlichen Sozialversicherung, weil Künstler und Publizisten nach wie vor besonders schutzbedürftig sind. Die solidarische Finanzierung der Künstlersozialversicherung durch Künstler und Unternehmen ist ein unabdingbarer Grundpfeiler dieses sozialen Sicherungssystems und spiegelt die symbiotische Beziehung zwischen Künstler und Unternehmen, die künstlerische Leistungen in Anspruch nehmen, wider. Gute Kulturpolitik sieht sogleich die Herausforderung, eine Absicherung im Rahmen des gesetzlichen Sozialversicherungssystems für jene in der Kulturwirtschaft Tätigen zu entwickeln, die nicht Mitglied der Künstlersozialversicherung werden können. Die bereits in der Politik diskutierten Modelle einer Bürgerversicherung sollen gerade auch mit Blick auf diese Gruppen konsequent weiterentwickelt und vorangebracht werden.

4. Gute Kulturpolitik gestaltet die digitale Gesellschaft

Die Digitalisierung ist nicht allein eine technische Frage. Es wird vielmehr durch die technische Entwicklung ein tiefgreifender gesellschaftlicher und kultureller Wandel initiiert. Kulturpolitik und Politik für die digitale Gesellschaft sind keine Gegensätze. Ganz im Gegenteil, gerade Künstler haben bereits vor Jahrzehnten die neuen technischen Möglichkeiten für ihre Werke genutzt und die Entwicklung vorangetrieben. Die digitalen Möglichkeiten eröffnen ganz neue Chancen des Zugangs zu Kunst und Kultur.

5. Gute Kulturpolitik ist offen für bürgerschaftliches Engagement

Das bürgerschaftliche Engagement ist ein wesentlicher Pfeiler eines demokratischen Gemeinwesens. Engagierte Bürgerinnen und Bürger sind keine Lückenbüßer für fehlende staatliche Leistungen. Sie wollen in der Gesellschaft etwas bewegen und verändern und nehmen Verantwortung für andere und für das Gemeinwesen wahr. Gute Kulturpolitik fördert und unterstützt das bürgerschaftliche Engagement, gerade auch wegen seinem Eigensinn und seiner Staatsferne – auch im Kulturbereich.

6. Gute Kulturpolitik setzt auf Kooperationen von Bund und Ländern

Das im Grundgesetz verankerte Kooperationsverbot von Bund und Ländern in Bildungs- und kulturpolitischen Fragen hat sich nicht bewährt. Derzeit müssen Bund und Länder unnötige Umwege für eine Zusammenarbeit nehmen. Gute Kulturpolitik setzt sich für eine Abschaffung des Kooperationsverbots ein und tritt offen für gemeinsame Vorhaben von Bund und Ländern im Kulturbereich ein.

7. Gute Kulturpolitik will Kommunen stärken

Kulturförderung wird vor allem von den Kommunen geleistet. Gute Kulturpolitik setzt sich daher für eine finanzielle Stärkung der Kommunen ein, damit sie ihren Kulturförderaufgaben nachkommen und eine angepasste kulturelle Infrastruktur entwickeln und aufrechterhalten können.

8. Gute Kulturpolitik wird Profil der Bundeskulturpolitik schärfen

Das Amt eines Staatsministers für Kultur und Medien hat sich bewährt. 15 Jahre nach Einführung des Amts muss über eine Schärfung des Profils diskutiert werden. Dazu gehört eine kulturpolitische Diskussion zu den mittel- und langfristigen Kulturförderaufgaben des Bundes. Ebenso muss für die primäre Aufgabe der Bundeskulturpolitik, der Gestaltung der Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur durch gesetzliche Maßnahmen, eine mittel- und langfristige Planung erarbeitet werden. Ein Bundeskulturministerium mit der Möglichkeit, eigene Gesetzesinitiativen zu ergreifen, würde zu einer Profilierung der Bundeskulturpolitik einen wichtigen Beitrag leisten.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

Themen offensiv aufgreifen und Debatten konsequent führen

Andreas Kolb im Gespräch mit Max Fuchs, dem scheidenden Präsidenten des Deutschen Kulturrates

Seit 25 Jahren leitet Max Fuchs als Direktor die traditionsreiche Akademie Remscheid, seit zwölf Jahren ist er Präsident des Deutschen Kulturrates. Das Amt in Remscheid legt Fuchs mit dem Erreichen des Pensionsalters im November nieder, seine Kulturratspräsidentschaft endet nach Ablauf der sechsten Amtsperiode am 12. März. Gleich zwei Gründe für Politik & Kultur-Redakteur Andreas Kolb, ein ausführliches Gespräch mit dem Kulturpolitiker, Manager, Publizisten, Hochschullehrer und Kulturwissenschaftler zu führen.

Herr Fuchs, Sie werden diesen September 65 Jahre alt und werden nicht mehr für den Vorsitz des Kulturrates kandidieren. Warum?
Laut unserer neuen Satzung muss man Sprecher oder stellvertretender Sprecher einer Sektion sein, um in den Vorstand gewählt zu werden. Da ich mit dem Ende meiner hauptberuflichen Tätigkeit nicht mehr Mitglied meiner Sektion sein kann, kann ich auch nicht mehr gewählt werden. Zwölf intensive Jahre sind allerdings auch genug.

Sie selbst haben in einem früheren Interview gesagt, »das Leben ist eine einzige Fortbildungsveranstaltung.« Wie stellen Sie sich denn Ihren (Un-)Ruhestand vor?
Auch wenn die Beteiligung an gestalterischen politischen Prozessen im Kulturrat mir Freude bereitete, war ich im Grunde meines Herzens immer Wissenschaftler. Dies gilt auch für meine Leitungstätigkeit in der Akademie. Von daher gehe ich nicht in den Ruhestand: Ich habe weiterhin einen Lehrauftrag an der Universität in Basel und eine Honorarprofessur in Essen. Hinzu kommen noch Forschungsprojekte.

Sie haben Mathematik, Wirtschaftswissenschaften, Erziehungswissenschaften und Soziologie studiert und sind dann zunächst ins Lehramt für Mathematik gegangen. Wie stellt sich Ihr Werdegang zum Wissenschaftler aus heutiger Perspektive dar?
Die Entscheidung fürs Lehramt war zunächst ökonomisch bedingt, denn ich musste mir mein Studium selbst verdienen. Nach meinem Vordiplom in Mathematik 1974 hat sich für mich die Gelegenheit ergeben, an einer Schule als Aushilfslehrer anzufangen. Das hat mir großen Spaß gemacht und mir ist dort klar geworden, dass ich mich nicht nur mit Mathematik beschäftigen möchte. Nach meinem Mathematikdiplom habe ich deshalb anschließend Pädagogik und Soziologie studiert. In diesen Fächern habe ich dann promoviert, weil mir nach zehn Jahren Mathematik am Gymnasium und an der Fachhochschule das Unterrichten auf die Dauer zu eng wurde.

Welche wissenschaftlichen Arbeiten stehen derzeit oben auf der Agenda?
Ich begleite weiterhin das Konzept einer »Kulturschule«, das in den letzten zehn Jahren in Remscheid entwickelt wurde und schon eingeflossen ist in das neue »Kulturagenten«-Programm. Mein Ziel ist es, eine Methodologie zu entwickeln, damit Schulen ein eigenes Kulturprofil entwickeln können. Außerdem arbeite ich an einem größeren mentalitätsgeschichtlichen Projekt: Im Zentrum steht die Frage, wie wir Menschen beschaffen sein müssen, damit wir unseren Aufgaben gewachsen sind. Hierbei möchte ich insbesondere die Rolle der Künste untersuchen.

Im Grunde meines Herzens war ich immer Wissenschaftler

Ist das letztgenannte Projekt gebunden an eine Institution?
Nein, es ist dieses Mal ein freies Projekt ohne institutionelle Anbindung. Es gliedert sich aber in meine bisherige Arbeit ein. Es geht um mein »Lebensthema«, also um kulturelle Bildung: Wie entsteht ein starkes Subjekt und wie kann die Gesellschaft und speziell die Pädagogik dabei helfen?

FOTO: SERVIZIO FOTOGRAFICO ED »L'O.R.«

Begrüßung durch den damaligen Papst im Anschluss an die Generalaudienz: Benedikt XVI., Max Fuchs, Cornelia Reifenberg, Peter Reifenberg, Olaf Zimmermann und Georg Ruppelt (v.l.)

Die Bemühungen der Akteure in diesem Feld nehmen zu, so gibt es etwa ganz neu die »Bündnisse für Bildung«. Wie würden Sie kulturelle Bildung definieren?
Ich habe viele Jahre Arbeit investiert, um die theoretischen Grundlagen eines zeitgemäßen Bildungsbegriffs klären zu helfen. In diesem Zusammenhang habe ich »Lebenskunst« und »Lebenskompetenz« als vielleicht sozialverträglichere Begriffe ausprobiert. Es geht um die Erfüllung eigener Lebensziele und das Vermögen, dies zu bewerkstelligen. Kulturelle Bildung hat das als Ziel, Künste und künstlerische Fertigkeiten sind spezifische Möglichkeiten, dieses Ziel zu erreichen. Sie haben die Aufgabe, die Menschen stark zu machen, damit sie ihr Leben lustvoll bewältigen können.

Oft hat man den Eindruck, besagte Bemühungen gingen einher mit einem Rückgang von institutionalisierter Bildungslandschaft. Kann man das so sehen?
Tatsächlich stehen wir vor einer Kreuzung, aber mit deutlichen Gestaltungsmöglichkeiten: 230 Millionen Euro vom Bildungsministerium im Rahmen der »Bündnisse für Bildung«, speziell für kulturelle Bildung oder das Kulturagentenprogramm, an dem fünf Bundesländer beteiligt sind, sowie viele verschiedene Länderinitiativen belegen, dass über kulturelle Bildung nicht nur geredet wird. Es gibt allerdings bildungspolitische Gegenpositionen, die viel stärker auf unmittelbar verwertbares Wissen zielen. Dieser Streit ist noch nicht entschieden. Daher haben wir auch mit den großen Verbänden wie der BKJ (Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e.V.) und dem Kulturrat in diese Debatte eingegriffen, um den richtigen Weg zu gehen.

Sie waren 25 Jahre Direktor der Akademie Remscheid, zwölf Jahre Präsident des Deutschen Kulturrates. Was waren Ihre persönlichen »Highlights«?
Interessant war die Debatte mit der WHO (Welthandelsorganisation): Wir kämpften als Deutscher Kulturrat dafür, dass Kultur und Medien in das GATS-Abkommen (GATS: General agreement on Trade with services) nicht aufgenommen werden. Denn das hätte bedeutet, dass Kunst und Kultur ausschließlich ökonomisch betrachtet werden würden. Vor allem unsere Beteiligung an wirtschaftspolitischen Debatten hat viele überrascht. Wir haben uns dann kräftig in die Entstehung der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt quasi als Gegengewicht zu GATS eingemischt. Allerdings mussten wir in diesem Zusammenhang viel über die Funktionsweise des Völkerrechts dazulernen. Kulturpolitik ist in den letzten zwölf Jahren sehr viel komplizierter geworden.

Sie sind persönlich berufenes UNESCO-Mitglied. Bleibt das so?
Man wird für vier Jahre berufen. Da ich gerade neu gewählt wurde und meine Beteiligung als UNESCO-Mitglied unabhängig von meinen Funktionen in anderen Verbänden ist, habe ich dieses Amt weiter inne.

Was sind die großen Themen des Kulturrates in den kommenden Jahren? Wie wird sich der Verband entwickeln?
Der Kulturrat muss am Puls der Zeit bleiben, Künste und Kultur sind ein sich dynamisch entwickelndes Feld. Man muss auch Debatten führen wie z.B.: Gehören Computerspiele zur Kultur? Und müssen diese im Kulturrat vertreten werden? Wir haben diese Frage mit Ja beantwortet. Schwierigkeiten kommen in Zukunft bezüglich der Netzpolitik auf uns zu. Ich sehe mit Sorge, dass es zu einer Zweiteilung kommen könnte, einmal in die traditionelle Kulturpolitik und in eine junge dynamische Netzpolitik, die eher auf der Seite der Nutzer steht, wo es um Teilhabegerechtigkeit geht. Hier muss man ganz offensiv diskutieren. Ich werde außerdem nicht müde, davor zu warnen, die Probleme mit der Teilhabe in öffentlich geförderten Kultureinrichtungen auf die leichte Schulter zu nehmen. Wir hatten deshalb im Kulturrat ein Projekt mit Migrantenorganisationen: Es schlägt einem da eine große Frustration entgegen. Migranten und ihre Organisationen fühlen sich nicht angemessen von der Kulturpolitik berücksichtigt.

Die Kultur ist ein sich dynamisch entwickelndes Feld

Man muss folgendes sehen: Kinder aus Migrantenfamilien machen auch Abitur und studieren. Sie sitzen dann auch an den Schalthebeln der Macht und sie werden sich daran erinnern, dass man sie in ihrer Jugend nicht sonderlich gewertschätzt hat im Hinblick auf entsprechende kulturelle Angebote. Ob sie dann das notwendige Engagement für die Erhaltung der jetzigen kulturellen Infrastruktur aufbringen werden, ist fraglich.

Fortsetzung auf Seite 5

FOTO: DEUTSCHER KULTURRAT

Max Fuchs und Klaus-Dieter Lehmann bei der Verleihung des Kulturgroschens 2008

Bernd Neumann, Max Fuchs und Jürgen Flimm (v.l.) bei der Feier 30 Jahre Kulturrat

Max Fuchs verleiht den Kulturgroschen 2011 an Wolfgang Huber

FOTOS: DEUTSCHER KULTURRAT

Fortsetzung von Seite 4

Wenn Sie an die Arbeit der vergangenen zwölf Jahre zurückdenken: Was möchten Sie weitergeführt wissen?
Grundsätzlich finde ich es wichtig für den Kulturrat, Themen offensiv aufzugreifen. Ich finde es etwa richtig, dass der Kulturrat Themen wie Religion und Kirche als Kulturmacht besetzt und wünsche mir, dass noch mehr berücksichtigt wird, dass viele Menschen die offizielle Amtskirche

Thematisch ist der Deutsche Kulturrat auf dem richtigen Weg

ablehnen und ihren Bedarf an Spiritualität anders decken. Denn darin besteht auch eine Legitimation für Künste: Es gibt eine nicht zu verleugnende Verbindung zwischen Religion und Kunst, denn sie ist im 19. Jahrhundert auch als funktionales Äquivalent von Religion verstanden worden.
Was die Themen betrifft ist der Kulturrat m. E. auf dem richtigen Weg: Er hat das erwähnte Projekt mit Migrantenorganisationen durchgeführt, hat das Thema Religion und Kirche angepackt. Und wenn der Verband jetzt offensiv das Projekt der Teilhabe anpackt, dann hat er genügend zu tun in den nächsten Jahren.

Was würden Sie aus heutiger Sicht anders machen?
Der Deutsche Kulturrat ist ein komplexer Apparat mit etwa 240 mittelbaren Mitgliedsorganisationen. Es ist nicht so, dass ein einzelner Mensch bzw. ein einzelnes Organ im Alleingang etwas entscheiden könnte: Der Kulturrat ist ein Projekt von vielen. Er ist demokratisch strukturiert. Man kann höchstens Impulse setzen. Ich bin dankbar, dass ich die Gelegenheit hatte, meine Impulse und auch meine Überlegungen zu den theoretischen Grundlagen der Kulturpolitik immer wieder einzubringen. Mein besonderes Anliegen war es immer, dass der Kulturrat nicht nur effektiv Alltagsdinge regelt, was er natürlich tun muss, sondern dass er auch als Instanz gesehen wird, in der darüber nachgedacht wird, was Gesellschaft, Kunst und Kultur heißt und wie man politisch intervenieren müsste. Ich wünsche mir, dass diese Reflexionsebene künftig erhalten bleibt.

Benötigt der Deutsche Kulturrat einen Strukturwandel?
Wir haben in den vergangenen zwölf Jahren zwei große Strukturdebatten gehabt. Es ist letztlich strukturkonservativ im Wesentlichen bei dem geblieben, was war. Unter anderem hätte ich mir die Möglichkeit einer unmittelbaren Mitgliedschaft der 240 Verbände vorstellen können. Das hat sich nicht durchgesetzt in der Satzungsdiskussion. Somit ist in den nächsten Jahren die Struktur mit Sprecherrat und Sektionen vorgegeben.

Seit Längerem gibt es Politik & Kultur auch digital. Was bevorzugen Sie, Print oder online?
Wenn Politik & Kultur vorab im Netz steht, schaue ich sie mir sofort an, prinzipiell bin ich aber eher papiergebunden. Ich finde es gut, dass die Verlage zweigleisig fahren und sowohl digitale als auch gedruckte Versionen ihrer Erzeugnisse anbieten. Ich persönlich möchte meine Texte mit dem Stift markieren und brauche sozusagen das Material vor mir.

25 Jahre waren Sie Direktor der Akademie Remscheid. Wie sehr sind Sie dort noch in irgendeiner Weise beheimatet?
Diese fachliche Heimat spielt eine wichtige Rolle, denn man muss von den Kolleginnen und Kollegen getragen werden und mit ihnen über Probleme diskutieren können. Wenn man allerdings mit über 65 in einer für Kinder und Jugendliche geschaffenen Institution aufhört, ist ein Generationenwechsel sicherlich für die Institution von Vorteil. Dieselbe Dynamik, das Verknüpfen des eigenen Schicksals mit dem der Akademie, Dinge also, wie ich sie bei meinem Amtsantritt mit nicht einmal 40 Jahren mitgebracht hatte, als ich das Amt von Bruno Tetzner übernommen habe – das könnte ich heute nicht mehr in gleicher Weise fortführen. Die Akademie braucht eine neue Energie, das soll durch einen Wechsel gesichert werden.

Wo haben Sie insbesondere mitgewirkt in den 25 Jahren?
Als Leiter war ich an der generellen Konzeptentwicklung beteiligt. Insbesondere habe ich versucht, ein Konzept von kultureller Bildung zu entwickeln, das die spezifische Arbeitsweise der Künste, des Spiels und der Medien integriert. Die Struktur der Akademie, die Form der Fortbildungen und Dozenturen sind dabei relativ stabil geblieben. Geändert hat sich allerdings vieles innerhalb der einzelnen Fachbereiche und den Arbeitsfeldern in der Kulturpädagogik.

Das »Gute Leben in einer wohlgeordneten Gesellschaft«, das sind Ihre politischen Ziele gewesen. Inwieweit sind diese nach wie vor utopisch, und wo sind sie greifbarer geworden?
Als Pädagoge muss man Optimist sein und solche Ziele haben, die man für greifbar hält. Deswegen glaube ich schon, dass das Gute Leben eine ewige Auseinandersetzung ist, die einem auch Kraft und Motivation spendet, sich selbst und andere zu hinterfragen, etwa darin, was denn überhaupt unter heutigen Bedingungen ein gutes Leben ist. Und dass die Gesellschaft verbesserungsbedürftig ist, ist für jeden unmittelbar klar. Die OECD bescheinigt uns jedes Jahr, dass die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland immer weiter auseinandergeht. Da stellt sich ein Gerechtigkeitsproblem. Trotzdem sind wir ein Land, in dem man gut leben kann.

Zivilisation und Kultur – das waren und sind Ihre Themen in der praktischen Arbeit, aber auch in Ihren Forschungen.
Die deutsche Entgegensetzung von Zivilisation und Kultur ist politisch imprägniert und geht auf das Ende des 19. Jahrhunderts zurück, wo unter dem Label einer geistigen Kultur Thomas Mann etwa gegen die bloßen »Zivilisationsliteraten« gekämpft hat, zu denen er seinen Bruder Heinrich zählt. Der erste Weltkrieg war ebenfalls ein Krieg des Gegensatzes zwischen deutscher Kultur gegen die »oberflächliche« Zivilisation der Franzosen. Das hat sich durch die Globalisierung des Kulturdiskurses abgemildert und ich hoffe, dass es einen solchen Streit, bei dem Weltanschauungen derart aufeinanderprallen in Europa, nicht mehr geben wird.

Max Fuchs ist Direktor der Akademie Remscheid und Präsident des Deutschen Kulturrates. Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

Dreierpack!

Aus Politik & Kultur Nr. 8

Vielfalt ist Trumpf – gerade gegen Einfalt. Vielfalt steckt überall, selbstverständlich oder gerade auch im Kulturbereich. Im Fokus dieses Bandes stehen die Begriffspaare kulturelle Vielfalt und interkulturelle Bildung.

Olaf Zimmermann und Theo Geißler (Hg.)
368 Seiten, ISBN: 978-3-934868-27-4
18,80 Euro

Aus Politik & Kultur Nr. 9

Die Kultur- und Kreativwirtschaft boomt. Längst hat sich der einstige Nischenmarkt zum wirtschaftsstarken Aushängeschild entwickelt. Doch wie ist der Arbeitsmarkt Kultur eigentlich aufgestellt?

Olaf Zimmermann und Theo Geißler (Hg.)
322 Seiten, ISBN: 978-3-934868-28-1
18,80 Euro

Aus Politik & Kultur Nr. 10

2017 jährt sich zum 500sten Mal der Thesenanschlag Martin Luthers an die Schlosskirche in Wittenberg. Anlass genug, sich mit dem Reformator, seinen Weggefährten und Gegnern, den Wirkungen der Reformation auf Politik, Gesellschaft und vor allem Kultur auseinanderzusetzen.

Olaf Zimmermann und Theo Geißler (Hg.)
156 Seiten, ISBN: 978-3-934868-29-8
12,80 Euro

FOTO: DEUTSCHE ORCHESTERVEREINIGUNG

Musik- und Protestaktion deutscher Orchester am 21. Mai 2012

FOTO: DEUTSCHER KULUTRRAT

Die Redaktion der P&K unterstützt den Aktionstag

FOTO: DEUTSCHER KULUTRRAT

Im letzten Jahr diskutierten zum Urheberrecht am Aktionstag im Zollernhof (ZDF) Stefanie Ernst, Olaf Zimmermann, Gabriele Beger, Christoph Wulf, Heinrich Schafmeister und Max Fuchs (v.l.)

Kulturelle Bildung geschieht vor Ort

Aktionstag »Kultur gut stärken« geht in die dritte Runde. In diesem Jahr dreht sich alles um die kulturelle Bildung

STEFANIE ERNST

Kulturelle Bildung ist in aller Munde. Zahlreiche Verbände beschäftigen sich in einer Vielzahl von Resolutionen, Stellungnahmen und Publikationen intensiv mit dem Thema. Gleich mehrere Ministerien bestellen dieses thematische Feld. Auch Stiftungen haben die Zeichen der Zeit erkannt und machen durch größere und kleinere Initiativen auf sich aufmerksam. Natürlich beackert auch der Deutsche Kulturrat, um im Bild zu bleiben, diesen Boden. Druckfrisch und dieser Ausgabe der Politik & Kultur beiliegend, erscheint das zweite Heft »Kultur bildet.« zum Thema »Teilhabe«. Kurz vor Drucklegung ging das gleichnamige Internetportal online. Kulturelle Bildung soweit Auge und Ohr reichen. Ergo: Alle reden über kulturelle Bildung – das wichtigste an kultureller Bildung ist und bleibt jedoch ihre Erlebbarkeit.

Kulturelle Bildung als Motto des dritten Aktionstages

In Deutschland existiert eine beeindruckende Vielfalt entsprechender Angebote. Von der Lesenacht für 8-Jährige über Kunst in Schulen oder Kunst am Bau bis hin zu Musikbörsen – die Anzahl der Angebote ist schier unerschöpflich. Diese Vielfalt gilt es abzubilden. Entsprechend wurde der Fokus des diesjährigen, dritten Aktionstages ebenfalls auf die kulturelle Bildung gelegt. Am Wochenende um den 21. Mai 2013 sollen erneut bundesweit Aktionen, Veranstaltungen, Ausstellungen, Lesungen, Konzerte, Tage der offenen Tür, Demonstrationen und vieles andere mehr stattfinden. Die Aktivitäten konzentrieren sich auf das Datum um den 21. Mai, da dies der UNESCO-Welttag der kulturellen Vielfalt und in jedem Jahr Ankerpunkt unseres Aktionstages ist.

Kulturelle Bildung geschieht vor Ort: in Bibliotheken, in Museen, in der Künstlersiedlung, dem Theater, und und. Künstler und Kultureinrichtungen machen im Rahmen des Aktionstages den Weg frei für alle Interessierten, kulturelle Bildung jeglicher Couleur zu erleben. Die Teilhabe an kultureller Bildung ermöglicht es den Besuchern am künstlerisch kulturellen Geschehen einer Gesellschaft zu partizipieren, sich inspirieren zu lassen, selbst künstlerisch tätig zu werden und vor allem Spaß und Freude an künstlerisch kreativen Ausdrucksformen zu erleben.

Tragen Sie Ihre Aktionstagstermine auf www.kulturstimmen.de/kalender ein

Der Aktionstag lebt von der Beteiligung der Menschen in Deutschland, von ihrem Engagement für Kultur. Wichtig für das Gelingen der Kampagne ist also die Mobilisierung einer breiten Trägerschaft im Kulturbereich. Aus diesem Grunde sind alle Künstler, Kulturinstitutionen, Kulturvereine und Kulturinteressierte aufgerufen, den Aktionstag mitzugestalten. Denkbar sind eigens auf den Tag zugeschnittene Veranstaltungen, die in der Ausgestaltung ganz Ihren Neigungen und Möglichkeiten angepasst sein sollten. Von einem Krimiabend über eine Filmvorführung, von offenen Künstlerateliers bis hin zu Tagen der offenen Tür in Museen oder Bibliotheken – der Fantasie sind hier keine Grenzen gesetzt.

Denkbar ist ebenfalls, eine bereits geplante Veranstaltung, die um den 21. Mai stattfinden soll, unter das Motto des Aktionstages zu stellen, um dadurch Ihre Unterstützung für den Tag der kulturellen Vielfalt auszudrücken.

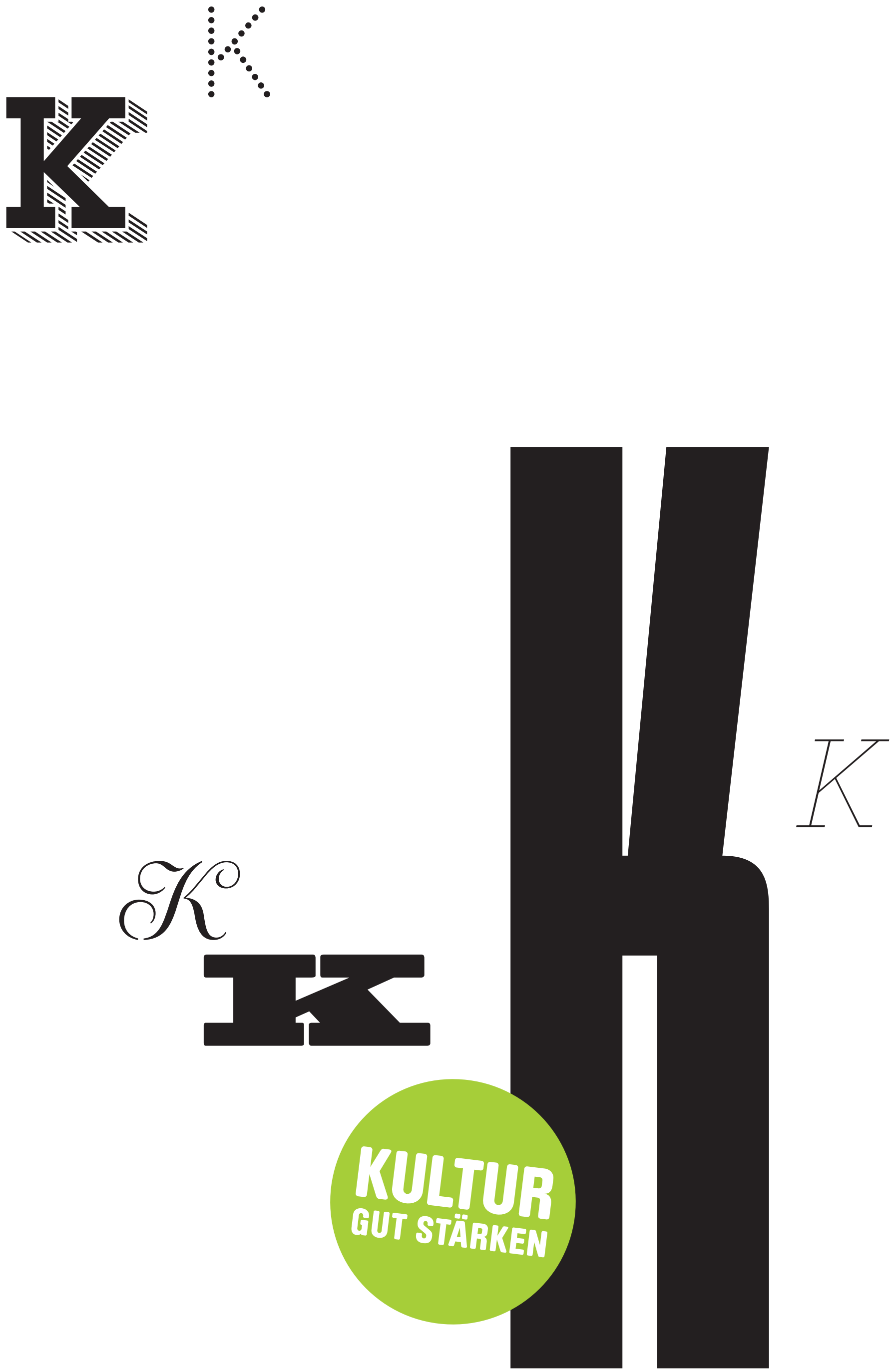
Auf www.kulturstimmen.de wird ab sofort wieder kontinuierlich über den Aktionstag berichtet. Die Internetplattform steht für die Vielfalt der Kultur und für die Vielstimmigkeit des kulturellen Lebens in Deutschland.

Aktuelle Nachrichten aus der Kulturszene sind in www.kulturstimmen.de zu finden. Aktionsmaterialien und vieles mehr können hier heruntergeladen oder bestellt werden. Machen Sie auch in diesem Jahr mit und zeigen Sie das Besondere Ihrer Aktionen! Werden Sie Teil der Bewegung! Unterstreichen Sie damit, dass kulturelle Bildung gute Rahmenbedingungen braucht und wichtiger Bestandteil einer funktionierenden Gesellschaft ist!

Gesucht werden Akteure aus allen künstlerischen Sparten, die Ateliers öffnen, Architekturführungen anbieten, Lesenächte veranstalten…

Schauen Sie rein und melden Ihre Veranstaltungen unter *www.kulturstimmen.de*.

Stefanie Ernst ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Kulturrat



BUNDESWEITER AKTIONSTAG »KULTURELLE BILDUNG«

Rund um den 21. Mai 2013 finden unter diesem Motto Aktionen, Veranstaltungen, Diskussionen, Konzerte, Ausstellungen, Tage der offenen Tür, Demonstrationen und vieles andere mehr statt.

KULTURSTIMMEN.DE

nmzmedia

Das Musik-Kultur-Politik-TV-Programm der nmz

Die nmz im März

Redakteure stellen die neue Ausgabe vor

Jeden Monat – kurz bevor die neue nmz in Druck geht – werden in Zukunft Herausgeber und Redakteure der „neuen musikzeitung“ die aktuelle Ausgabe in einem kurzen Video kommentieren. Was erwartet den Leser? Worum geht's im Leitartikel? Was sind die momentan brisanten Themen im Musikleben?

Josef Anton Riedl

im Gespräch mit Eckart Rohlfs und Wolf Loeckle

Anlässlich der Buchveröffentlichung „Klang in Aktion – Josef Anton Riedl“ zeigen wir eine Kurzfassung des einstündigen Filmporträts über den Komponisten und Klangkünstler, das dem Buch als DVD beiliegt. Im Gespräch mit Eckart Rohlfs und Wolf Loeckle eröffnet Riedl Einblicke in sein Leben und Werk unter anderem an seinem Geburts- und Wohnort im oberbayerischen Murnau und an seinen Wirkungsstätten in München.

Filmworkshops mit nmzMedia

Filmbeiträge von Studenten der HfM Karlsruhe

Der Zusammenhang zwischen Kampfkunst und Gesangstechnik, der Maler Camille Corot und seine Beziehung zur Musik sowie die Frage, was so alles dazugehört, um eine komplette Kinderoper auf die Bühne zu bringen – das sind die Themen, mit denen sich die Studenten im Master „Musikjournalismus für Rundfunk und Multimedia“ an der Karlsruher Hochschule für Musik im vergangenen Semester filmisch auseinandergesetzt haben. Das Team von nmzMedia betreut diesen Studiengang im Fach Videojournalismus.

kostenlos unter:

www.nmz.de

»Cultural Policy for the Arts in Development«

Universität Hildesheim wird mit dem 10. UNESCO Chair ausgezeichnet

WOLFGANG SCHNEIDER

Welchen Einfluss haben Künstler auf die Entwicklung von Gesellschaften? Welche Rolle spielt die Kultur in den Konzepten zur Zukunftssicherung? Welche Kulturpolitik schafft nachhaltige Strukturen? Rund 100 Kulturpolitikforscher und -akteure des afrikanischen Kontinents und Europas diskutierten Ende Januar an der Universität Hildesheim auf dem Kolloquium »Good Governance for Cultural Policy« im Rahmen des Festaktes zur Verleihung des 10. UNESCO-Chair in der Bundesrepublik Deutschland. Professor Dr. Wolfgang Schneider erhielt aus den Händen des Präsidenten der Deutschen UNESCO-Kommission, Staatsminister a. D. Walter Hirche, die Urkunde. Der Gründungsdirektor des Instituts für Kulturpolitik referierte über »Kunst und Entwicklung« und benannte »Parameter für eine zukünftige internationale Kulturpolitik«.

Kunst muss auf die politische Agenda

Die Kunst ist in den Entwicklungszielen der Vereinten Nationen nicht aufgeführt. Dies ist ein großer Fehler. Andererseits wird Kunst oft im Zusammenhang mit politischen Strategien erwähnt, wie zum Beispiel bei der Neuausrichtung in der Kulturpolitik mit »Partner gewinnen, Werte vermitteln, Interessen vertreten«, im Jahre 2011 herausgegeben vom deutschen Außenministerium. Dieses neo-liberale Dokument ist klaren ökonomischen Interessen verpflichtet: Es möchte den deutschen Einfluss in der Welt sichern und Bildung, Austausch und Dialog zu dem Zweck nutzen, Menschen dazu zu bringen, Deutschland in einem positiven Licht zu sehen und unsere Werte und Ideen zu übernehmen. Dies ist offensichtlich der falsche Ansatz, denn er ist nicht im Interesse der Künstler. Künstlerische Prozesse sind keine politischen Instrumente. Auf einer Konferenz des Goethe-Instituts vor einigen Jahren, die unter dem Motto stand »Wer braucht kulturellen Austausch? «, sagte der Islamforscher Navid Kermani: »Kunst sollte nicht deshalb gefördert werden, weil es dem Frieden dient; Kunst sollte um seiner selbst willen gefördert werden, Punkt. Es sollte überhaupt nicht auf der Grundlage irgendwelcher politischer Kriterien und Einmaleffekte gefördert werden, sondern auf der Grundlage von Qualität und Nachhaltigkeit. Dann kann sie über einen Umweg in der Tat auch dem Frieden dienen, sogar und insbesondere in Regionen, die von Konflikten zerrissen werden.«

Parameter für eine zukünftige internationale Kulturpolitik

Die Macht der Kultur besteht in ihrer künstlerischen Komplexität – in der Tatsache, dass sie mit den menschlichen Empfindsamkeiten spielt, die Wirklichkeit widerspiegelt und Fragen zu unserem gesellschaftlichen Leben diskutiert. Um dies leisten zu können, muss der Kunst in der internationalen Politik Vorrang eingeräumt werden. Kulturpolitik gehört also auf die politische Agenda.

Nachhaltigkeit durch Kunst

»Nachhaltige Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne die Fähigkeit künftiger Generationen zu beeinträchtigen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen.« Dieses Zitat stammt aus dem UNO-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung von 1987. Es enthält zwei Schlüsselbegriffe: die Grundbedürfnisse der Armen dieser Welt, die absolute Priorität haben sollten; und die Vorstellung, dass der Umwelt in ihrer Fähigkeit, gegenwärtige und zukünftige Bedürfnisse zu befriedigen, durch den Stand der Technologie und die gesellschaftliche Organisation klare Grenzen gesetzt sind. Wir warten immer noch darauf, dass diese Konzepte politisch umgesetzt werden. Wir müssen eine Debatte darüber anstrengen, wie dies mit Kulturpolitik zusammenhängt, und Nachhaltigkeit auf globaler Ebene definieren. Die Definition muss den dualen Charakter von Nachhaltigkeit, ökologische Entwicklung und Kultur, integrieren. Diese beiden Aspekte zusammenzubringen ist ein weiteres Forschungsthema. Hier geht es um Rahmenbedingungen, Kapazitätsentwicklung und Unterstützung für das System der Kunst.

Kunst braucht Infrastrukturen

Was für eine Infrastruktur brauchen Künstler? In den regelmäßigen Berichten des Arterial Network, einer zivilgesellschaftlichen Kulturorganisation in Afrika, wird Kapazitätsentwicklung als ein wichtiges Werkzeug angesehen, um effektive Politik und effizientes Management sicherzustellen. »Maßnahmen zur Kapazitätsentwicklung, die Workshops, Feld- und Forschungsprojekte beinhalten können, stellen die nachhaltige Umsetzung der Konvention sicher. (….) Zum Programm gehören Forschung, regionale Ausbildungsworkshops, Feldprojekte und Praktika. Wenngleich sämtliche Maßnahmen wesentlich zur Entwicklung von Fähigkeiten beitragen, bieten Praktika am ehesten eine grundlegende Ausbildung und mehr praktische Erfahrung; so ergibt sich eine Möglichkeit zum Erhalt von Welterbestätten.« Netzwerken ist das neue Prinzip in der Welt der Kultur. Künstler brauchen Platz für ihre Arbeit, Labore für Experimente und ständige Diskussionen untereinander und mit ihrem Publikum. Dies ist ein weiteres komplexes System, das es zu erforschen gilt, um mehr über die Bedingungen zu erfahren, die für eine gedeihliche künstlerische Entwicklung nötig sind, und herauszufinden, was es mit der inspirierenden Rolle der Mobilität in Bezug auf die Arbeit der Künstler auf sich hat und wie Kunst erfolgreich auf das Alltagsleben übertragen werden kann.

Bildung durch Kunst

Über kulturelle Bildung wird viel geredet. Aber kaum etwas davon wird wirklich umgesetzt! Wir warten immer noch darauf, dass die Kunst im Bildungssystem implementiert wird. Wir sind in den Prozess eines Kulturmanagements als Kunstvermittlung involviert und wir arbeiten als Wissenschaftler für Kunst im Bereich der Entwicklung. Ein Modell der Kulturellen Bildung wurde kürzlich von dem deutschen Schriftsteller mit türkischen Wurzeln Feridun Zaimoglu in der Zeitschrift »Kulturaustausch« vorgestellt: »Die Kultur erlaubt es mir, aus den Verhältnissen, in denen ich stecke, herauszukommen. Nicht jeder hat die Möglichkeit, in eine reiche Familie hineingeboren zu werden. Kultur aber gibt mir die Möglichkeit, anders zu werden. Und für viele Männer hat die Lektüre von Belletristik zur Folge, dass sie plötzlich lernen, sich anständig mit Frauen zu unterhalten.«

Künstlerische Forschung als Methode

Dies war eines der zentralen Themen nicht nur auf der documenta im letzten Jahr: Bei künstlerischer Forschung geht es darum, wie wir uns mit künstlerischen Mitteln die spezifischen Kenntnisse aneignen können, die es uns ermöglichen, die Welt auf eine andere Art und Weise zu sehen und zu erleben. Es gilt herauszufinden, worin die grundlegende Legitimation für eine Kulturpolitik bestehen könnte, welche die Motivationen der Künstler in den Mittelpunkt stellt. Deren Suche könnte unsere Forschung sein und umgekehrt. Künstlerische Angelegenheiten sind politische Angelegenheiten; das Thema ist die Rolle der Kunst, den Rahmen bilden die Ideen, die einer zukünftigen Gesellschaftsordnung zugrunde liegen.

Dies ist einer der Gründe, weshalb wir die afrikanische Perspektive und künftige Forschungsprojekte in den Mittelpunkt stellen sollten. Die lebhaften Diskussionen über Kunst und Entwicklung sind in Afrika offensichtlich. Sie sind ein enger Begleiter politischer Bewegungen wie des arabischen Frühlings und der religiösen Konflikte im westlichen und östlichen Afrika, wodurch sich auf dem gesamten Kontinent das postkoloniale System verändert. Vielleicht können wir von ihnen lernen, wie wir das Agenda-Setting am besten umsetzen, ebenso Nachhaltigkeit, Infrastrukturentwicklung, kulturelle Bildung und die Erforschung von künstlerischen Prozessen und Entwicklung.

Wolfgang Schneider ist geschäftsführender Direktor des Instituts für Kulturpolitik der Universität Hildesheim

UNESCO-LEHRSTÜHLE

- UNESCO-Lehrstuhl für Meeresgeologie und Küstenbewirtschaftung: Christian-Albrechts-Universität Kiel am GEOMAR-Forschungszentrum für marine Geowissenschaften
- UNESCO-Lehrstuhl für Menschenrechtsbildung: Otto von Guericke-Universität Magdeburg
- UNESCO-Lehrstuhl Welterbestudien: Brandenburgische Technische Universität Cottbus
- UNESCO-Lehrstuhl Entrepreneurship and Intercultural Management: Bergische Universität Wuppertal
- UNESCO-Lehrstuhl Hochschulbildung für nachhaltige Entwicklung: Universität Lüneburg
- UNESCO-Lehrstuhl für internationale Beziehungen: Technische Universität Dresden
- UNESCO-Lehrstuhl für kulturelle Bildung: Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
- UNESCO-Lehrstuhl für hydrologischen Wandel und Wasserressourcen-Management: RWTH Aachen
- UNESCO-Lehrstuhl für Stadt- und Kulturlandschaften: RWTH Aachen
- UNESCO-Lehrstuhl für Kulturpolitik und Entwicklung: Universität Hildesheim

www.unesco.de

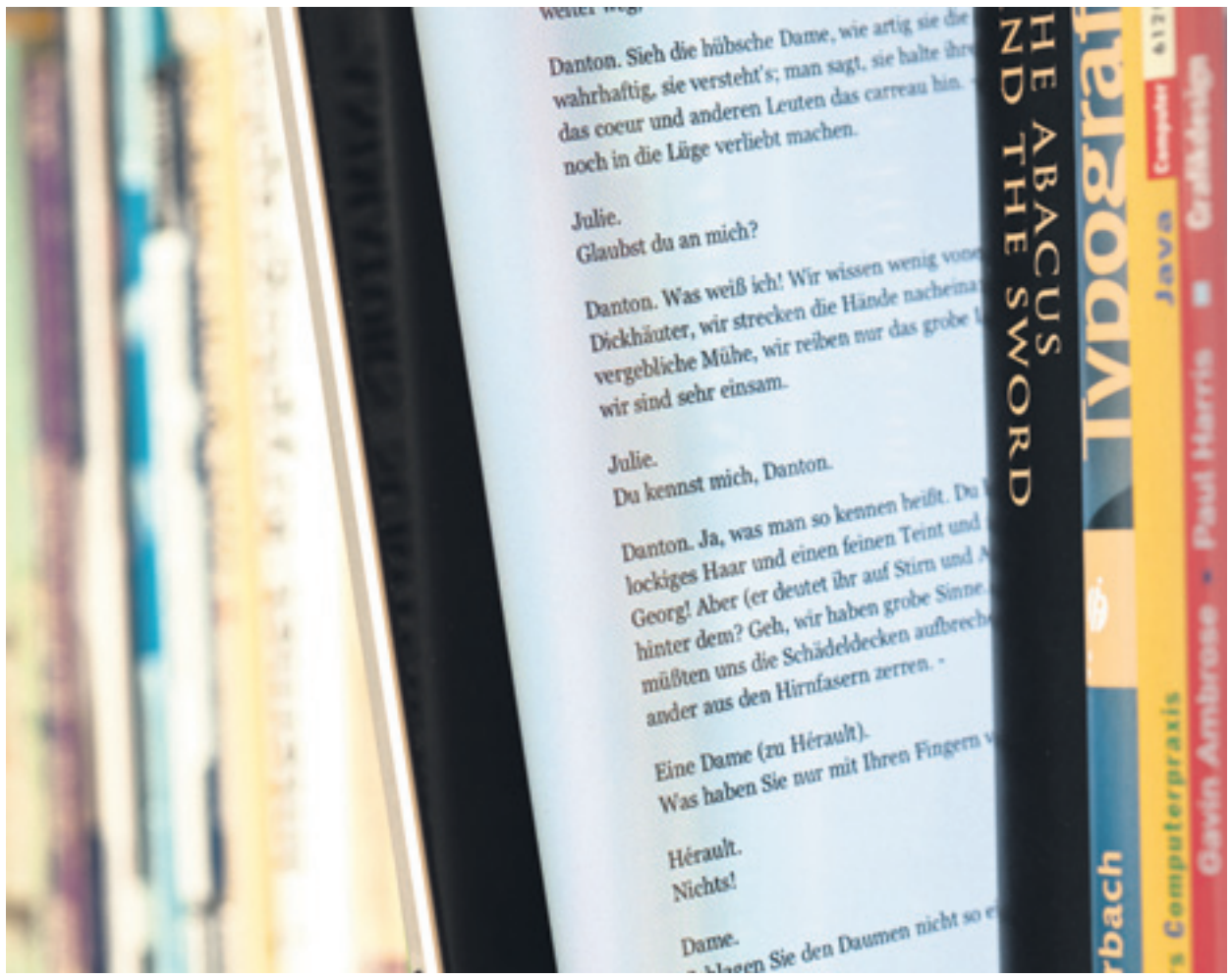


FOTO: MAXIMILIAN SCHÖNHERR / WIKIMEDIA COMMONS

Längst sind nicht mehr alle Bücher aus Papier. Doch die Gesetzgebung hinkt hinterher, warum sonst gilt der ermäßigte Mehrwertsteuersatz bei E-Books nicht?

Ungleiche Verteilung

Europa braucht eine reduzierte Mehrwertsteuer für digitale Bücher

JACQUES TOUBON

Zugriffe auf digitale Buchformate via Internet werden immer zahlreicher. Diese neue Art der Buchlektüre stellt für das Verlagswesen künftig einen bedeutenden Marktanteil dar: In den USA entfallen darauf bereits mehr als 20 Prozent. In Europa ist er bislang noch gering, wird aber im Zuge der steigenden Verkaufszahlen für E-Book-Reader und Tablet-Computer mit Sicherheit wachsen.

Gegenwärtig wird dieser Markt mehrheitlich von amerikanischen Anbietern beherrscht, und dies zu Bedingungen, die nicht wettbewerbskonform sind, vor allem hinsichtlich der Steuern. Denn innerhalb der EU müssen Online-Portale, die digitale Buchformate anbieten, wie alle übrigen Internetdienste eine Mehrwertsteuer zum normalen Steuersatz entrichten, und das, obwohl in 25 von 27 EU-Mitgliedstaaten für das gedruckte Buch ein reduzierter oder stark reduzierter Mehrwertsteuersatz gilt. In den USA hingegen werden elektronische Medien und digitale Dienste seit Inkrafttreten des »1998 Internet Taxe Freedom Act« steuerlich bevorzugt bzw. bleiben steuerfrei oder werden nur mit geringen Steuern belegt.

Eine Sache sollte immer gleich besteuert werden, unabhängig vom Verbreitungsweg

Dank dieser Bevorzugung haben amerikanische IT-Unternehmen jahrelang mehrere Milliarden US-Dollar weniger an Steuern gezahlt, was deren Investitionen und eine aggressive Preispolitik erheblich begünstigte. Dies stellt einen großen Wettbewerbsnachteil für europäische Online-Anbieter dar. Des Weiteren verlagern amerikanische Online-Dienste ihre Firmensitze in Niedrigsteuer-Länder. Das augenscheinlichste Beispiel hierfür ist Luxemburg, das sich zu einem »digitalen Knotenpunkt« entwickelt hat, indem es Online-Anbieter nur gering besteuert, wodurch diese ihre Dienstleistungen den Internetnutzern anderer Länder preiswerter anbieten können.

Und schließlich leiden Europas Online-Dienste unter den voneinander abweichenden Mehrwertsteuersätzen für das gedruckte Buch (reduzierter Satz) und das digitale Buch (voller Satz). In Frankreich beträgt der Unterschied gegenwärtig ca. 15 Prozent. Deshalb bemüht sich Frankreich seit zwei Jahren um eine Änderung der EU-Mehrwertsteuerrichtlinie mit dem Ziel, dass es den EU-Mitgliedstaaten freigestellt werden soll, ihre Mehrwertsteuer auf elektronische Medien der für Druckerzeugnisse anzugleichen. Frankreich hat 2011 begonnen, Maßnahmen zu ergreifen: Seit November 2011 gilt die Buchpreisfestlegung durch den Verlag auch für das digitale Buch. Und seit Frühjahr 2012 gilt für in Frankreich erbrachte Online-Dienste derselbe reduzierte Mehrwertsteuersatz wie für gedruckte Bücher. Im Dezember 2011 hat Luxemburg beschlossen, denselben Weg einzuschlagen.

Inzwischen hat die EU-Kommission gegen Frankreich und Luxemburg ein Verfahren wegen Verletzung der EU-Mehrwertsteuerrichtlinie eingeleitet. Frankreich ist in dieser Streitsache allerdings nicht gewillt, von seiner Forderung nach steuerlicher Neutralität abzulassen, der zufolge nach EU-Rechtsprechung eine Sache gleich besteuert werden muss, ungeachtet der Tatsache, auf welchem Wege sie erstanden werden kann. Grundsätzlich hat sich die EU-Kommission nach Aufforderung durch mehrere, vom Europaparlament unterstützte Länder bereit erklärt, die Diskussion über die mögliche Einführung einer reduzierten Mehrwertsteuer zu eröffnen. Zunächst per Mitteilung im Dezember 2011 sowie über die im Oktober 2012 eröffnete und vor einigen Wochen beendete öffentliche Konsultation. Inzwischen hat auch der EU-Finanzministerrat von dieser Debatte Kenntnis erlangt.

Blickpunkt Frankreich

Möglicherweise kommen nun von der EU-Kommission Vorschläge, in Form eines Gesetzes oder in anderer Form. Da derlei Entscheidungen innerhalb der EU einstimmig erfolgen müssen, ist es ganz entscheidend, inwieweit Frankreich in seinen Bemühungen von den anderen großen Buchnationen Unterstützung erfährt, allen voran von Deutschland, dessen Verlage jährlich 9 Milliarden Euro umsetzen. Die Mitglieder des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, des Deutschen Kulturrates und des Deutsch-Französischen Kulturrates unterstützen eine Absenkung der Mehrwertsteuer. Zudem ist sich die Bundesregierung inzwischen der Folgen einer ungleichen Verteilung der Wertschöpfung stärker bewusst, die im Zuge der digitalen Bereitstellung von kulturellen Inhalten künftig auf die europäische Kulturindustrie zukommt.

In der Tat muss die Besteuerung digitaler Unternehmen und des Buchsektors als etwas Grundlegendes betrachtet werden, bei dem für die EU entscheidende Dinge auf dem Spiel stehen: Ist Europa willens, eigene, konkurrenzfähige Online-Dienste zur Bewahrung seiner kulturellen Vielfalt zu schaffen? Oder findet es sich weiterhin damit ab, ausländische Dienste lediglich als Verbraucher in Anspruch zu nehmen und versagt sich so die Möglichkeit, Arbeitsplätze und Einnahmen aus der digitalen Wirtschaft zu erzielen?

Frankreich und Deutschland müssen gemeinsam zu Wegbereitern für eine digitale Europapolitik werden und auf diese Weise eine Wirtschaftsentwicklung in Gang setzen, die auf Innovation und Kultur beruht.

Jacques Toubon ist französischer Präsident des Deutsch-Französischen Kulturrates

Übersetzt von Kerstin Elsner

Freiheit, die wir meinten?

Über die Desillusionierung des Arabischen Frühlings

REINHARD BAUMGARTEN

Es ist kalt geworden im türkisch-syrischen Grenzland. Es herrscht Winter mit frostigen Temperaturen und stellenweise reichlich Schnee. Ein zusätzlich hartes Los für die vom Schicksal Geplagten. Rund 180.000 Menschen sind aus Syrien in die Türkei geflohen. Die meisten leben in Lagern. Die Zelte schneien zu. Manche brechen unter der Last zusammen, klagt der 44-jährige Mohammed Zekkur. Seit zehn Monaten lebt er mit seiner Familie im Flüchtlingslager Yayladağı in der südlichen Provinz Hatay in einem Zelt. Die 38-jährige Khadija hat das vermeintlich bessere Los erwischt: Sie wohnt im Flüchtlingslager Öncü Pınar in einem Container. Öncü Pınar liegt unmittelbar an der syrischen Grenze nahe der südostanatolischen Provinzstadt Kilis. Öncü Pınar ist das Vorzeigelager der Republik Türkei. Einen Kindergarten gibt's hier, und es gibt Schulen. Unterrichtet wird auf Arabisch, Türkisch wird als Fremdsprache gelehrt. Koedukation findet hier nicht statt. Auf Wunsch der syrischen Eltern werden Mädchen und Jungen getrennt unterrichtet. In der (noch) laizistischen Türkei ist koedukativer Unterricht in öffentlichen Schulen die Regel. Ausnahmen bilden die religiös ausgerichteten Imam Hatip Schulen. Und noch etwas ist auffällig in den Lagern syrischer Flüchtlinge in der Türkei: Mehr und mehr Frauen tragen einen das Gesicht verhüllenden »Niqab« genannten Schleier; mehr und mehr Männer tragen lange Vollbärte und rasieren sich den Oberlippenbart nach Art religiös-konservativer Vorbilder. Leben und Alltag in den Flüchtlingslagern werden immer stärker geprägt durch offenkundige Religiosität.

Nahostansichten

Das syrische Volk empört sich gegen den Diktator Bashar al-Assad, es kämpft für Freiheit vom Joch des Tyrannen. So wird ebenso wie Libyen, Tunesien und Ägypten auf unabsehbare Zeit ein Hort der Instabilität, der sozialen Zuspitzung der religiösen Polarisierung sein. Es gibt nicht den geringsten Grund, nicht den leisesten Hinweis darauf, dass das Gegenteil eintreten könnte. Die westlichen Staaten sind mit ihren eigenen Krisen beschäftigt, sie haben kein Konzept, sie verstehen die Zusammenhänge nicht. Sie haben Syrien wie schon zuvor Libyen sogenannten Rebellen und Freiheitskämpfern überlassen, die heute stärker denn je von religiös motivierten Geldgebern ausgerüstet werden. Nach mehr als 30-jähriger Beschäftigung mit dem Nahen Osten fällt es mir immer schwerer, an positive Entwicklungen unserer geographischen Nachbarn zu glauben. Es gibt viele Stimmen in der arabischen Welt, die mehr Zeit zur Entstehung demokratischer Strukturen einfordern. Sie sagen, die Demokratie in Europa habe mehrere Jahrhunderte, unzählige Kriege und zwei Weltbrände gebraucht, um zu dem zu werden, was sie heute ist. Das ist zweifellos richtig. Und genauso richtig ist, dass den übervölkerten und unterentwickelten, den von Bürgerkrieg und sozialen Spaltungen gemarterten arabischen Ländern diese Zeit nicht zur Verfügung steht. Sie werden keine Demokratien nach westlichem Muster bilden können. Sie werden – und das ist bedeutsamer – ihre wirtschaftlichen Probleme und sozialen Spannungen kaum in den Griff bekommen können. Die Spannungen werden aufgrund dessen weiter wachsen. Die Freiheit, die wir meinten, in den Ländern des Arabischen Frühlings entstehen zu sehen, war eine Fata Morgana des modernen Medienzeitalters. Westliche Politiker, Intellektuelle und Medienschaffende haben sich darauf verlassen, dass sich die Verhältnisse in den arabischen Ländern befeuert durch Facebook und Twitter quasi über Nacht

FOTO: MICKMORLEY / PHOTOCASE.COM

Wird nach dem Ende des Assad-Regimes Friede in Damaskus herrschen?

lesen wir in den Zeitungen, so berichten die Satellitenkanäle. Beim Anblick der wachsenden Zahl tief verschleierter Frauen und frommer bärtiger Männer beschleicht mich immer häufiger die Frage: Für welche Art Freiheit kämpfen sie? Der syrische Albtraum hat laut Schätzungen der Vereinten Nationen bereits mehr als 60.000 Menschenleben gefordert. Er geht weiter. Tag für Tag sterben Menschen. Er wird auch nicht enden, wenn das Regime Bashar al-Assads gefallen sein sollte. Wer Augen hat zu sehen, wer seinen Blick nicht abgewandt hat von Libyen, Tunesien und Ägypten, wer sich von der Schwärmerei des sogenannten Arabischen Frühlings nicht auf Dauer hat blenden lassen, der kann erkennen, dass noch zahlreiche Albträume in der arabischen Welt ihrer Entfaltung harren. Syrien wird nur ein weiteres Glied in der Kette sein. Syrien zum Besseren wenden. Die Verhältnisse sind aber nicht nur durch die enormen wirtschaftlichen Probleme ganz anders als gewünscht. Es hat in den vergangenen Jahrzehnten in den arabischen Ländern nicht genügend echte zivilgesellschaftliche Entwicklungen gegeben – weder in Tunesien, noch im Jemen, noch in Libyen, Ägypten oder Syrien. In den Golfstaaten schon gar nicht. Hier wird der Mangel an Demokratie, Pluralismus und Mitbestimmung durch die Öldollars des Westens kompensiert. Gleichzeitig finanzieren diese Öldollars religiöse Unduldsamkeit und Intoleranz, die in unserer Art von Freiheit und gesellschaftlichem Miteinander zu bekämpfende Feinde sehen.

Reinhard Baumgarten ist ARD-Korrespondent für die Türkei, Griechenland und den Iran

Bildung durch immaterielles kulturelles Erbe

Zur aktuellen UNESCO-Konvention

CHRISTOPH WULF

Im April 2013 wird die UNESCO-Konvention zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes in Deutschland in Kraft treten. Diese bereits 2003 verabschiedete Konvention ist bisher von 148 Staaten ratifiziert worden. Die Konvention schützt lebendiges Kulturerbe wie Tanz, Theater, Bräuche und Handwerkskünste. Sie ergänzt die Konvention zum Weltkulturerbe von 1972. Für die Bildung kultureller Identität spielt das immaterielle kulturelle Erbe eine wichtige Rolle. Dafür gibt es mehrere Gründe, von denen drei im Weiteren erläutert werden sollen:

- der menschliche Körper,
- der performative Charakter kultureller Praktiken,
- kulturelles Lernen als mimetisches Lernen.

Während die Monumente der Architektur sich leicht identifizieren und schützen lassen, sind die Formen kulturellen Erbes viel schwieriger auszumachen, zu vermitteln und zu erhalten. Während architektonische Werke materielle kulturelle Objekte darstellen, haben die Formen und Figurationen immateriellen und kulturellen Erbes den menschlichen Körper als Medium. Dies ist der Fall bei: 1. den oralen Traditionen und Ausdrucksformen einschließlich der Sprache; 2. den darstellenden Künsten; 3. den sozialen Praktiken, Ritualen und Festen; 4. den Praktiken im Umgang mit der Natur; 5. dem traditionellen Handwerkswissen. Wenn man den besonderen Charakter immateriellen kulturellen Erbes verstehen will, muss man sich vor allem vergegenwärtigen, welche zentrale Rolle der menschliche Körper als sein Träger spielt. Wenn der menschliche Körper das Medium immateriellen kulturellen Erbes ist, dann ergeben sich daraus einige Konsequenzen. Die körperbasierten Praktiken immateriellen Kulturerbes werden durch den Gang der Zeit und durch die Zeitlichkeit des menschlichen Körpers bestimmt. Sie hängen von der Dynamik von Raum und Zeit ab. Im Unterschied zu den kulturellen Monumenten und Objekten sind die Praktiken immateriellen kulturellen Erbes nicht fixiert, sondern unterliegen Transformationsprozessen. Diese sind an den gesellschaftlichen Wandel und Austausch gebunden. Verbunden mit den Dynamiken des Lebens haben sie einen Prozesscharakter und sind viel empfindlicher gegenüber homogenisierenden Einflussnahmen. Deshalb sind sie auch schwieriger gegen die vereinheitlichenden Prozesse der Globalisierung zu schützen.

Wenn der menschliche Körper das Medium der Praktiken immateriellen kulturellen Erbes ist, dann ergeben sich daraus Konsequenzen für die Wahrnehmung und das Verständnis dieser Praktiken. Es ist vor allem der performative Charakter ihrer Inszenierungen und Aufführungen, der für die immateriellen kulturellen Praktiken charakteristisch ist. Da diese kulturellen Praktiken mit dem Körper vollzogen werden, müssen diese körperlichen Aspekte beachtet werden. Es muss untersucht werden, wie sie durch besondere Arrangements des Körpers vollzogen werden. Auf welchen Körperbildern die jeweiligen Praktiken immateriellen kulturellen Erbes beruhen, ist eine entscheidende Frage.

Rituale z.B., die zum immateriellen kulturellen Erbe gehören, haben zahlreiche soziale und kulturelle Funktionen. Sie gestalten den Übergang von einer Situation in eine andere bei existentiell zentralen Ereignissen wie Hochzeit, Geburt und Tod. Rituale umfassen z.B. Liturgien, Zeremonien und Feste. Sie vollziehen sich an unterschiedlichen Orten und zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Laufe des Jahres. Wenn sie erfolgreich sind, dann schaffen sie Gefühle sozialer und kultureller Identität. Sie erzeugen das Soziale und sind für die Konstituierung von Gemeinschaft und Kultur von zentraler Bedeutung.

Damit Rituale erfolgreich inszeniert und aufgeführt werden können, bedarf es eines individuellen rituellen Körperwissens und eines Wissens darüber, wie jeder sich zu den anderen Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmern eines Rituals verhält. Auch hier ist es die Dimension des Körpers, die die Performativität des Rituals garantiert. Während der physische Charakter einer Aufführung die Ritualteilnehmer dazu anregen kann, verschiedene Interpretationen der rituellen Situation zu entwickeln, spielen diese Unterschiede bei der Aufführung und Evaluation des Rituals lediglich eine sekundäre Rolle.

Wenn in diesem Zusammenhang vom menschlichen Körper die Rede ist, dann handelt es sich um einen in historischen und kulturellen Prozessen geformten Körper, der seinerseits auf die Art und Weise Einfluss hat, in der historische und kulturelle Prozesse geformt werden.

Viele immaterielle »Aspekte« von Kultur und Geschichte werden in der Analyse des performativen Charakters von Ritualen sichtbar. Dieser ist für ihre Inszenierung, Aufführung und Wirkung von zentraler Bedeutung. Drei Aspekte des Performativen lassen sich unterscheiden. Der eine betont die Bedeutung des performativen Charakters der Sprache und ihrer Verwendung in rituellen Situationen. Indem John Austin gezeigt hat, »how to do things with words«, hat er diesen Aspekt der Sprache herausgearbeitet. Wenn jemand in einem Hochzeitsritual »Ja« sagt, dann hat er eine Handlung vollzogen, die ihn verheiratet und die sein gesamtes Leben ändert. Der zweite Aspekt dieser körperbezogenen Performativität besteht darin, dass Rituale und andere soziale Praktiken kulturelle Aufführungen sind, in denen sich Kulturen darstellen und ausdrücken. Mit Hilfe von Ritualen erzeugen Gemeinschaften eine Kontinuität zwischen Traditionen und den Anforderungen der Gegenwart. Der dritte Aspekt der Performativität charakterisiert die ästhetische Seite der körperbasierten Performanz von Ritualen und Aufführungen der darstellenden Künste. Deshalb werden Rituale

Die Prozesse sind lebendig; sie sind dynamisch

und andere Praktiken immateriellen kulturellen Erbes nicht ausreichend begriffen, wenn ihre Analyse auf ihre bloße Funktion reduziert wird.

Die Praktiken des immateriellen kulturellen Erbes werden von der jungen Generation zu einem erheblichen Teil in mimetischen Prozessen gelernt. Rituelles Wissen wird z.B. als praktisches Wissen in mimetischen Prozessen erworben. Dies geschieht vor allem dadurch, dass Menschen an rituellen Inszenierungen und Aufführungen teilnehmen. Mimetische Prozesse sind Prozesse kreativer Nachahmung, die sich auf Modelle und Vorbilder beziehen. In diesen Prozessen findet eine Anähnlichung zwischen den Teilnehmern an den Praktiken des immateriellen kulturellen Erbe statt. Dieser Prozess der Anähnlichung ist von Mensch zu Mensch verschieden, hängt er doch davon ab, wie sich jemand zur Welt, zu anderen Menschen und zu sich selbst verhält. In mimetischen Prozessen nimmt ein Mensch gleichsam einen »Abdruck« von der kulturellen Welt und macht dadurch diese zum Teil seiner selbst. In diesem Prozess wird das immaterielle kulturelle Erbe an die nachwachsende Generation weitergegeben. Die Bedeutung mimetischer Prozesse für die Weitergabe von Praktiken immateriellen kulturellen Erbes einschließlich der pädagogischen Praktiken kann kaum überschätzt werden. Diese Prozesse sind sinnlich; sie sind an den menschlichen Körper gebunden, beziehen sich auf das menschliche Verhalten und vollziehen sich häufig unbewusst. Durch mimetische Prozesse inkorporieren Menschen Bilder und Schemata von Ritualen und anderen sozialen Praktiken. Diese werden Teil ihrer inneren Bilder- und Vorstellungswelt. Mimetische Prozesse überführen die Welt immateriellen kulturellen Erbes in die innere Welt der Menschen. Sie tragen dazu bei, diese innere Welt kulturell anzureichern und zu erweitern, d.h. sie führen zur Entwicklung und Bildung der Menschen. In mimetischen Prozessen wird praktisches Wissen als zentraler Teil immateriellen kulturellen Erbes erworben. Dieses kulturell unterschiedliche Wissen entwickelt sich im Kontext der Aufführungen des Körpers und spielt eine besondere Rolle dabei, kulturelle Aufführungen in veränderter Form hervorzubringen. Als praktische Form des Wissens ist dieses Wissen das Ergebnis einer mimetischen Verarbeitung performativen Verhaltens, das selbst aus einem praktischen körperbasierten Know-how entsteht.

Da praktisches Wissen, Mimesis und Performativität wechselseitig miteinander verschränkt sind, spielt die Wiederholung bei der Weitergabe immateriellen kulturellen Wissens eine große Rolle. Kulturelle Kompetenz entsteht nur in Fällen, in denen ein sozial geformtes Verhalten wiederholt und in der Wiederholung verändert wird. Ohne Wiederholung, ohne den mimetischen Bezug zu etwas Gegenwärtigem oder Vergangenem kann keine kulturelle Kompetenz entstehen. Deswegen ist Wiederholung ein zentraler Aspekt der Übermittlung des immateriellen kulturellen Erbes in Erziehung und Bildung. Diese Prozesse sind lebendig; sie sind dynamisch. In ihnen geht es nicht um die bloße Erhaltung immateriellen kulturellen Erbes, sondern um dessen Reproduktion und dynamische Weiterentwicklung. Ziel ist die Entwicklung einer für andere Kulturen offenen kulturellen Identität.

FOTO: SUCELLO / PHOTOCASE.COM

Christoph Wulf ist Professor für Anthropologie und Erziehung an der Freien Universität Berlin

Publikum von morgen

»Audience Development« im EU-Rahmenprogramm »Kreatives Europa«

CHRISTIAN POTSCHKA

Am 25. November 2011 hat die Europäische Kommission ihren Vorschlag für das EU-Rahmenprogramm »Kreatives Europa« für den Zeitraum 2014 bis 2020 vorgelegt. »Kreatives Europa« wird die Programme »Kultur«, »MEDIA« und »MEDIA Mundus« ab dem 1. Januar 2014 ersetzen. Vier Einzelziele des Programms werden im Vorschlag definiert:

- die transnationale Förderung der europäischen Kultur- und Kreativbranche;
- der transnationale Austausch kultureller und kreativer Werke und Akteure, sowie die Erschließung neuer Publikumsschichten;
- die Stärkung der Finanzkraft der Kultur- und Kreativbranche und
- die Förderung von politischer Zusammenarbeit, um Innovationen, den Auf- und Ausbau von Publikumsschichten und neue Geschäftsmodelle zu unterstützen. Der Fokus auf Publikumsschichten wird dabei gleich zwei Mal genannt. Sie sollen einerseits erschlossen, andererseits auf- und ausgebaut werden.

Die Entwicklung von Publikumsschichten bezeichnet einen relativ neuen und erst wenig behandelten Bereich. Der Deutsche Kulturrat hat sich in seiner Stellungnahme zum Entwurf des EU-Rahmenprogramms nicht dazu positioniert. An dieser Stelle soll daher kurz dargestellt werden, worauf sich die Kommission bei der Festlegung auf diesen Fokus stützt und welche Formen die Ausgestaltung in der endgültigen Verordnung annehmen könnte.

Zur Entwicklung von Publikumsschichten wurde im Januar 2012 ein Forschungsbericht vom Europäischen Expertennetzwerk für Kultur (EENC) vorgelegt. Obwohl in der englischen Fassung des Vorschlags für »Kreatives Europa« und in der jeweiligen Bewertung der Auswirkungen (Impact Assessment) durchgängig von »Audience Building« die Rede ist, beschäftigen sich die Autoren des Berichts, Anne Bamford und Michael Wimmer, vornehmlich mit dem weiterreichenden holistischen Konzept »Audience Development«, welches man mit »Kulturmarktentwicklung« übersetzen könnte. Dabei stützen sie sich auf die Definition des Arts Council England. »Audience Development« beschreibt demnach Aktivitäten, die von Kunst- und Kultureinrichtungen unternommen werden, um den Bedürfnissen von bestehenden und potentiell neuen Publikumsschichten gerecht zu werden. Das Konzept soll Kunst- und Kulturorganisationen helfen, permanente Beziehungen mit ihren Publikumsschichten zu entwickeln und umfasst Aspekte aus den Bereichen Marketing, Auftragsvergabe, Programmgestaltung, Bildung, Kundenpflege und Verbreitung.

Bamford und Wimmer schlagen vor, »Audience Development« als ein Auswahlkriterium für die Kunst- und Kulturförderung in das Rahmenprogramm mit einzubeziehen. Daten und Statistiken sollten in Zukunft pan-europäisch einheitlich erhoben werden und von einer neu einzurichtenden, zentralen, europäischen Behörde zusammengeführt werden. Anhand dieser Datenbasis könnte die Behörde Trends identifizieren und Strategien entwickeln.

Die Vorschläge wurden auf der mehrtägigen Konferenz »Culture in Motion« der EU-Kommission, vom 15. bis zum 17. Oktober 2012 in Brüssel, vorgestellt und diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass »Audience Development« im Programm »Kreatives Europa« eine zentrale Rolle spielen wird. Bereits in ihren Änderungsanträgen zum Programm »Kreatives Europa« vom 17. September 2012 ersetzt die Generaldirektion Kultur und Bildung konsequent »Audience Building« durch »Audience Development«. Entsprechende Konzepte sind, laut dem Europabüro der Bayerischen Kommunen, von Antragstellern in der Projektplanung zu berücksichtigen. Ihnen wird bereits im nächsten Antragsverfahren ein hoher Stellenwert eingeräumt werden, der unter anderem als eines von sechs Kriterien im Wettbewerb um den Titel »Kulturhauptstadt Europas« zum Tragen kommen wird.

Gegenwärtig werden noch diverse Veränderungen an den Inhalten des Programms vorgenommen. Obwohl in vielen Änderungsanträgen die Begriffe »Audience Building« und »Audience Development« synonym verwendet werden, ist der generelle Fokus unstrittig. Nun wird der Text präzisiert, bis das Europäische Parlament und der EU-Kultur- und Medienministerrat voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2013 unter Irischer Ratspräsidentschaft das Programm verabschieden. Nachdem auf dem EU-Finanzgipfel, am 7. und 8. Februar 2013, mitunter auf britischen Druck hin, Einigung über einen verkleinerten EU-Haushalt erzielt wurde, steht noch die Entscheidung über die Mittelausstattung für »Kreatives Europa« aus. Das vorgeschlagene Budget von 1801 Mio. EUR (operatives Budget 1678,7 Mio. EUR) könnte also noch reduziert werden. Es gilt als wahrscheinlich, dass von einer Reduzierung zuvorderst der branchenübergreifende Aktionsbereich betroffen wäre. Welche Auswirkungen eine mögliche Reduzierung auf den Aspekt »Audience Development« hätte, lässt sich aktuell noch nicht klar sagen. Die zentrale Rolle des Konzeptes im Programm gilt hingegen als sicher.

Christian Potschka ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Leuphana Universität Lüneburg

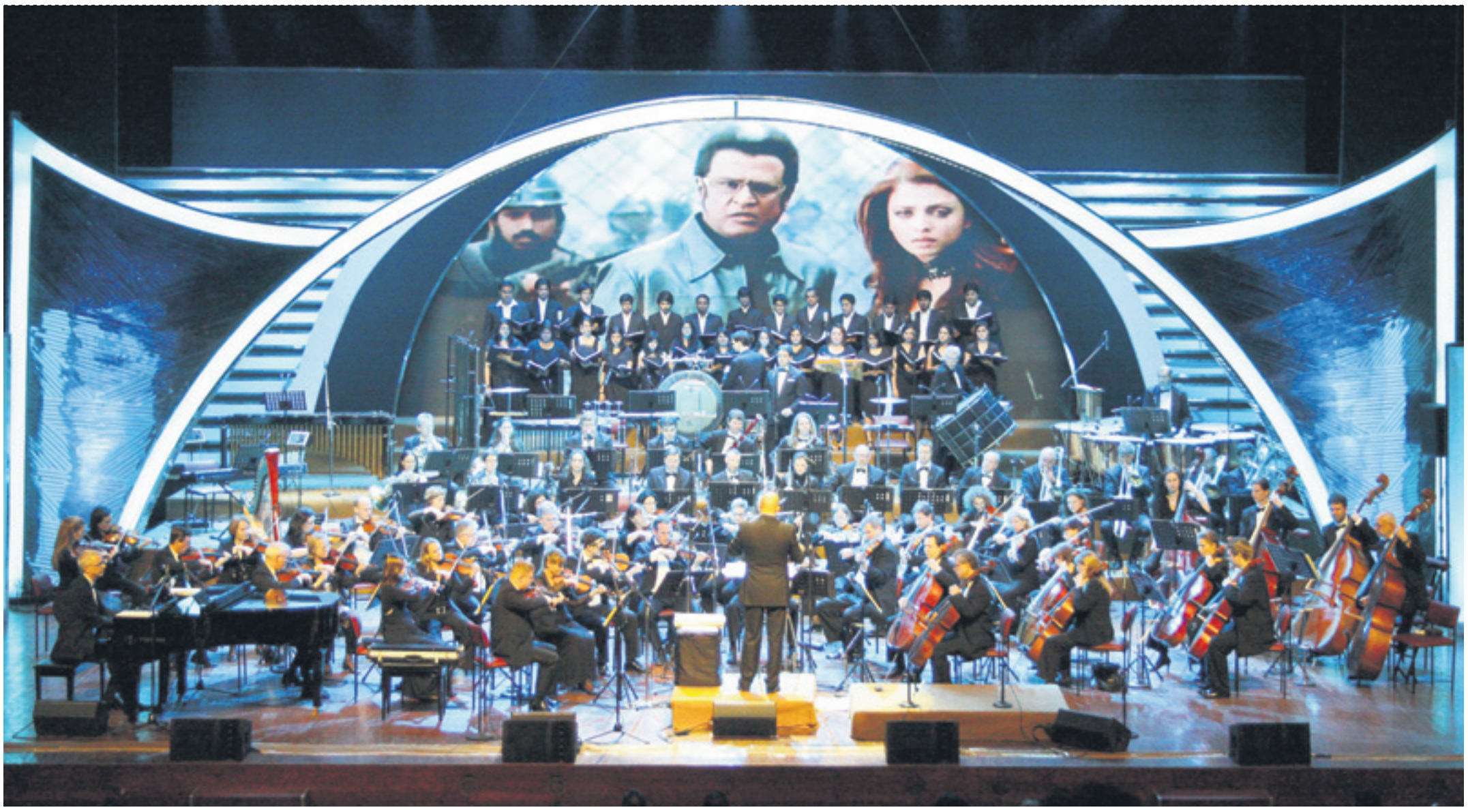


FOTO: TAPAN PANDIT

Classic Incantations – The German Film Orchestra Babelsberg performs A.R. Rahman, 20.01.2012 at Jamshed Bhabha Theatre, NCPA, Mumbai

Kultureller Austausch auf Augenhöhe

Zur Arbeit des Goethe-Instituts in Mumbai/Indien

GIRISH SHAHANE

Die Beziehungen zwischen Indien und Deutschland sind durch einen Austausch geprägt, der frei von der Bürde des Imperialismus ist, der den Dialog mit ehemaligen Kolonialmächten wie Großbritannien, Frankreich und Portugal häufig belastet. Seit man sich auf deutscher Seite intensiv mit Übersetzungen von Sanskrit-Schriften beschäftigte, die Ende des 18. Jahrhunderts ihren Weg nach Europa fanden, konnte über die räumliche Distanz hinweg ein Austausch der beiden Kulturen auf Augenhöhe stattfinden.

Die Upanishaden sowie das bekannteste Werk Kalisadas, »Shakuntala«, beeinflussten Goethe, Schopenhauer und Nietzsche in ihrem Schaffen. Der Gelehrte Friedrich Max Mueller, nach dem die sechs indischen Zentren des Goethe-Instituts benannt sind, hat einen prägenden Beitrag zum modernen Verständnis der indischen Philosophie geleistet, obwohl er das Land, mit dessen Literatur er sich so intensiv beschäftigte, nie besuchte.

Man kann ohne Übertreibung sagen, dass diese Tradition die Beziehungen zwischen Deutschland und Indien bis heute prägt und das Goethe-Institut von anderen westeuropäischen Kulturinstituten abhebt. Vor fast drei Jahrzehnten initiierte Georg Lechner, damals Leiter des Goethe-Instituts Mumbai, den ersten »East-West Encounter« (Ost-West-Begegnung), der entscheidend zum Aufstieg der Tanzkünstlerin und Choreografin Chandralekha beitrug. Mit der Hilfe des Goethe-Instituts entstanden enge Verbindungen zwischen Chandralekha und Pina Bausch sowie Susanne Linke. Dies ist jedoch nur das bekannteste unter vielen Dutzend Beispielen der Zusammenarbeit zwischen indischen und deutschen Tänzern, Musikern und Künstlern, die durch die Arbeit des deutschen Kulturzentrums ermöglicht wurde. Als die »East-West Encounters« begannen, legten die meisten anderen ausländischen Kulturzentren ihren Schwerpunkt auf die Inszenierung und nicht auf die Dialogförderung. Einige davon haben ihre Arbeit in den letzten Jahren neu ausgerichtet, doch unter der Leitung von Heimo Rau, Anna Winterberg und Peter Schabert, denen 2008 mit ihrem großen Engagement Marla Stukenberg folgte, entwickelte sich der kreative Austausch zu einer tragenden Säule der Arbeit des Goethe-Instituts und hat einen durchaus einzigartigen Stellenwert.

Der Programmschwerpunkt liegt im Themenbreich »Stadt«

In Zusammenarbeit mit der Kunststiftung NRW bietet das Goethe-Institut Mumbai Stipendiaten die Möglichkeit zu einem sechsmonatigen Aufenthalt in einer Künstlerresidenz im gut gelegenen Stadtteil Bandra. Dieser längere Zeitrahmen macht es den Gästen möglich, sich mit indischen Künstlerkollegen auszutauschen, sich aber auch außerhalb von Künstlerkreisen zu vernetzen und die verschiedenen Facetten der Stadt aus nächster Nähe kennenzulernen. Aus dem Residenzprogramm sind u.a. Gemeinschaftsprojekte der bildenden Künstlerinnen Alke Reeh und Shruti Mahajan sowie der Musikerinnen Bettina Wenzel und Aparna Panshikar hervorgegangen. Das Goethe-Institut Mumbai bietet zudem Residenzprogramme für indische Künstler und Filmemacher in Deutschland an, durch welche diese die Kultur des Landes aus erster Hand kennenlernen können. Die Stipendiaten sind dabei frei und nicht gezwungen, in einem bestimmten Umfang Arbeitsergebnisse vorzulegen, um ihren Aufenthalt zu rechtfertigen.

Der Programmschwerpunkt des Goethe-Instituts Mumbai liegt im Themenbereich »Stadt«: öffentliche Räume, Infrastruktur und gebautes Kulturerbe. Man hat eine Plattform geschaffen, auf der die hier zuständigen Verwaltungsbehörden mit Theoretikern und Vordenkern im Bereich der Stadterhaltung und -erneuerung in Kontakt gebracht werden. In einigen Fällen, wie dem »Cinema City«, das sich um die Geschichte Bollywoods drehte und in einer großen Ausstellung in der »National Gallery of Modern Art« kulminierte, wird ein einzelner Aspekt Mumbais thematisiert. In anderen Fällen wiederum ist der Rahmen weiter und offener gesteckt, wie etwa bei dem breit angelegten Gemeinschaftsprojekt des Goethe-Instituts Mumbai und des Polnischen Instituts mit dem Titel »The Promised City«. Es verband drei Metropolen miteinander: Berlin, Warschau und Mumbai. Während das Verhältnis der ersten beiden Städte durch die wechselvolle Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen geprägt ist, eröffnete die Konstellation mit der südlichen Megastadt neue Fragestellungen und ungewöhnliche Perspektiven. Das in Delhi ansässige Künstlerkollektiv »Raqs Media« schuf ein komplexes Filmdiptychon, das sich an Rosa Luxemburgs Werk »Die Akkumulation des Kapitals« anlehnt. Unter dem Titel »The Capital of Accumulation« (Das Kapital der Akkumulation) wurden Themen aus dem Werk der marxistischen Ikone mithilfe der sichtbaren Beschaffenheit und Geschichte Mumbais verarbeitet. Auch in Berlin und Warschau wurde gefilmt, wo Luxemburg viele Jahre ihres Lebens verbrachte.

Im Rahmen des »Deutschlandjahres in Indien: Unendliche Möglichkeiten« bot das Goethe-Institut mit zahlreichen kulturellen Veranstaltungen zur Feier des 60. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Indien in den vergangenen zwei Jahren ein vielfältiges Programm. Zu den Höhepunkten zählte eine Konzertreihe des Deutschen Filmorchesters Babelsberg mit Werken des bekannten indischen Filmmusikkomponisten A. R. Rahman. Bei der Interpretation der Werke Rahmans erhielt das Babelsberger Filmorchester Unterstützung vom Chor des KM Music Conservatory in Chennai sowie den Solisten Asad Khan und Navin Iyer und Kavita Baliga. Die Tournee führte das Orchester in fünf Städte und zog über 15000 Besucher an. Zu den Höhepunkten zählten auch eine Übertragung auf dem Satelliten-Nachrichtensender NDTV 24/7 und die Produktion einer CD der Konzerte.

Eine weitere landesweite Initiative stand unter dem Titel »Mobile Space«. In eigens konstruierten Pavillons präsentierten verschiedene deutsche Firmen innovative technologische Lösungen für verschiedene Problemstellungen im Lebensraum Stadt. »Mobile Space« bildete das Herzstück der Städtetour »Indo-German Mela«, daneben wurden traditionelle deutsche Küche und Live-Auftritte bekannter Musikgruppen geboten. Die Pavillons verbleiben als Geschenk Deutschlands dauerhaft in Indien.

Im Bereich der Bildenden Künste wurde in fünf privaten und öffentlichen Galerien in Mumbai eine Ausstellung unter dem Titel »Art and Sustainability« (Kunst und Nachhaltigkeit) gezeigt. Deutsche und indische Künstler beschäftigten sich mit Umweltthemen, die den Deutschen bekanntermaßen besonders am Herzen liegen. Ein wichtiger Schritt, der dem Goethe-Institut Mumbai zusätzlichen Spielraum verschafft, ist die Rückgabe der früher als »Stuttgart Hall« bekannten Ausstellungsfläche, die einige Jahre lang dem Eigentümer, dem CSVS Museum, überlassen worden war, nun aber wieder unter der Leitung des Goethe-Instituts steht.

Das Interesse der indischen Jugendlichen an der deutschen Sprache steigt stetig an

Das Interesse indischer Jugendlicher am Erlernen der deutschen Sprache hat stark zugenommen; alleine in den letzten Jahren hat sich die Zahl der Teilnehmer an deutschen Sprachprüfungen vervierfacht und stieg von 472 im Jahr 2007 auf 1981 im Jahr 2011. Da gute Lehrkräfte sowohl innerhalb des Instituts als auch an den Schulen, an denen Deutsch unterrichtet wird, Mangelware sind, hat das Auswärtige Amt in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut und weiteren Partnern die Initiative unter dem Namen »Schulen: Partner der Zukunft (PASCH)« ins Leben gerufen, die sich an Schulen mit hohen pädagogischen Standards richtet. Darüber hinaus führt das Goethe-Institut für Schulen mit neu eingeführten Kursen bzw. Anfängerkursen im Fach Deutsch die sogenannte »Bildungskooperation Deutsch« durch. Die teilnehmenden Lehrkräfte werden sowohl in Mumbai als auch in Deutschland in Methodik mit besonderem Augenmerk auf multimedialen Unterricht fortgebildet. In Mumbai gibt es aktuell vier PASCH-Schulen, weitere sollen zur Deckung der Nachfrage hinzukommen. Ein weiterer nennenswerter Schritt ist die Unterzeichnung eines Vorvertrags zwischen dem Goethe-Institut und Kendriya Vidyalaya Sanghatan, der Verwaltungszentrale des größten indischen Schulverbunds, der hauptsächlich von Familien in Anspruch genommen wird, die der Armee angehören oder Regierungsmitarbeiter sind. Sobald qualifizierte Lehrkräfte zur Verfügung stehen, soll an den Kendriya-Vidyalaya-Schulen Deutsch als dritte Sprache angeboten werden.

Durch eine Partnerschaft des Goethe-Instituts mit der bedeutendsten Fernuniversität Indiens – der Indira Gandhi National Open University (IGNOU) – wird angehenden Lehrkräften ein Diplom für Deutsch als Fremdsprache angeboten. Mit landesweit über 4 Millionen Studenten ist die IGNOU der perfekte Partner, um den fremdsprachlichen Deutschunterricht auch in kleinstädtischen und halbstädtischen Gebieten zu verbreiten.

Zur Abrundung der pädagogischen Arbeit organisierte das Goethe-Institut Mumbai unter anderem einen Workshop des Nürnberger Papiertheaters, das Spielstadt-Projekt »Mini-München« sowie eine Reihe von Animationsworkshops. Die Sprachkurse laufen parallel zu den kulturellen Aktivitäten des Goethe-Instituts Mumbai, doch die oben genannten Initiativen zeigen, wie die beiden Bereiche gewinnbringend miteinander verknüpft werden können.

Nach einer hektischen Zeit der Planung und Durchführung des Deutschlandjahres in Indien ruht sich das Goethe-Institut nicht auf seinen Lorbeeren aus. Mit großer Freude blickt es auf die vor ihm liegenden Herausforderungen und Chancen, denn nun gilt es, die in den 15 Monaten des Jubiläums eingeschlagenen Pfade näher zu erkunden und neue Errungenschaften zu festigen.

Girish Shahane ist Kulturtheoretiker, Kunstkritiker, Autor und freier Journalist in Mumbai. Übersetzung von Angela Selter

FOTO: HEDWIG NIELAND

Bahnhofsfenster Hagen

Fremde Impulse

Das Denkmalprojekt zur Kulturhauptstadt RUHR.2010 »Wandel durch Kultur – Kultur durch Wandel« (Karl Ernst Osthaus)

BARBARA SEIFEN

Kommen und Gehen ist Teil menschlichen Alltagshandelns, Austausch und Migration sind der »Normalfall« gesellschaftlichen und kulturellen Wandels. Diese Tatsache anhand ihrer Spuren im Baubestand aufzuzeigen, ist ein Leitgedanke des zur Kulturhauptstadt RUHR.2010 entwickelten Denkmalprojektes »Fremde Impulse – Baudenkmale im Ruhrgebiet«, das von den beiden Landschaftsverbänden in Nordrhein-Westfalen, LVR (Landschaftsverband Rheinland) und LWL (Landschaftsverband Westfalen-Lippe), durchgeführt wurde. Beispielhaft wird vermittelt, welche Erkenntnisse sich konkret am vorhandenen Denkmalbestand über die regionale Geschichte und ihre verschiedenen Entwicklungsabschnitte – insbesondere unter den Aspekten Wandel, Migration und Veränderung – gewinnen lassen. Gerade heute, wo der Anteil der Bevölkerung mit einem sogenannten Migrationshintergrund stetig wächst und der persönliche, familiäre Bezug zur Geschichte des Wohnortes für viele aufgrund der eigenen Lebensgeschichte nicht von selbst gegeben sein kann, muss es verstärkt im öffentlichen Interesse sein, den Menschen den Bezug zur Geschichte der Region und der Orte und Städte, in denen sie leben, anhand der Baudenkmale anschaulich nahe zu bringen.

Rauchende Schlote, staubige Halden, Schmutz und Fördertürme, nur das verbanden bis vor wenigen Jahren noch viele Menschen mit dem Ruhrgebiet. Die Realität im drittgrößten Ballungszentrum Europas sieht ganz anders aus: Zahlreiche Impulse von außen sind aus allen Gebieten Europas in die Region des Ruhrgebietes gekommen, hier zunächst fremd wirkende Menschen, Ideen, Technologien, Kapital, Gestaltungsvorstellungen und Bauweisen, die dem Ruhrgebiet eine ganz besondere Dichte und ein spannendes Nebeneinander von Gegensätzen verleihen. Die unterschiedlichen Einflüsse von Menschen aus anderen Regionen haben Spuren hinterlassen. Zeugnisse von Handel, Austausch und Migration finden sich an Gebäuden und Siedlungen. An ausgewählten Baudenkmalen wird anhand der Themen Kunst und Architektur, Glaube, Leute, Herrschaft, Technologie und Kapital unter zum Teil auch für die Denkmalpflege ungewohntem und ungeübtem Blickwinkel gezeigt, dass vieles, was gemeinhin als altbekannt gilt, irgendwann in der Art eines Impulses von außen, als etwas Anderes und Neues in die Region gekommen ist. Der Grabstein für Isabella Griffith in Herne berichtet von den irischen Bergleuten, die mit ihrem Wissen von innovativen Schachtbauverfahren Mitte des 19. Jahrhunderts nach Herne kamen. Die 1764 entstandene Ostenallee in Hamm ist Zeugnis der neuen preußischen Stadtplanung in Westfalen, der erhaltene Schriftzug »Banko Robotników« an einem Gebäude in Bochum belegt die große Zahl polnischer Arbeitsmigranten im 19. Jahrhundert. Der Hagener Bankier Karl Ernst Osthaus holte Anfang des 20. Jahrhunderts zahlreiche europäische Künstler ins Ruhrgebiet. So entstand im Hagener Bahnhof 1911 das monumentale Glasfenster vom Belgier Jan Thorn Prikker, es gilt als wichtiger Schritt des Expressionismus. Ein Antwerpener Schnitzaltar von 1523 kam über die gut funktionierenden Handelswege in die Pfarrkirche St. Victor nach Schwerte, damals eine blühende Handelsstadt und Mitglied der Hanse. Das Römerlager in Haltern, heute dort dokumentiert im LWL-Römermuseum, und das Römerlager Oberraden waren militärische Stützpunkte in der Zeit von 27 v. Chr. bis 16 n. Chr., und sicherten die römische Herrschaft im rechtsrheinischen Raum. Die Zeugnisse des christlichen und jüdischen Glaubens reichen in der Region des heutigen Ruhrgebietes weit ins Mittelalter zurück, seit einigen Jahrzehnten entstehen auch zahlreiche Gebäude anderer Glaubensrichtungen.

Impulse bergen Konfiktstoff und Entwicklungschancen

Am Denkmalbestand lässt sich sowohl die weit zurückreichende Geschichte der Region vor der Industrialisierung wie auch die im 19. und 20. Jahrhundert besonders starken Entwicklungen und Veränderungen, die sich im Ruhrgebiet selbst wie auch in den rheinischen und westfälischen Gebieten insgesamt auswirkten, ablesen.

Der Titel »Fremde Impulse« ist spielerisch gedacht, die Mehrdeutigkeit des Ausdrucks bewusst gewählt. Der Begriff »Fremd« im Titel des Projektes bezieht sich ganz nahe liegend auf etwas, das zunächst in der Region nicht vorhanden war. Diese geografische Definition des Fremden muss aber im jeweiligen zeitlichen Kontext verstanden werden. Ein Impuls kann etwas Neues, Fremdes sein, hat mit Umbrüchen und Wandel zu tun, birgt sowohl Konfliktstoff als auch Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten in sich. Nicht nur im heutigen Ruhrgebiet ist in vielfältiger Weise zu entdecken, dass eine Kultur allein in dem Maße, wie sie es versteht, fremde Impulse aufzunehmen und zu integrieren, als dynamisch und fortschrittlich gelten kann.

Zwei Publikationen sind zu diesem Denkmalprojekt erschienen und haben die Themen facettenreich aufbereitet. Alle Bild- und Textinformationen zu ca. 150 Denkmalen und den damit verbundenen fremden Impulsen sind auf der Internetseite des Projektes *www.fremde-impulse.de* zusammengeführt. Die zugehörige Wanderausstellung, die passenderweise in Transportkisten daherkommt und gerne an neuen Standorten gezeigt werden kann, reiste von ihrer ersten Station im LWL-Industriemuseum Zeche Hannover in Bochum zum Schloss Cappenberg in Selm bei Dortmund, dann unter anderem in den Kulturbunker nach Duisburg-Bruckhausen, ins Schloss Horst in Gelsenkirchen, zur Stiftung Industriekultur/Kokerei Hansa in Dortmund und ins Museum Hexenbürgermeisterhaus nach Lemgo. Im Herbst 2011 konnte die Ausstellung im Landtag in Düsseldorf gezeigt werden, kombiniert mit der Fotoausstellung »Wir sind Rheine – Menschen aus 101 Kulturen«. Über 100 Herkunftsländer vermitteln die aktuellen Portraits von Menschen, die heute in Rheine ihre Heimat gefunden haben. Die beiden Ausstellungen »Fremde Impulse« und »Wir sind Rheine« ergänzten sich im Landtag in Düsseldorf hervorragend zu einer interkulturellen Entdeckungsreise durch die Welt.

Mit dem Schulprojekt der Deutschen Stiftung Denkmalschutz »denkmal-aktiv« hat sich für das Schuljahr 2010/2011 eine Kooperation gebildet. Schülerinnen und Schüler von fünf Schulen im Ruhrgebiet befassten sich unter ihrem ganz eigenen Blickwinkel mit dem Thema »Fremde Impulse – Baudenkmale im Ruhrgebiet«, dazu mehr unter *www.denkmal-aktiv.de/presse/PM_Oberhausen_Logo.pdf*.

Die Denkmalämter und Industriemuseen der beiden Verbände LWL und LVR haben mit diesem Denkmalprojekt unter dem Aspekt, das »Vergnügen an der spannenden Unübersichtlichkeit des Ruhrgebietes« (Wolfgang Pehnt) zu entdecken, beispielhaft zur kulturellen Bildung beigetragen und sollen zu weiterer Spurensuche anregen. Stetiger Wandel, Veränderung und Austausch können als besonders herausragende Merkmale des Ruhrgebietes gelten, finden sich aber mehr oder weniger überall. Sie spiegeln sich in den Bauten und damit nicht zuletzt im Denkmalbestand, in unserem kulturellen Erbe, wider.

Barbara Seifen ist Leiterin der LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Münster

Luther und die Hölle

Oder: Über die Abschaffung des Fegefeuers

CARSTEN SCHMELZER

Als Martin Luther 1505 nach Erfurt ritt, konnte er nicht wissen, dass die Reise sein Leben für immer verändern würde. Auf dem Weg wurde er »durch einen Blitzstrahl bei Stotternheim nicht weit von Erfurt derart erschüttert«, dass er vor Schreck rief: »Hilf du, heilige Anna, ich will ein Mönch werden!«

Heute klingt das sehr extrem. Warum weiht jemand in Todesgefahr sein Leben einer Heiligen? Luthers Versprechen erklärt sich aus seiner Weltsicht. Als Mensch des ausgehenden Mittelalters war seine Furcht vor dem Tod mit einer greifbaren, realen Angst vor dem Fegefeuer verknüpft, die ihn sehr quälte.

Diese Angst stand für Luther mit konkreten Vorstellungen in Verbindung. Hölle und Fegefeuer waren Orte voller Qual, Gottesferne und Einsamkeit, die ein Mensch um jeden Preis vermeiden wollte. Da lag es nahe, Vorsorge zu treffen.

Es wäre falsch, Luthers Angst vor dem Jenseits als Angst vor der Hölle zu sehen. Der katholische Glaube bot eine gewisse Sicherheit vor der ewigen Verdammnis, problematischer war das Fegefeuer. Durch dieses mussten auch die Geretteten auf dem Weg ins Paradies hindurch. In der Vorstellung war es nicht weniger furchterregend als die Hölle, zumal die kirchliche Werbung gewaltige Bemühungen darauf konzentrierte. Der rege Ablasshandel, den Luther später angriff, florierte – durch bildliche Darstellungen in Betrieb gehalten – so sehr, dass er den Bau des Petersdoms finanzierte. Dantes Göttliche Komödie war bei weitem nicht das einzige Werk, in dem das Purgatorium behandelt wurde. So entstand eine Angst, die Menschen durch ihr ganzes Leben begleitete. Luthers intensive Beschäftigung mit der Rettung vor den Qualen des Jenseits zeigt, wie tief diese Furcht in seinem Denken wurzelte.

Luther 2017

Mit dieser Kolumne begleiten wir das Reformationsjubiläum.

Er hielt sein Versprechen und trat ins Kloster ein. Doch obwohl er ein frommer Mönch war, der alle Übungen ableistete und sich selbst kasteite, verfolgte ihn noch immer die Angst vor dem Endgericht. In dieser Phase seines Lebens hegte er noch keinen Zweifel an der kirchlichen Lehre von Fegefeuer und Ablass. Im Gegenteil, während seines Aufenthaltes in Rom rutschte er noch auf Knien die heilige Treppe am Lateran hinauf, um seinen verstorbenen Verwandten im Purgatorium zu helfen. Luthers Haltung zum jenseitigen Leben begann sich erst zu ändern, als er sein berühmtes Turmerlebnis hatte. Später erinnerte er sich, in der Einleitung zu seinen lateinischen Schriften, an dieses Ereignis. Jedes Mal, wenn er über Gottes Gerechtigkeit in Römer 1,17 nachdachte, wurde sein Gewissen unruhig. Obwohl er als Mönch untadlig lebte, fühlte er sich von Gott verdammt. »Ich hasste dieses Wort ›Gerechtigkeit Gottes‹, das ich durch den Gebrauch und die gewohnte Verwendung bei allen Gelehrten gelehrt worden war, philosophisch zu verstehen von der, wie sie sagen, formalen oder aktiven Gerechtigkeit, durch die Gott gerecht ist und die Sünder und die Ungerechten straft.«

In jenem Turm hatte er eine Erkenntnis. Er verstand, dass Gottes Gerechtigkeit nicht formal zu verstehen ist, sondern als etwas, das er dem Gläubigen zuspricht. »Da fing ich an, die Gerechtigkeit Gottes als die Gerechtigkeit zu verstehen, durch die der Gerechte als durch Gottes Geschenk lebt, nämlich aus dem Glauben.«

Über das Ereignis selbst ist so gut wie nichts sicher bekannt, aber seine Bedeutung für die Geschichte der Kirche und Europas kann kaum übertrieben werden. Luther hatte gefunden, was er gesucht hatte, war aber zugleich skeptisch geworden gegenüber dem, was er gelernt hatte. In diesem Turmzimmer wurde die Basis für zwei der Hauptsätze der Reformation gelegt. »Sola fide« (allein aus Glauben) führte fast automatisch zu »sola scriptura« (allein die Schrift). Von diesem Moment an nahm Luther die Theologie der Kirche kritisch unter die Lupe. Bald darauf (1517) schlug er seine 95 Thesen an die Tür der Schlosskirche zu Wittenberg.

In den Thesen wendet sich Luther zwar gegen kirchliche Missstände wie den Ablasshandel, kritisiert aber nicht die kirchliche Höllenlehre. Die Hölle erscheint in drei Thesen am Rande, sie ist nicht Gegenstand des Reformprogramms. Es ist bemerkenswert, dass auch das Fegefeuer noch vorausgesetzt wird. Luther kritisiert zwar die Ablasspraxis, zieht aber die Existenz des reinigenden Feuers selbst nicht in Frage.

Dass sich seine Einstellung zu diesem Thema mit der Zeit drastisch änderte, zeigt eine Predigt aus dem Jahr 1530, der »Widerruf der Lehre vom Fegefeuer«. Luther sah es problematisch, dass die Hauptstelle, auf die sich Vertreter des Purgatoriums stützen, 2. Makkabäer 12,43-46 ist. Eine Stelle, die »nicht zu den heiligen Schriften zählt und auch von den alten Vätern nicht als Heilige Schrift angenommen worden ist«. Letztlich scheitert also die Lehre des Purgatoriums an beiden reformatorischen Grundsätzen. Am »sola fide«, weil allein der Glaube an die Erlösung durch Christus rettet; am »sola scriptura«, weil die Bibel keine Referenz auf das Fegefeuer enthält. Endgültig hatte sich Luthers Haltung in den Schmalkaldischen Artikeln (1537) gewandelt. Dort heißt es: »Darum ist das Fegfeuer mit all seinem Gepränge, Gottesdiensten und Geschäftemachereien für ein bloßes Teufelsgespenst zu halten.« Als Begründung führt Luther an, dass allein »Christus, und nicht Menschenwerk den Seelen helfen soll«. Diese Begründung zeigt, worum es Luther eigentlich ging. Nicht um eine Lehre des Lebens nach dem Tod, sondern um die Rettung der Seelen.

Dennoch schüttete Luther nicht das Kind mit dem Bade aus. Dass er die Lehre des Purgatoriums nicht halten mochte, bedeutet nicht, dass er auch die Hölle in Frage stellte. Er dachte sicher nicht, dass alle Menschen im Endgericht gerecht gesprochen würden. Tatsächlich tat Luther möglicherweise mehr als jeder andere, um die Lehre der ewigen Hölle auch im gemeinen Volk zu verankern. Als 1522 die Erstausgabe seiner deutschen Übersetzung des Neuen Testamentes herauskam, übersetzte er das griechische Wort Gehenna konsequent mit »Helle«. Damit verankerte er das Wort bis heute fest in unserem Sprachschatz.

Auch wenn er keine eigenständige Theologie der Hölle vorgelegt hat, hinterlässt Luther ein großes Erbe an diesem Punkt. Die Abschaffung des Fegefeuers und die Erkenntnis, dass Gerechtigkeit ganz aus Glauben an Gottes Gnade kommt, sind zwei große reformatorische Errungenschaften.

Carsten »Storch« Schmelzer leitet eine Freikirche in Remscheid und hat ein Buch über die Hölle geschrieben

Die Rote Liste

Mit der Roten Liste bedrohter Kultureinrichtungen, einer Analogie zu den bekannten »Roten Listen« bedrohter Tier- und Pflanzenfamilien, werden in jeder Ausgabe gefährdete Kulturinstitutionen, -vereine und -programme vorgestellt.
Ziel ist es, auf den Wert einzelner Theater, Museen oder Orchester, seien sie Teil einer Kommune oder einer Großstadt, hinzuweisen. Oft wird die Bedeutung einer kulturellen Einrichtung den Nutzern erst durch deren Bedrohung deutlich. Erst wenn Empörung und schließlich Protest über mögliche Einschnitte oder gar eine Insolvenz entstehen, wird den Verantwortlichen bewusst, wie stark das Museum, Theater oder Orchester mit der Struktur und der Identität des Ortes verbunden ist.
Diesen Bewusstseinsprozess gilt es anzuregen. Politik & Kultur stellt dazu die Arbeit einzelner Einrichtungen vor und teilt sie ein in Gefährdungskategorien von 0 bis 4. Ob und welche Veränderungen für die vorgestellten Einrichtungen eintreten, darüber werden wir Sie fortlaufend informieren.

GEFÄHRDUNGSKATEGORIEN

Kategorie 4	Gefährdung aufgehoben/ungefährdet
Kategorie 3	Vorwarnliste
Kategorie 2	gefährdet
Kategorie 1	von Schließung bedroht
Kategorie 0	geschlossen

Benachrichtigen Sie uns über die Lage Ihnen bekannter Kultureinrichtungen! Senden Sie uns dazu Ihre Vorschläge an info@politikundkultur.net.

STUDIENZENTRUM FÜR KÜNSTLERPUBLIKATIONEN, WESERBURG/BREMEN

- Gründung: 1999, Mitarbeiter: 11
- Tätigkeitsfeld: Sammlung von 200.000 Kunstwerken, Archiv und Forschungsarbeit, Ausstellungskonzeption und Durchführung
- Universität Bremen, Museum für moderne Kunst Weserburg
- Homepage: www.weserburg.de

FOTO: STUDIENZENTRUM FÜR KÜNSTLERPUBLIKATIONEN

2

Das Studienzentrum für Künstlerpublikationen ist, gemeinsam mit dem Museum für moderne Kunst, Teil der Weserburg in Bremen. Während das Museum als Sammlermuseum fungiert, fasziniert das Studienzentrum als Forschungsmuseum von besonderem Rang. Das Studienzentrum besitzt eine Sammlung von über 200.000 Kunstwerken; eine der größten und bedeutendsten ihrer Art. In den Plänen zur Verkleinerung des Museums bzw. Neubau- oder Renovierungsvorhaben ist das Studienzentrum nicht mehr berücksichtigt. Der Weserburg fehlt ab 2014 eine mäzenatische finanzielle Unterstützung. Dies hat wiederrum Auswirkungen auf das Studienzentrum, für das nach ersten Überlegungen eine den Haushalt des Museums entlastende Finanzierung und ein neuer Standort gesucht wird. Der Erhalt des Studienzentrums ist ungewiss. Die Ausgründung in ein eigenständiges Institut, eventuell angegliedert an die Universität Bremen, wäre denkbar. Bislang fehlende konstruktive Raum- und Finanzierungskonzepte machen den Fortbestand der Einrichtung fraglich.

STADTBIBLIOTHEK ESSEN, NRW

- Gründung: 1902, Mitarbeiter: 111,0 Stellen im Stellenplan, 108 Beschäftigte auf 95,46 Planstellen.
- Tätigkeitsfeld: Förderung der Lesefähigkeit und der Medienkompetenz, Kultur- und Informationszentrum
- Finanzierung: Stadt Essen
- Homepage: www.stadtbibliothek-essen.de

FOTO: STADTBIBLIOTHEK ESSEN

3

Mit der Zentralbibliothek, 15 Stadtteilbibliotheken und der Französischen Bibliothek ist die Stadtbibliothek das Informationszentrum der Stadt Essen. Jung und Alt stehen in der Stadtbibliothek eine Vielzahl von Medien und Informationsangeboten zur Verfügung. Die Bibliothek ist das publikumsintensivste Kulturinstitut der Stadt; über einer Million Besucherinnen und Besucher im Jahr nutzen die Angebote vor Ort. Vier Millionen Ausleihen pro Jahr können verzeichnet werden. Leere Kassen der Kommunen bedrohen nun die Stadtbibliothek Essen. Im Rahmen des NRW-Entschuldungsfonds, zur Tilgung der Schulden stark verschuldeter Kommunen, sollen Kürzungen vollzogen werden.
Ursprünglich sollten 16 Stellen eingespart werden, was in etwa 15 Prozent des Gesamtpersonals entspricht. Nach ersten Verhandlungen einigte man sich auf acht Stellen, die wegfallen. Die übrigen acht Stellen sind die nächsten zwei Jahre gesichert.

ELEKTROHAUS HAMBURG

- Gründung: 2002,
- über 70 Hamburger Künstler nutzten die Arbeitsräume seit 2002, aktuell sind es 11 Künstler
- Tätigkeitsfeld: Kunstausstellungskonzeption, Ateliers
- Finanzierung: seit 2006 über die Hamburger Kulturbehörde
- Homepage: www.elektrohaus.net/

FOTO: ELEKTROHAUS ESSEN

2

Das Elektrohaus ist ein Atelierhaus, in dem seit 2002 mehr als 70 Hamburger Künstler und internationale Künstler preiswerte Arbeitsräume in zentraler Lage gefunden haben. Im Untergeschoss existiert ein 100 qm² großer Ausstellungsraum, in dem wechselnde Ausstellungen präsentiert werden. Seit Bestehen konnten über 250 Ausstellungen realisiert werden. Die Hamburger Kulturbehörde finanziert das Elektrohaus seit 2006 mit einer jährlichen Programmzuwendung im 5-stelligen Bereich. Trotzdem steht das Künstlerhaus vor dem Aus. Ende Januar ging dort eine vom Landgericht Hamburg ausgestellte Räumungsklage ein. Kläger ist der Vermieter, ein Privatmann, der die Räumlichkeiten anderweitig nutzen möchte. Die ansässigen Künstler verstehen diese Klage als Auswuchs der Voranschreitenden Gentrifizierung des Kiezes und halten sie für unbegründet. Der Mietvertrag würde eigentlich bis zum Jahr 2017 laufen, Mieterhöhungen ausgeschlossen. Die Räumungsklage gefährdet das Elektrohaus Hamburg und die Kunstszene massiv.

FACHLEHRAMT FÜR MUSIK UND KUNST AN GRUNDSCHULEN, BERLIN

- Studierende: beider Fachbereiche
- Tätigkeitsfeld: Musik und Kunst in der Grundschule
- Träger: Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung Berlin
- Homepage: www.facebook.com/LehramtUdK?ref=stream

FOTO: WIKIMEDIA COMMONS / ANDREAS PRAEFCKE

2

Durch das neue geplante Lehrerbildungsgesetz soll das Fachlehramt für die Grundschule in den Fächern Kunst und Musik in Berlin abgeschafft werden. Dagegen gibt es in Berlin regen Protest. Die Petition der Kommission für Lehrerbildung des Studierendenparlaments der Universität der Künste aus Berlin »Kunstlehramt ohne Kunst, Musiklehramt ohne Musik – Berliner Schulen ohne Fachlehrer?!« wurde über 10.000 Mal unterzeichnet. Durch die Kürzungen des fachlichen Anteils in der universitären Ausbildung wird der Stellenwert dieser Fächer in der Schule enorm geschwächt. Es ist zu befürchten, dass Kunst und Musik im Regelunterricht weiter an Bedeutung wie Qualität verlieren und die Attraktivität des Studiums und die Perspektiven für den Lehramtsberuf in der Grundschule sinken. Kulturelle Bildung droht an Berliner Schulen outgesourct zu werden. Zur Petition gelangen Sie unter *https://www.openpetition.de/petition/gezeichnet/kunstlehramt-ohne-kunst-musiklehramt-ohne-musik-berliner-schulen-ohne-fachlehrer*

BISHER VORGESTELLTE GEFÄHRDETE INSTITUTIONEN

Institution, Bundesland	Aktuelle Gefährdung	( ) = vormals
Theaterburg Roßlau. e.V., Sachsen-Anhalt	0	(0)
Archiv der Jugendkulturen Berlin	2	(2)
Kino Streit's Hamburg	0	(1)
Nordwestdeutsche Philharmonie Herford, NRW	4	(4)
Theater der Keller, NRW	2	(2)
Atelierhaus Prenzlauer Promenade Berlin	2	(2)
Stadtbibliothek Calbe, Sachsen-Anhalt	0	(0)
Bergische Philharmonie Remscheid, NRW	3	(2)
Frauenmusikzentrum Hamburg	2	(2)
Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR, Brandenburg	4	(1)
Künstlersiedlung Halfmannshof, NRW	0	(1)
SWR Sinfonieorchester, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg	1	(1)
Theater Hagen, NRW	3	(3)
Hotel am Kalkberg, Bad Segeberg, Schleswig-Holstein	0	(0)
Das Archiv Potsdam, Brandenburg	0	(1)
Opernhäuser Köln und Bonn, NRW	3	(3)

Von politischen Aufbrüchen und Kunstwerken der Zukunft

Warum Giuseppe Verdi und Richard Wagner ein P&K-Porträt wert sind

ANDREAS KOLB

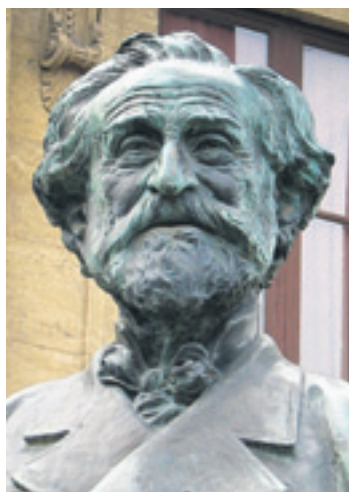
Wie verirren sich Verdi und Wagner in die P&K? Dafür gibt es zwei Gründe: Erstens sind sie ein typischer Fall für Jubiläumsjournalismus, denn beide wurden im Jahr 1813 geboren und der Musikbetrieb feiert ihren 200. Geburtstag mit Büchern, Filmen, Ton- und Bildträgern und einer Vielzahl von Aufführungen und Neuinszenierungen. Ein äußerer Anlass, der für sich allein dennoch zu wenig Relevanz hat, um die P&K-Redaktion zu einem Porträt zu bewegen. Diese entsteht woanders: Politik und Kultur haben sich in den Künstlerbiografien von Verdi und Wagner in solch einmaliger Weise getroffen, dass es sich lohnt, hier einen kleinen Rückblick zu geben.

Giuseppe Verdi, geboren am 10. Oktober 1813 in Le Roncole bei Parma, wird mit dem Erfolg seiner Oper »Nabucco« zu einem Symbol des Risorgimento, der nationalen Bewegung des italienischen Bürgertums gegen die österreichische und spanische Feudalherrschaft. Inwieweit Verdi, der dem Risorgimento zwar positiv gegenübersteht, im populären »Gefangenenchor« das in babylonische Gefangenschaft gehalten Volk der Juden als Sinnbild der unterdrückten Italiener auffasste, ist nicht belegt. Tatsache ist, dass seit der Uraufführung von »Nabucco« am 9. März 1842 in Mailand, Giuseppe Verdi nicht nur ein gefeierter Komponist ist, sondern auch sein übriges Schaffen von da an politisch rezipiert wird.

»Viva Verdi«, »Es lebe Verdi« lautet der Lobruf auf den Komponisten. »Viva Verdi« wird für die italienischen Nationalisten der Codename für »Viva Vittorio Emanuele Re d'Italia«: »Es lebe Viktor Emanuel, König von Italien«. Als Figur von nationalem Rang lässt sich Verdi nach der Vereinigung Italiens 1861 vom erstem Ministerpräsidenten Graf von Cavour zu einer Kandidatur für die Abgeordnetenkammer überreden, von der er jedoch bald wieder zurücktritt.

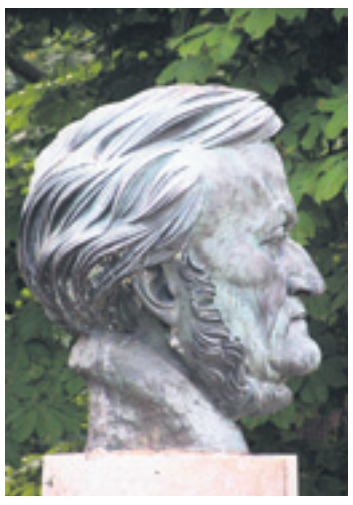
Gegen Ende seines Lebens ist der Politiker Verdi enttäuscht vom Ausbleiben des erhofften sozialen Fortschritts, der Komponist Verdi bleibt dagegen bis ins hohe Alter kreativ. Auf die Frage, welches sein bestes Werk sei, soll Giuseppe Verdi allerdings das Altersheim für ehemalige Musiker genannt haben, das er 1896 in Mailand gegründet hatte. Die »Casa di Riposo per Musicisti«, genannt »Casa Verdi«, besteht bis heute. Welche Wirkung die Casa Verdi bis heute hat, zeigt auch der neue Film von Dustin Hoffmann »Das Quartett«.

Und Richard Wagner? Der am 22. Mai 1813 in Leipzig geborene Komponist beendet 1848 die Partitur seines »Lohengrin« und sitzt gleichzeitig über einem »Entwurf zur Organisation eines deutschen Nationaltheaters für das Königreich Sachsen.« Im republikanischen Vaterlandsverein hält er eine Rede über die Frage »Wie verhalten sich republikanische Bestrebungen dem Königtume gegenüber?« und schließt durch seinen Freund August Röckel Bekanntschaft mit dem russischen Anarchisten Michail Bakunin, der später in der anarchistischen Bewegung Süditaliens eine wichtige Rolle spielen wird. Anonym schreibt Wagner in diesen Tagen Artikel für die »Volksblätter«, in denen er Revolution und Anarchie verherrlicht.



FOTOS: WIKIMEDIA COMMONS / WILSON DELGADO

Verdi, Komponist und Politiker



FOTOS: WIKIMEDIA COMMONS / SCHUBBAY

Wagner, Herr vom Hügel

Am 1. April 1849 dirigiert er Beethovens »Neunte Symphonie«, Anfang Mai beteiligt er sich an einem Aufstand in Dresden gegen das sächsische Königshaus. Er verteilt Handzettel, in denen

Giuseppe Verdi oder Richard Wagner? Wir brauchen beide…

zur Solidarisierung mit den Aufständischen aufgerufen wird und muss nach der Niederschlagung des Aufstandes durch preußische Truppen Ende Mai in die Schweiz flüchten. Dort lässt er sich zunächst in Zürich, später in Tribschen bei Luzern nieder. Ende November dieses ereignisreichen Jahres verfasst er die Schrift »Das Kunstwerk der Zukunft«. Wagner bezieht sich mit dem Zukunftsbegriff auf verwandte Ideen des Vormärz und zielt auf eine utopische Einheit aller Künste im musikalischen Theater. Die Revolution findet von nun an im Theater statt. In Anspielung auf Wagners Schrift kam 1850 der Begriff »Zukunftsmusik« auf, der nicht nur polemisch die Musik der neudeutschen Schule bezeichnete, sondern bis heute sprichwörtlich etwas, das der Realisierung harrt, allerdings eher vergeblich und nicht im Sinne einer positiven Utopie.

Welche unselige Rezeptionsgeschichte Wagners Musik noch bevorstehen sollte – Stichworte sind hier Wagners Antisemitismus, die Vereinnahmung des Grünen Hügels durch Hitler und dessen nationalsozialistische Kulturpolitik – war in den 40er- und 50er-Jahren des 19. Jahrhunderts noch nicht vorauszusehen. Sie zeichnete sich jedoch bereits in der deutschen Entgegensetzung von Zivilisation und Kultur um die Jahrhundertwende ab, deren kulturpsychologische Begründung unter anderem Friedrich Nietzsche lieferte: »Meistersinger gegen die Zivilisation; das Deutsche gegen das Französische«. Der erste Weltkrieg war auch ein Krieg des Gegensatzes zwischen »hoher« oder »tiefer deutscher Kultur« gegen die »oberflächliche« Zivilisation der Franzosen. Das hat sich durch die Globalisierung des Kulturdiskurses abgemildert und der Friedensnobelpreis 2012 an Europa ist durchaus ein Ausdruck der Hoffnung, dass es einen solchen Streit, bei dem Weltanschauungen derart katastrophal aufeinanderprallen, in Europa nicht mehr geben wird.

Im Jubiläumsjahr 2013 werden uns die beiden zentralen Komponisten des ausgehenden 19. Jahrhunderts noch öfter begegnen – mit ihrer Musik und in der ganzen Komplexität ihrer kulturpolitischen Wirkungsgeschichte: hier Giuseppe Verdi, südländischer Dramatiker, Sympathisant des Risorgimento und sozial denkender Altersheimgründer, dort Richard Wagner, Barrikadenkämpfer, königstreuer Festspielhauserbauer und deutscher Zukunftsmusiker, den der Tod in Venedig ereilte. Ein Fazit? Verdi oder Wagner? Wir brauchen beide – auch nach dem Jubiläumsjahr 2013.

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

Pikantes am Bibelschnitt

Zur Geschichte der fore-edge paintings

GEORG RUPPELT

Um Büchern, deren Inhalt als besonders wertvoll galt, auch eine schöne äußere Gestalt zu geben, haben sich seit Jahrhunderten Schriftkünstler, Illustratoren, Setzer, Drucker und Buchbinder um immer neue künstlerische und handwerkliche Gestaltungsformen bemüht. Kein Teil des Buchkörpers wurde von diesem Gestaltungsdrang ausgenommen, so auch nicht der Buchschnitt, einfach Schnitt genannt.

Die gleichsam unter dem Schnitt angebrachte Zeichnung, von der hier die Rede ist, wird meistens von Gold bedeckt. Bei ihrer Enthüllung entstehen Effekte, ähnlich der Wandmalerei der italienischen Renaissance: Beim seitlichen Betrachten einer Wand wird ein Bild erkennbar, das bei frontaler Sicht unentdeckt bleibt.

Vor allem auf dem Vorderschnitt eines Buches wird die Technik angewandt. Die Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek in Hannover besitzt allerdings Bände, die Schnittzeichnungen auch auf Teilen des Kopf- und des Fußschnittes enthalten. Ganz auffächern lässt sich natürlich nur der Vorderschnitt. Auffächern heißt, dass man den Buchblock, also das, was sich zwischen den Einbanddeckeln befindet, in beide Hände nimmt, festhält und mit dem Daumen den Vorderschnitt nach oben drückt, so dass das Buch zwar geschlossen bleibt, der Vorderschnitt aber eine breitere Fläche als vorher bildet. Diese Fläche nun stellt die Grundlage für eine Maltechnik dar, die wahrscheinlich in England entwickelt wurde und die unter der Bezeichnung fore-edge painting nur einer relativ kleinen Schar von Buchliebhabern bekannt geblieben ist. Das Besondere an dieser Malerei ist, dass sie nur bei aufgefächertem Buchblock zu sehen

Besonders gut geignet für Erotica

ist, während man bei geschlossenem Buchblock – vorausgesetzt, die Technik ist sauber angewandt worden – nur auf den Goldschnitt blickt. Auch beim Aufschlagen des Buches bemerkt man nichts von einer Zeichnung; allenfalls dürften scheinbare Verunreinigungen an der Vorderkante der Buchseite beim Nichteingeweihten Unwillen erregen. Sie sind aber in Wirklichkeit Bruchteile einer Zeichnung.

Da bei normaler Handhabung des Buches die Vorderschnitt-Zeichnung also unsichtbar bleibt, hat man diese Technik immer als besonders geheimnisvoll bezeichnet, obwohl ihre Anwendung relativ simpel ist – jedenfalls in der Theorie. Aus Beschreibungen des 19. Jahrhunderts und von Künstlern, die diese Technik auch in unserer Zeit noch anwenden, weiß man, wie die Arbeit des Vorderschnitt-Malers vor sich geht. Der aufgefächerte Buchblock wird zwischen Klemmbrettern befestigt, und der Künstler trägt seine Zeichnung vorsichtig mit Wasserfarben auf. Nachdem die Farbe völlig getrocknet ist, wird der geschlossene Vorderschnitt mit Gold belegt, und zwar so, dass von der »verschwundenen« Zeichnung nichts mehr durchschimmert. Wie groß die Gefahr dabei ist, dass die Wasserfarbe in das Buch hinein- oder beiseite läuft, weiß jeder, der mit Wasserfarben gearbeitet hat. Aber auch der Goldschnitt ist eine schwierige Kunst, die bei nicht fachgerechter Ausführung obendrein das Vorderschnitt-Bild zerstören kann.

Seltener wurde der Buchschnitt nach dem Auftragen der Zeichnung marmoriert, wohl weil dies hier noch schwieriger ist. Selten sind auch sogenannte doppelte fore-edge paintings, bei denen, je nachdem, zu welcher Seite man das Buch auffächert, unterschiedliche Bilder sichtbar werden. Auch die Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek besitzt einige »double fore-edge paintings«.

Die Blütezeit des fore-edge painting lag zeitlich zwischen 1750 und 1830 und lokal in London. Entdeckt oder erfunden wurde die Technik freilich spätestens im 17. Jahrhundert.

Dargestellt wurden vor allem Landschaften, Gebäude, Jagd- und Reiseszenen und Porträts, meist Motive aus dem Inhalt des Buches.

Zeichnungen, die man verschwinden lassen kann, eignen sich natürlich besonders gut für die Darstellung von Erotica. So gibt es etwa double fore-edge paintings, die, aufgefächert nach der einen Seite, wohlbekleidete Damen und Herren beim züchtigem Spaziergang im Park zeigen. Fächert man sie nach der anderen Seite auf, sind die Damen und Herren bei anderen Bewegungsrhythmen zu sehen, und sie sind auch nicht mehr wohlbekleidet. Die Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek besitzt eine »Holy Bible« aus dem 19. Jahrhundert mit einer – für damalige Zeiten – recht pikanten Zeichnung. Es ist wunderbar, dass – wie auf Google und Youtube leicht zu finden – in der Gegenwart diese faszinierende Technik wieder belebt worden und mit ansehnlichen Angeboten vor allem aus den USA präsent ist.

Georg Ruppelt ist Direktor der Wilhelm Leibniz Bibliothek Hannover

Kulturmensch Johanna Wanka

Seit dem 14.02.2013 ist Johanna Wanka neue Bundesbildungsministerin. Joachim Gauck übergab der vormaligen Ministerin für Wissenschaft und Kultur in Niedersachsen (2010-2013) und brandenburgischen Wissenschaftsministerin (2000-2009) die Ernennungsurkunde. Wankas Vorgängerin Annette Schavan wurde nach fast acht Jahren im Amt verabschiedet. Johanna Wanka war die erste Ostdeutsche in einem westdeutschen Landeskabinett. Sie versteht ihr Handwerk, ist von Hause aus Wissenschaftlerin und leitete vor ihrer politischen Karriere als Rektorin die Fachhochschule Merseburg. Als brandenburgische Kultusministerin hatte sie 2005 den Vorsitz der Kultusminister-Konferenz inne. Bei ihrem ersten öffentlichen Statement am 14.02. hat sie deutlich gemacht, dass sie den von Annette Schavan eingeschlagenen Kurs fortsetzen wird. Dabei ist es ihr wichtig, die Bereiche der Begabtenförderung und der Förderung von Benachteiligten gleichermaßen im Blick zu halten. Kulturelle Bildung hat in den letzten Jahren unverkennbar an Bedeutung gewonnen. Diese positive Entwicklung gilt es zu festigen. Die Bundesbildungsministerin Johanna Wanka könnte gerade dort noch deutliche Akzente setzen, obwohl ihr bis zum Ende der Legislaturperiode nur wenig Zeit bleibt.

FOTO: NIEDERS. MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT U. KULTUR

Politik & Kultur

Kulturentwicklungsplan in Deutschland

Die Bauarbeiten sind zum Teil weit fortgeschritten

THEMA

FOTO: KALLEJIPP / PHOTOCASE.COM

Mach‘ mal einen Plan

Zur Kulturentwicklungsplanung gestern und heute

GABRIELE SCHULZ

In den 1970er-Jahren herrschte in Westdeutschland eine Planungseuphorie und in vielen gesellschaftlichen Bereichen fand ein Aufbruch statt. In den Kommunen stand nicht mehr ausschließlich der Bau von Wohnraum im Fokus, sondern es ging darum, eine Stadtentwicklungspolitik aufzubauen, die einerseits den Bestand in den Blick nahm und sich nach dem Ölpreisschock neuen Herausforderungen wie dem Energiesparen stellte. Das Positionspapier des Deutschen Städtetags »Rettet unsere Städte jetzt!« Anfang der 1970er-Jahren markierte sehr prägnant die Veränderung der Stadtentwicklungspolitik. Es ging nunmehr auch um die lebenswerte Stadt.

Der Kulturausschuss des Deutschen Städtetags, in dem geradezu legendäre kommunale Kulturdezernenten wie Hilmar Hoffmann, Hermann Glaser, Dieter Sauberzweig oder Siegfried Hummel wirkten, war ein Kristallisationspunkt für die Entwicklung einer neuen Kulturpolitik im Sinne einer Stadtpolitik. Die Evangelische Akademie Loccum und die in den 1970er-Jahren gegründete Kulturpolitische Gesellschaft waren weitere.

Nach der Wende begann ein Abbau kultureller Einrichtungen

Den kulturpolitischen Akteuren in den 1970er-Jahren ging es um eine Stärkung der Kulturpolitik, den Ausbau der kulturellen Infrastruktur und nicht zuletzt um »Kultur für alle«. So das Schlagwort jener Zeit. Viele neue Kultureinrichtungen wurden gebaut, umgebaut, gegründet, für neue Publika geöffnet, Rockbüros wurden eingerichtet; insgesamt wurde die Kultur vom Sockel einer eher elitären Kunstpolitik gehoben. Die Ende der 1970er-Jahre, Anfang der 1980er-Jahre aus der Hausbesetzerszene entstehenden soziokulturellen Zentren haben die kulturelle Infrastruktur in den Städten bereichert, für neue Gruppen geöffnet und insbesondere im Bereich der kulturellen Bildung Akzente gesetzt. Den ersten Kulturentwicklungsplan brachte 1976 Siegfried Hummel als Kulturdezernent in Osnabrück auf den Weg. Weitere folgten.

Mitte der 1980er-, spätestens zu Beginn der 1990er-Jahre hatte es mit der Planungseuphorie ein Ende. Mit Blick auf die kulturelle Infrastruktur in Ostdeutschland, den »neue Ländern«, wurde erstmals ein Umbau – und letztlich auch ein Abbau – an Kultureinrichtungen in größerem Stil vollzogen. Zwar hat der Bund mit der Übergangsfinanzierung einen erheblichen Beitrag zum Erhalt von kultureller Infrastruktur in Ostdeutschland geleistet, dennoch wurden Bibliotheken geschlossen, Theater fusionierten, Kulturhäuser machten dicht, Kulturbundgruppen verschwanden usw. Der Transformationsprozess in Ostdeutschland machte auch vor der Kultur nicht halt.

In Westdeutschland gewannen in der Kulturpolitik andere Themen wie z.B. die Modernisierung der Kulturverwaltung unter dem Stichwort neue Steuerungsmodelle an Bedeutung und im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts stand die Kulturwirtschaft im Fokus des Interesses.

Kulturpolitik, kommunale, Landes- und Bundeskulturpolitik, wurden weiterhin gestaltet, Ideen wurden entwickelt und umgesetzt, auch wenn ihnen das Etikett Kulturentwicklungsplanung nicht angeheftet wurde.

Von Plus zu Minus?

Als die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags »Kultur in Deutschland« im Jahr 2007 in ihren Handlungsempfehlungen unter anderem dem Bund und den Ländern empfohlen hat, eine Kulturentwicklungsplanung zu erstellen, sah es zunächst so aus, als würde auf Konzepte von gestern zurückgegriffen. Dem war aber nicht so. Im Gegenteil, die Enquete-Kommission hat letztlich einen Prozess antizipiert, der in vielen Ländern und Kommunen derzeit stattfindet.

Geändert haben sich allerdings die Vorzeichen. War die Kulturentwicklungsplanung in den 1970er- und 1980er-Jahren von einem Aufbruch geprägt, von der Etablierung neuer Handlungsfelder, steht die Diskussion um eine Kulturentwicklungsplanung heute eher unter der Fragestellung, welche kulturelle Infrastruktur denn in der Zukunft benötigt wird.

Kulturentwicklungsplanung heute heißt, sich mit den demografischen Veränderungen auseinanderzusetzen. Platzten beispielsweise Ende der 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre die Schulen aus allen Nähten, weil die geburtenstarken Jahrgänge sich in Schulklassen mit bis zu 40 Schülern quetschten, geht es heute darum, eine wohnortnahe Schulversorgung zu ermöglich, wenn nur noch wenige Kinder eine Schule besuchen. Die Bevölkerungszahl in Deutschland sinkt. Hier gibt es zwar große regionale Unterschiede, aber insgesamt kann nicht die Rede von einer wachsenden Bevölkerung sein. Das zieht nach sich, dass der

Man muss sich mit den demografischen Veränderungen auseinandersetzen

Anteil der älteren Menschen an der Bevölkerung wächst. Ob »Unterjüngung« oder »Überalterung« genannt, insgesamt wird in den nächsten Jahren der Bevölkerungsanteil älterer Menschen weiter zu- und der junger Menschen abnehmen. Der Anteil der Migranten an der Bevölkerung wächst. »Weniger, älter, bunter«, mit diesem Slogan wird bereits seit einiger Zeit das Phänomen des demografischen Wandels beschrieben. Die angerissenen Entwicklungen führen dazu, dass sich die kulturellen Bedürfnisse und Anforderungen ändern.

Erwachsene werden als Zielgruppe in der kulturellen Bildung immer wichtiger – insbesondere Erwachsene, die das Rentenalter erreicht haben. Zugleich muss den wenigen jungen Menschen der Zugang zu Kultur eröffnet werden, damit keine Lücken in der Weitergabe kultureller Traditionen entstehen. Ebenso muss ein besonderes Augenmerk darauf gerichtet werden, nicht nur zurückzuschauen, wie es bei älteren Menschen sehr oft der Fall ist, sondern nach vorne zu blicken: Trends zu erspüren und in die zeitgenössischen Künste zu investieren. Einerseits zwingt also die demografische Veränderung die Kommunen und die Länder dazu, über ihre kulturelle Infrastruktur nachzudenken. Andererseits verlangt die seit 2006 im Grundgesetz verankerte sogenannte Schuldenbremse, dass Bund und Länder ihre Haushalte konsolidieren. Alle Ausgaben der öffentlichen Hände kommen also auf den Prüfstand und in diesem Zusammenhang werden auch die Kulturausgaben einer Überprüfung unterzogen. Dabei wird vielfach auch die Frage nach der Auslastung und der Nutzung von Kulturangeboten aufgeworfen.

Die Länder gehen sehr unterschiedlich mit diesen kulturpolitischen Anforderungen um. Die einen setzen auf den Diskurs mit den Kulturverbänden, die anderen verlassen sich auf den Rat von Experten. Im Schwerpunkt in dieser Ausgabe von Politik & Kultur werden einige Prozesse der Kulturentwicklungsplanung in den Ländern exemplarisch vorgestellt. Rolf Teucher beschreibt die Anfänge der Debatte einer Kulturentwicklungsplanung in Schleswig-Holstein. Klaus Nerlich stellt den Prozess zum Kulturkonzept Thüringen vor. Olaf Zimmermann informiert über den Kulturkonvent Sachsen-Anhalt. Barbara Rüschoff-Thale und Yasmine Freigang stellen die Kulturentwicklungsstrategie Westfalen-Lippe vor. Dieter Nellen reflektiert den Masterplan Kulturmetropole Ruhr. Karla Fohrbeck setzt sich am Beispiel des Jean-Paul-Wanderwegs mit der Verknüpfung verschiedener Politikfelder in der Kulturentwicklungsplanung auseinander. Daneben haben einige Kommunen bereits Kulturentwicklungspläne erarbeitet oder befinden sich im Erstellungsprozess. Auf diese Prozesse kann in diesem Zusammenhang nicht eingegangen werden.

Fortsetzung auf Seite 16 ►

Fortsetzung von Seite 15

Nachfolgend werden die Kulturentwicklungsprozesse in den Ländern vorgestellt:

Baden-Württemberg

- Fläche: 35.751 km²
- Einwohner: 10,84 Millionen
- Landesregierung: Bündnis 90/Die Grünen/SPD
- Wahlperiode: 2011-2016
- Ministerin: Theresia Bauer (Bündnis 90/Die Grünen), Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst

»Kultur 2020. Kunstkonzeption Baden-Württemberg« wurde von einem Expertengremium erarbeitet und im Jahr 2010 vom Landtag verabschiedet. Die Kunstkonzeption macht einen Horizont von zehn Jahren auf. Zunächst wird auf übergreifende Fragestellungen wie beispielsweise kulturelle Bildung eingegangen, anschließend werden konkret die Anforderungen in den einzelnen künstlerischen Sparten skizziert und Handlungsempfehlungen formuliert. In der Nachfolge von »Kultur 2020. Kunstkonzeption Baden-Württemberg« wurde unter anderem ein ressortübergreifender Fachbeirat kulturelle Bildung eingerichtet. In ausgewählten Kommunen finden im Zeitraum 2011-2013 Projekte zur Verbesserung der interkulturellen Arbeit statt.

Freistaat Bayern

- Fläche: 70.550 km²
- Einwohner: 12,66 Millionen
- Landesregierung: CSU/FDP
- Wahlperiode: 2008-2013
- Minister: Wolfgang Heubisch (FDP), Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Im Jahr 2012 Vorlage von »Staatliche Förderung von Kunst und Kultur in Bayern – Eine Bestandsaufnahme« durch die Bayerische Staatsregierung. Darin werden zunächst der Kulturfonds Bayern und die Bayerische Landesstiftung vorgestellt. Danach erfolgt die Bestandsaufnahme in den verschiedenen kulturellen Sparten. Abschließend werden Perspektiven für folgende Bereiche beschrieben: Frauen in Kunst und Kultur, internationaler Kulturaustausch, kulturelle Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, Kulturelle Bildung, Kunstausbildung sowie Kultur- und Kreativwirtschaft.

Berlin

- Fläche: 892 km²
- Einwohner: 3,53 Millionen
- Landesregierung: SPD/CDU
- Wahlperiode: 2011-2016
- Minister: Regierender Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit (SPD)

Ein kulturpolitisches Gesamtkonzept wurde nicht vorgelegt, sondern Konzepte für einzelne Felder, so z.B. nach langen Debatten und unter Einbeziehung verschiedener Einzelkonzepte Erstellung eines Opernkonzepts als Grundlage für die Errichtung der Opernstiftung im Jahr 2004. Ziel war es dabei, durch Synergieeffekte Einsparungen zu erzielen. Im Jahr 2006 Erarbeitung eines Gesamtkonzepts zur Berliner Mauer. Im Jahr 2008 Vorlage eines Rahmenkonzepts für die kulturelle Bildung. Die Umsetzung dieses Rahmenkonzepts wurde im Jahr 2011 von externen Gutachtern untersucht.

Brandenburg

- Fläche: 29,842 km²
- Einwohner: 2,49 Millionen
- Landesregierung: SPD/Die Linke
- Wahlperiode: 2009-2014
- Ministerin: Sabine Kunst, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Im Februar 2012 wurde eine vom Ministerium erarbeitete kulturpolitische Strategie 2012 vorgestellt. Vor dem Hintergrund der demografischen Veränderungen und eines voraussichtlichen Rückgangs an Mitteln werden fünf kulturpolitische Akzente gesetzt: kulturelle Bildung, Kulturtourismus, regionale Identität, innovative Kulturvorhaben und Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements. Der Erhalt der kulturellen Infrastruktur wird als ein wichtiges Ziel beschrieben und zugleich deutlich gemacht, dass mit sinkenden finanziellen Ressourcen Strukturanpassungen notwendig sein werden. Als Problem wird skizziert, dass erhebliche Teile der Kulturmittel gebunden sind und daher kaum Möglichkeiten bestehen, neue Vorhaben zu fördern.

Freie Hansestadt Bremen

- Fläche: 419,23 km²
- Einwohner: 0,66 Millionen
- Landesregierung: SPD/Bündnis 90/Die Grünen
- Wahlperiode: 2011-2015
- Minister: Erster Bürgermeister und Kultursenator Jens Böhrnsen (SPD)

Erarbeitung eines »Masterplans für die Kulturentwicklung Bremens 2006-2011« durch eine Arbeitsgruppe unter der Leitung der Staatsrätin für Kultur im Jahr 2006. Dieser Masterplan wurde in dritter Lesung von der Kulturdeputation zur Kenntnis genommen. Im Masterplan werden Leitthemen einer Kulturpolitik für Bremen beschrieben und wichtige operative Handlungsempfehlungen ausgesprochen. Seit dem Regierungswechsel im Jahr 2011 fanden verschiedene Fachtagungen zur Kulturpolitik in Bremen statt.

Freie und Hansestadt Hamburg

- Fläche: 755 km²
- Einwohner: 1,79 Millionen
- Landesregierung: SPD
- Wahlperiode: 2011-2015
- Ministerin: Kultursenatorin Barbara Kisseler

Im Jahr 2004 wurde ein »Rahmenkonzept Kinder- und Jugendkultur« vorgelegt, das von Experten aus der Verwaltung und aus dem Feld der kulturellen Bildung erarbeitet wurde. Es wurde im Juni 2004 vom Senat verabschiedet. 2006 wurde die Umsetzung des Konzepts von externen Gutachtern evaluiert und auf der Grundlage der Evaluation im Januar 2007 ein Bericht dem Senat vorgelegt. Im Jahr 2011 wurde eine Fortschreibung des Konzepts beschlossen. Ein besonderes Augenmerk soll auf der Zusammenarbeit der verschiedenen Behörden und Akteure liegen. Das aktuelle Rahmenkonzept wurde im Juni 2012 vorgelegt.

Hessen

- Fläche: 21.115 km²
- Einwohner: 6,11 Millionen
- Landesregierung: CDU/FDP
- Wahlperiode: 2008-2013
- Ministerin: Eva Kühne-Hörmann (CDU), Ministerin für Wissenschaft und Kunst

Kein ausgewiesenes Kulturkonzept

Mecklenburg-Vorpommern

- Fläche: 23.189 km²
- Einwohner: 1,63 Millionen
- Landesregierung: SPD/CDU
- Wahlperiode: 2011-2016
- Minister: Mathias Brodkorb (SPD), Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Im März 2012 wurde ein Kulturrat eingerichtet, dem Experten aus Kunst, Verbänden, Wissenschaft und Medien angehören. Der Kulturrat hat die Aufgabe, den Minister bei anstehenden kulturpolitischen Fragen, zu kulturellen Zielen und zu Förderschwerpunkten des Landes zu beraten. Er soll konzeptionelle Ideen für einzelne Kulturbereiche und »kulturelle Leitthemen des Jahres« entwickeln. Dabei soll er den Kontakt zu Kulturschaffenden sowie zu den Akteuren in den Kommunen forcieren. Im September 2012 hat der Kulturrat z.B. konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung der Theaterlandschaft vor dem Hintergrund eines Theatergutachtens gemacht.

Niedersachsen

- Fläche: 47.635 km²
- Einwohner: 7,92 Millionen
- Landesregierung: SPD/Bündnis 90/Die Grünen
- Wahlperiode: 2013-2018
- Ministerin: Gabriele Heinen-Kljajic (Bündnis 90/Die Grünen), Ministerin für Wissenschaft und Kultur

Im Jahr 2010 wurde der Kulturbericht Niedersachsen vom zuständigen Ministerium vorgelegt. Er ist eine Bestandsaufnahme der Kulturförderung in Niedersachsen. Damit wurde der Anstoß für ein beteiligungsorientiertes Kulturentwicklungskonzept (KEK) gegeben. Die Bestandsaufnahme wurde in Regionalkonferenzen diskutiert und die Anforderungen an die Kulturpolitik formuliert. Als kulturpolitische Schwerpunkte werden im Kulturbericht genannt: kulturelle Bildung, Kultur im ländlichen Raum, Publikumsgewinnung, Kreativwirtschaft/Kulturtourismus, Kulturelle Vielfalt/Breitenkultur, Integration, bürgerschaftliches Engagement, Niederdeutsch/Saterfriesich, Entwicklung eines »Leitbildes Kultur« und Kulturberufe.

Nordrhein-Westfalen

- Fläche: 34.088 km²
- Einwohner: 17,85 Millionen
- Landesregierung: SPD/Bündnis 90/Die Grünen
- Wahlperiode: 2012-2017
- Ministerin: Ute Schäfer (SPD), Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport

Es soll ein Kulturfördergesetz erarbeitet werden. Mit dem Kulturfördergesetz soll die Kulturförderung planvoller und transparenter gestaltet werden. Die vorhandenen Mittel sollen effizient und zielgerichtet eingesetzt werden. Im Land fanden verschiedene Regionalkonferenzen zum Kulturfördergesetz statt.

Rheinland-Pfalz

- Fläche: 19.854 km²
- Einwohner: 4,00 Millionen
- Landesregierung: SPD/Bündnis 90/Die Grünen
- Wahlperiode: 2011-2016
- Ministerin: Doris Ahnen (SPD), Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

Kein ausgewiesenes Kulturkonzept

Saarland

- Fläche: 2.569 km²
- Einwohner: 1,02 Millionen
- Landesregierung: CDU/SPD
- Wahlperiode: 2012-2017
- Minister: Ulrich Commerçon, Minister für Bildung und Kultur

Kein ausgewiesenes Kulturkonzept

Freistaat Sachsen

- Fläche: 18.420 km²
- Einwohner: 4,13 Millionen
- Landesregierung: CDU/FDP
- Wahlperiode: 2009-2014
- Ministerin: Sabine von Schorlemmer, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst

Im Jahr 2009 Vorlage des »Kulturkompass. Wegweiser für die Kulturentwicklung in Sachsen« durch das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst. Neben einer Bestandsaufnahme werden Perspektiven und Visionen einer Kulturpolitik für Sachsen beschrieben. Mit dem »Kulturkompass. Wegweiser für die Kulturentwicklung in Sachsen« wird sich unmittelbar auf die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags »Kultur in Deutschland« bezogen. Der Kulturkompass soll ein erster »Aufschlag« für die weitere Diskussion mit den Akteuren aus Kunst und Kultur in Sachsen sein. Als mittelfristige Schwerpunkte der Kulturpolitik werden genannt: Stärkung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit und Entwicklung gemeinsamer Konzepte, Stärkung der Kulturellen Bildung, Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement, Stärkung der Kulturwirtschaft, hier auch des Kulturhandwerks, Verbesserung der Zusammenarbeit von Medien und Kulturakteuren, Einbeziehung des Kulturtourismus in die Imagewerbung des Landes.

Sachsen-Anhalt

- Fläche: 20.449 km²
- Einwohner: 2,30 Millionen
- Landesregierung: CDU/SPD
- Wahlperiode: 2011-2016
- Minister: Stephan Dorgerloh (SPD), Kultusminister

Im Herbst 2011 Einrichtung eines Kulturkonvents entlang eines Einsetzungsbeschlusses des Landtags. Der Kulturkonvent soll Empfehlungen für ein Landeskulturkonzept bis zum Jahr 2025 vor dem Hintergrund der demografischen und der finanziellen Entwicklung erarbeiten. Mitglieder des Kulturkonvents sind 36 Experten aus gesellschaftlichen und kulturellen Institutionen. Der Kulturkonvent legte am 26.02.2013 seine 163 Empfehlungen vor.

Schleswig-Holstein

- Fläche: 15.799 km²
- Einwohner: 2,83 Millionen
- Landesregierung: SPD/Bündnis 90/Die Grünen/SSW
- Wahlperiode: 2012-2017
- Ministerin: Anke Spoorendonk (SSW), Ministerin für Justiz, Kultur und Europa

Von Seiten des Landeskulturverbands wird bereits seit mehreren Jahren die Erstellung eines Kulturentwicklungsplans angemahnt und eingefordert. Zuletzt wurde die Idee bei der Landeskulturkonferenz im Jahr 2012 eingefordert und stieß bei der zuständigen Ministerin auf Interesse.

Thüringen

- Fläche: 16.172 km²
- Einwohner: 2,24 Millionen
- Landesregierung: CDU/SPD
- Wahlperiode: 2009-2014
- Minister: Christoph Matschie (SPD), Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Im Jahr 2010 wurde das erste Thüringer Kulturforum durchgeführt und bildete den Auftakt für einen Diskussionsprozess zur Kulturpolitik des Landes. Im Frühjahr 2011 wurden in acht Arbeitsgruppen spezifische Fragen zur Landeskulturpolitik diskutiert. Die Koordination der Arbeitsgruppen wurde vom Ministerium übernommen. Im Jahr 2012 wurde auf der Grundlage der Debatten das »Kulturkonzept des Freistaats Thüringen« vorgelegt. Im Kulturkonzept werden sowohl übergreifende als auch spartenspezifische Fragen aufgegriffen. Im Verlauf des Diskussionsprozesses wurde der Landeskulturrat Thüringen gegründet. Im Februar 2013 findet das Dritte Thüringer Kulturforum mit dem Schwerpunkt »Kultur im Netz« statt.

Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

FOTO: COCALINE / PHOTOCASE.COM

Kulturentwicklungspläne der Länder sollen Kulturvielfalt erhalten

Eine unendliche Geschichte?

Kulturentwicklungsplanung in Schleswig-Holstein

ROLF TEUCHER

Seit sechs Jahren bemüht man sich in Schleswig-Holstein, ein Kulturentwicklungskonzept für das Land zu konzipieren und einvernehmlich abzustimmen. Trotz vielfältiger Bemühungen ist dies bisher nicht gelungen.

Wo also steht Schleswig-Holstein heute? Gibt es inzwischen einen konkreten Plan zur Erstellung eines solchen Konzeptes? Gibt es zumindest Ansätze für ein solches Vorhaben? Oder entschwindet die Idee – wie in den Jahren zuvor – im allgemeinen Alltagsprozess der Landespolitik?

In den Vorbemerkungen eines im Jahre 2007 aufgelegten »SchleswigHolsteinKulturKonzept« schreibt der damalige Ministerpräsident Peter Harry Carstensen: »Kultur ist eine Querschnittsaufgabe ersten Ranges. (...) Die einzelnen Erfahrungen mit der obersten Verantwortung für die Kulturpolitik haben mich in dem Ziel gestärkt, ein Kulturkonzept zu entwickeln.«

Das vorgelegte Konzept verschwand dann allerdings in der Schublade – und der nachfolgende Minister für Bildung und Kultur, Dr. Ekkehard Klug, befand, dass es eines Kulturkonzeptes für Schleswig-Holstein nicht bedürfe. Gründe dafür tat er nicht kund.

Anstelle eines Kulturkonzeptes mit konkreten Zielen und Zahlen setzte Dr. Klug auf unverbindliche Gespräche in großer Runde. Zwei solcher Gespräche fanden statt mit jeweils über 100 Beteiligten. Effektive Dauer der Gespräche: jeweils ca. drei Stunden. Der geneigte Leser kann sich ausmalen, dass bei solchen Zusammenkünften keinerlei umsetzbare Ergebnisse zu erwarten sein können. Und so war es auch: Alles Diskutierte, alles Engagement der beteiligten Kulturinstitutionen versank in der Allgemeinheit der Wortmeldungen.

Bereits im Vorfelde dieser Gesprächsrunden hatte der Landeskulturverband in einem Schreiben an das Ministerium angeregt, dass »eine solche Diskussion nicht in einem vielstimmigen Konzert von Einzelinteressen« enden darf und vorgeschlagen, über den Landeskulturverband eine Initiative »Kulturentwicklungsplan« zu gründen, um mögliche Einzelinteressen und Interessenkonflikte zu kanalisieren und gemeinsames Handeln zu definieren.

Dazu ist es aber nicht gekommen, und so blieb der gesamte Prozess unvollendet. Das Ministerium selbst legte allerdings auch wohl wenig oder keinen Wert auf eine konkrete Kulturentwicklungsplanung.

Der Landeskulturverband, der sich nach solchen negativen Erfahrungen mit der Landesregierung gemeinsam mit der Kulturpolitischen Gesellschaft S-H und dem S-H Kulturforum verband, schlug deshalb 2010 unter dem Titel »Die Kultur in Schleswig-Holstein braucht eine Zukunft« folgende Vorgehensweise vor:

- Erstellung eines Kulturkatasters (Was ist vorhanden? Was fehlt? Was ist gefährdet? Was ist gesellschaftlich relevant? Was wird öffentlich gefördert?).
- Erstellung eines Kultur-Konzeptes für Schleswig-Holstein (Was muss erhalten bleiben? Was soll künftig öffentlich gefördert werden? Wo muss was zusätzlich oder verstärkt entwickelt werden? Wie setzt man Anreize?).
- Konzepterstellung und Aufbau eines »Hauses der Kultur«, in dem gemäß Subsidiaritätsprinzip die operativen Aufgaben der öffentlichen Kulturförderung des Landes, die Beratung von Kulturinstitutionen und die Fort- und Weiterbildung der ehren- und hauptamtlich in der Kultur Tätigen konzentriert wird.
- Einrichtung eines Landes-Kulturfonds zur vorübergehenden Stützung gefährdeter relevanter Kultureinrichtungen.

In einem »Rendsburger Appell« wurde dieses noch einmal konkretisiert: Die Landesregierung Schleswig-Holstein wurde aufgefordert, in einer sachorientierten, transparenten und offenen Diskussion mit den Kulturverbänden und -institutionen einen Kulturentwicklungsplan zu erstellen und der parlamentarischen Beratung zuzuleiten.

Der Kulturentwicklungsplan sollte für die öffentlich geförderte Kultur nachhaltig wirken und den Kulturverbänden und -institutionen eine mindestens mittelfristige Planungssicherheit bringen.

Im November 2012 schließlich, nach der konstituierten neuen Landesregierung aus SPD, Die Grünen und dem SSW bereitete der Landeskulturverband über seinen alljährlichen Kulturkongress die Einleitung der inzwischen auch vom Land befürworteten Kulturentwicklungsplanung vor.

Titel des Kongresses: »Auf in die Zukunft – Kulturland Schleswig-Holstein«. Referenten waren Prof. Peter Vermeulen, Dezernent für Umwelt, Planen und Bauen der Stadt Mülheim; Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates; Dr. Anette Schwandner, Leiterin der Kulturabteilung des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur des Landes Niedersachsen; Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein und Jochen von Allwörden, Geschäftsführer des Städteverbandes Schleswig-Holstein.

Das Ergebnis ermunterte alle Beteiligten, nunmehr an den Anfang der Verwirklichung eines Kulturentwicklungsplanes für Schleswig-Holstein zu glauben.

Aber noch ist es nicht so weit. Die Details der Umsetzung, allein der Vorbereitung einer Diskussion über die Planung, sind noch nicht festgelegt.

Der Landeskulturverband plädiert für folgendes Verfahren:

- Diskussion in kulturspartenbezogenen kleinen Gruppen unter Federführung des Ministeriums
- Bewertung der Diskussionen in einer noch zu bildenden Expertengruppe
- Formulierung allgemeingültiger Entwicklungsperspektiven durch das Ministerium und die Expertengruppe
- Breite Diskussion der Entwicklungsperspektiven
- Formulierung eines Kulturentwicklungsplanes durch das zuständige Ministerium
- Erste Lesung im Landtag
- Anhörung von Experten durch den Landtag
- Zweite Lesung im Landtag und Verabschiedung des Kulturentwicklungsplanes

Fazit: Ein Kulturentwicklungsplan bzw. ein Kultur-Konzept für Schleswig-Holstein steht noch ganz am Anfang, sozusagen »in den Startlöchern«. Es gibt noch kein Konzept für den Plan und es gibt noch kein Konzept für die Erarbeitung des Planes.

Aber: Alle sind guten Willens!

Rolf Teucher, Bürgermeister a.D. der Stadt Rendsburg, ist seit 2003 ehrenamtlicher Vorsitzender des Landeskulturverbandes Schleswig-Holstein

FOTO:MATZE_OTT / PHOTOCASE.COM

Erhalt und Entwicklung

Im Oktober verabschiedete das Kabinett das neue Kulturkonzept für den Freistaat Thüringen

KLAUS NERLICH

Der Kulturrat Thüringen, Spitzenverband der Kulturverbände im Freistaat, begrüßt das vorgestellte Konzept für Thüringen durch die Landesregierung. Das Kulturkonzept war längst überfällig, umso erfreulicher ist, dass es nun vorliegt. Von dem Papier, das die künftige Struktur und Bedeutung der Thüringer Kulturlandschaft festschreibt, erhoffen wir uns wichtige kulturpolitische Impulse.

Das Leitbild Kultur des Landes Thüringen ist die Basis des Konzepts

Das Kulturkonzept basiert auf dem Leitbild Kultur, das sich der Freistaat 2011 als erstes Bundesland gegeben hatte. In ihm bekennt sich der Freistaat Thüringen zu seiner Verantwortung für den Erhalt und die Fortentwicklung der Kulturlandschaft. Kultur bestimmt die Identität und das Selbstverständnis des Landes.

»Mit dem neuen Kulturkonzept haben wir unseren Kulturbegriff erweitert – vom Erbe der fürstlichen Residenzen und der Klassik bis zu den Aufbrüchen der Reformation und der Moderne, von der Aufklärung bis zur Arbeiterbewegung, die in Eisenach, Gotha und Erfurt wichtige Traditionsstätten besitzt«, betonte der Kultusminister Christoph Matschie in seiner Regierungserklärung.

Das nun vorliegende Konzept war in einem mehrjährigen Dialog mit Künstlern und Kulturschaffenden erarbeitet worden.

Und dies ist wohl auch das Bemerkenswerteste: in einem Verfahren, das geprägt war von gegenseitigem Vertrauen seitens der Landesregierung und der Vertreter aller im Freistaat Thüringen beteiligter Kulturschaffenden von Anfang an. Zusammen mit Kulturschaffenden, Verbänden, Vertretern der Kommunen und mit anderen Ministerien wurden die wichtigsten Einflüsse auf alle Sparten der Kultur in den Blick genommen: die zukünftige Entwicklung der Kultur im Freistaat, der demographische Wandel der Gesellschaft, der Einfluss der neuen Medien und das geänderte Freizeitverhalten der Bürger. So will das vorliegende Papier vorrangig auch Bestandsaufnahme der Kultur im Lande sein.

Widerstreitende Interessen im Vorfeld gibt es auch auf kulturell-künstlerischem Gebiet zuhauf: zwischen Sparten, zwischen Themen, zwischen Regionen.

Alle diese Probleme zu analysieren und für eine zukünftige Entwicklung weiter zu formulieren, musste auf Kompromisse hinauslaufen, was dem vorgelegten Kulturkonzept von einigen Seiten angelastet wird.

In zu speziellen Themengruppen einberufenen Arbeits- und Lenkungsgruppen und Konferenzen wurde das Konzept erarbeitet und soll auch nach der Veröffentlichung gemeinsam umgesetzt werden. Ein nächstes Ziel ist die Erarbeitung von überörtlichen Kulturentwicklungsplänen, in denen es um künftige Verbünde und Kooperationen aller Kultursparten geht. Die Ausarbeitung solcher Pläne einschließlich Modellregionen will das Land zeitnah voranbringen und finanziell fördern.

So findet am 28. Februar 2013 in Weimar das 3. Thüringer Kulturforum statt und wird den begonnenen Dialog zwischen den einzelnen Sparten fortführen. Schwerpunkt dieser Konferenz wird die Entwicklung der Kultur im digitalen Zeitalter und die entscheidenden Auswirkungen auf die Kulturlandschaft und all ihre Akteure sein. Die Chancen und Risiken von »Kultur im Netz« stellen die kulturellen Einrichtungen und Kulturschaffenden vor neue Herausforderungen, zu denen neue Strategien und Konzepte entwickelt werden müssen. Hier müssen deshalb die Rahmenbedingungen erörtert werden, dass digitale Angebote und neue Partizipationsformen neben den etablierten Kulturangeboten entstehen und genutzt werden können. Die Nutzung digitaler Medien und Technologien ist eine gute Möglichkeit, neue Ziel- und Nutzergruppen für kulturelle Angebote zu gewinnen.

In Thüringen fließen nun etwa 1,6 Prozent des Landeshaushalts in Ausgaben für die Kultur – eine durchaus beachtliche Summe. Für ein Land aber, das sich in eigenem Leitbild dazu bekennt ein Kulturland zu sein und alle Voraussetzungen dafür hat, ist das nicht ausreichend. Die Fülle der Kulturinstitutionen, der Theater, Schlösser und Parks, der überreichen Museen und Bibliotheken, der Hochschulen ist nicht eine unproduktive Last, die ein kleines Bundesland überfordert, sondern ein erstklassiges Potenzial für die Zukunftsentwicklung des Landes. Die Eigenständigkeit Thüringens, eines verhältnismäßig kleinen Bundeslandes von etwas über zwei Millionen Einwohnern, ist gegründet auf Bildung und Kultur. Thüringen hat damit ein Alleinstellungsmerkmal erworben.

Zwar habe das Land Thüringen mit dem Doppelhaushalt für 2013/14 seine Kulturausgaben seit 2009 um mehr als ein Viertel auf 155 Millionen Euro gesteigert. Die Theater- und Orchesterfinanzierung scheint zunächst bis 2016 gesichert. Zudem kündigte der Kultusminister für die Kommunen zur Finanzierung kultureller Angebote in der Fläche einen Kulturlastenausgleich von neun Millionen Euro an. Der Kulturrat Thüringen befürchtet aber, dass selbst bei einer stabilen Finanzierung der Thüringer Theater mit knapp 66 Millionen Euro, die natürlich niemand von uns missen möchte, überproportionale Einsparungen in anderen Bereichen wie den Bibliotheken, den vielen Museen, der Literatur oder der Bildenden Kunst in Thüringen vorgenommen werden.

Ungefähr 1,6 Prozent des Haushaltes fließen in Ausgaben für die Kultur

Für die zukünftige Arbeit des Kulturrates Thüringen wird es nun vorrangig darum gehen, wie wir das vorliegende Konzept mit Leben erfüllen und wie wir uns in den Umsetzungsprozess einbinden.

Klaus Nerlich ist Präsident des Kulturrates Thüringen e.V.

THEMA

Jetzt muss die Politik Farbe bekennen

Kulturkonvent Sachsen-Anhalt hat seine Arbeit nach 14 Monaten abgeschlossen

OLAF ZIMMERMANN

Es war mutig, was die Koalition aus CDU und SPD in Sachsen-Anhalt in ihrem Koalitionsvertrag im Frühjahr 2011 vereinbart hat: die Einrichtung eines Kulturkonvents. Getragen von positiven Erfahrungen des Bildungskonvents sollte in einem Kulturkonvent die Idee einer Kulturpolitik für das Land Sachsen-Anhalt entworfen werden.

Es war mutig, was der Landtag von Sachsen-Anhalt in seinem Einsetzungsbeschluss ein halbes Jahr später formuliert hat. Es sollte ein Konzept einer Kulturpolitik für das Land bis zum Jahr 2025 entwickelt werden vor dem Hintergrund der demografischen und der finanziellen Entwicklungen

Ein kulturelles Konzept für die Zukunft entwickeln

des Landes. Der Landtag hat damit sein vornehmstes Recht, die Gestaltung von Politik, zurückgestellt, um den zivilgesellschaftlichen Akteuren Zeit und Raum zu geben, sich mit der aktuellen Situation der Kultur und Kulturpolitik auseinanderzusetzen. Die Kulturpolitiker, die dem Kulturkonvent angehörten, waren nicht nur Mitgestalter der Empfehlungen, sie haben hautnah die Sorgen, Ängste, Ideen und Visionen der Akteure vor Ort erlebt.

Es war mutig vom Kultusminister, mehr als ein Jahr auf die Ergebnisse des Kulturkonvents zu warten, um jetzt auf der Grundlage der immerhin 163 Empfehlungen das Konzept einer Kulturpolitik für das Land Sachsen-Anhalt zu entwickeln. Eigentlich ist der Beginn einer Wahlperiode immer der beste Zeitpunkt, um eigene Ideen in die Tat umzusetzen und dann am Ende der Wahlperiode auf erste Erfolge verweisen zu können. Kultusminister Stephan Dorgerloh hat sich also bewusst zurückgenommen und ist jetzt mit 163 Empfehlungen aus dem Kulturbereich konfrontiert, die ihm sicherlich nicht alle gleichermaßen schmecken werden.

Es war mutig von den Kulturakteuren, sich auf das Experiment Kulturkonvent Sachsen-Anhalt einzulassen. Der Einsetzungsbeschluss und damit der Auftrag waren eindeutig formuliert: Es ging um die Formulierung von mittel- bis langfristigen Empfehlungen vor dem Hintergrund der bestehenden Rahmenbedingungen. Es sollte kein wohlfeiles Konzept erarbeitet werden, was Kultur alles bewirken könnte und welche Bedeutung sie für die Gesellschaft haben sollte. Es ging um nicht mehr und nicht weniger, als sich mit den konkreten Problemen des Landes zu beschäftigen und vor diesem Hintergrund ein Konzept für die Zukunft zu entwickeln.

Bei so viel Mut konnte es einem Moderator schon schwindelig werden. Als Kultusminister Stephan Dorgerloh mich fragte, ob ich bereit wäre, die ehrenamtliche Moderation des Kulturkonvents Sachsen-Anhalt zu übernehmen, habe ich dennoch spontan zugesagt. Der Ausgleich sehr unterschiedlicher Interessen ist mir aus meiner Arbeit als Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, dem Spitzenverband der Bundeskulturverbände, vertraut, gilt es dort doch nicht nur die Einzelinteressen der verschiedenen künstlerischen Sparten, sondern darüber hinaus auch der Künstlerverbände, der Verbände der Kultureinrichtungen, der Kulturwirtschaft und der Kulturvereine unter einen Hut zu bringen und dabei immer wieder Ideen für eine künftige Kulturpolitik zu entwickeln. Als Mitglied von drei Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestags habe ich die Arbeit von heterogenen Gremien intensiv kennengelernt. Nun also der Kulturkonvent von Sachsen-Anhalt.

Schärfung der Wahrnehmung

Stand das erste Treffen des Kulturkonvents noch ganz im Zeichen des Kennenlernens der beteiligten Personen und der von ihnen vertretenen Positionen, wurde schnell deutlich, dass zu aller erst die Wahrnehmung gegenüber den verschieden Problemlagen geschärft werden musste. Dabei galt es, die Themen, die Stärke oder einfach auch nur die Belange der anderen künstlerischen Sparten kennenzulernen. Auffallend war, wie wenig die verschiedenen Akteure oftmals voneinander wussten. Jede Sparte, jeder Bereich, jeder Verband schien für sich zu arbeiten und das Beste für sich und für seine Anliegen auf den Weg zu bringen. Es gab wenig Einblick in die Arbeitsweise und die Spezifika der anderen Verbände und Akteure im Land.

Ein wichtiges Anliegen war daher, zunächst in einer Bestandsaufnahme festzuhalten, wo jeder Bereich steht und welche Herausforderungen sich stellen. Mit dieser Bestandsaufnahme wurde bei der ersten Klausurtagung begonnen und sie zog sich als roter Faden durch die Arbeit des Kulturkonvents. Die besondere Herausforderung war dabei, weder zu schwarz zu malen, noch alles durch die sprichwörtliche rosarote Brille zu sehen. Sachsen-Anhalt hat ein beeindruckendes kulturelles Erbe, es gehört zu den sogenannten Kernländen der Reformation, es ist ein Hotspot der Deutschen Geschichte, Sachsen-Anhalt hat eine spannende Industriegeschichte. Hier arbeiteten Anfang des 20. Jahrhunderts die Innovatoren von Bau- und Städteplanung.

Doch gelingt es, dieses Erbe sichtbar zu machen? Ist Sachsen-Anhalt für Touristen wirklich spannend und reizvoll, wenn es sich als das Land der Frühaufsteher verkauft? Was heißt es, Kernland der Reformation zu sein, ein Bundesland, auf das die ganze Welt beim Reformationsjubiläum 2017 blicken wird, das die wenigsten Kirchenmitglieder in der Bundesrepublik aufweist und in weiten Gebieten als religionsfern bezeichnet werden kann? Und immer wieder die Frage, welche Wirkungen es hat, wenn unter Moderne vor allem das Bauhaus und seine Wirkungen verstanden werden und die zeitgenössischen Künste keine tragende Rolle spielen. Es musste immer wieder die Frage hin- und hergewendet werden: Für wen wird Kultur vorgehalten? Wer sind die Nutzer der Kultureinrichtungen? Geht es darum, Kultur als Attraktion für Touristen zu haben oder sind es die Menschen vor Ort, die die Kultur nutzen und für deren Diskurs sie da ist?

FOTO: KLEIM / PHOTOCASE.COM

Die Stadt Quedlinburg in Sachsen-Anhalt von oben gesehen

Alle diese Fragen wurden im Konvent debattiert. Eindeutige Antworten gab es nicht, konnte es auch nicht geben. Denn Landeskulturpolitik muss immer mehreres im Blick haben: die kulturelle Grundversorgung der Menschen vor Ort mit zeitgenössischer Kunst und die Bewahrung des kulturellen Erbes. Dabei gilt es stets auch zu verdeutlichen, welche gegenwärtige Bedeutung das kulturelle Erbe entfalten kann.

Und über der gesamten Debatte schwebte drohend das Damoklesschwert »demografischer Wandel«. Sachsen-Anhalt wird in den nächsten Jahren weiter an Bevölkerung verlieren und zwar nicht mehr aufgrund von massiver Abwanderung, sondern weil weniger Menschen in Sachsen-Anhalt leben, die Kinder haben können. Sich damit auseinanderzusetzen ist gerade für Menschen schwer, die in einer Zeit geboren wurden, als viele Kinder die Straßen, die Schulen und die Einrichtungen der kulturellen Bildung bevölkerten. In Zukunft werden, leider

Grundversorgung mit Zeitgenössischem und Bewahrung des kulturellen Erbes sichern

höchstwahrscheinlich unabwendbar, in Sachsen-Anhalt immer weniger Menschen leben. Die älteren Menschen werden, dieser Logik folgend, einen deutlich größeren Anteil in der Bevölkerung einnehmen. Dieser Befund lässt aber weder den Schluss zu, nun nicht mehr in die Arbeit mit jungen Menschen investieren zu müssen, noch dass das Kulturangebot massiv zurückgefahren werden muss. Es musste aber von dem Traum Abschied genommen werden, allein durch Kultur würde der demografische Abschwung zu besiegen sein.

In seinen Empfehlungen fordert der Kulturkonvent die Akteure zu mehr Zusammenarbeit auf. Er unterstreicht, dass es mehr mobile Angebote geben soll. Er fordert, dass die Kultur auch zu den Menschen kommen muss und nicht nur die Menschen zur Kultur.

Vorwurf Kulturabbaukonvent

Der häufigste Vorwurf an den Kulturkonvent war, ein Kulturabbaukonvent zu sein. Manche behaupteten, dass der Kultusminister sich aus der Verantwortung stehle und dem Kulturkonvent die Arbeit übertrage, einen Kulturabbau vorzubereiten, der dann vom Kulturministerium nur noch administriert werden müsste. Der Schlussbericht zeigt, dass der Kulturkonvent weit entfernt davon ist, ein Kulturabbaukonvent zu sein.

Ohne Zweifel war es eine Bürde, dass gleich zu Beginn der Konventsarbeit im Doppelhaushalt 2012/2013 massive Kürzungen im Kulturbereich für 2013 vom Landtag beschlossen wurden. Das war kein Rückenwind, machte aber zugleich die Dramatik bewusst, um was es im Kulturkonvent geht. Ebenfalls wenig hilfreich waren die Landeskürzungen beim Etat des Theaters Dessau – ganz unabhängig davon, ob sie angekündigt waren oder nicht, ob sie gerechtfertigt waren oder nicht. Sie haben aber verdeutlicht, dass 205.000 Euro Kürzung in einem Theater bereits für entsprechende Furore sorgen kann. Manch einer mag sich erhofft haben, dass der Kulturkonvent den Vorschlag macht, diese oder jene Kultureinrichtung zu schließen, in dieser oder jener Sparte massive Kürzungen vorzunehmen, diese oder jene Kulturstruktur in Frage zu stellen.

Für einen solchen Abbau, wenn er denn je intendiert war, ist ein Kulturkonvent ein denkbar falsches Instrument. Wer eine solche Streichliste haben wollte, hätte besser eine der zahlreichen kommerziellen Beratungsfirmen beauftragt, die kommen, Vorschläge machen und danach wieder verschwinden.

Die Mitglieder des Kulturkonvents aber werden weiter zusammenarbeiten. Sie sind verortet in Sachsen-Anhalt. Sie sind zu Hause in ihrem Bundesland, und zwar nicht nur in den Oberzentren Dessau-Roßlau, Halle/Saale oder Magdeburg, sondern auch in der Altmark, im Harz, im Mansfelder Land und in den anderen Regionen. Sie leben und arbeiten im Land. Ihre Familien sind hier zu Hause und sie wollen für sich und ihre Familien eine lebenswerte Umgebung, zu der Kultur dazugehört.

Ebenso werden sie sich bei verschiedenen Veranstaltungen immer wieder begegnen, sie werden die Veränderung der Kulturlandschaft in Sachsen-Anhalt gemeinsam gestalten. Sie werden miteinander kooperieren und durch diese Zusammenarbeit Synergien freisetzen. Die Zusammenarbeit im Kulturkonvent hat das Verständnis für die Belange der verschiedenen Sparten geschärft und wird hoffentlich einen Beitrag dazu leisten, künftig untereinander mehr Solidarität zu üben.

7 von 163 Empfehlungen des Konvents

Die Empfehlungen sind teilweise groß gedacht, wie die dauerhafte Anhebung des Kulturetats auf 100 Millionen Euro oder auch die Beteiligung des Bundes an 50 Prozent der Kosten für die Welterbestätten. Manche Empfehlungen sind kleinteilig und direkt auf eine Sparte oder eine Einrichtung bezogen. Um jede einzelne Empfehlung, wie auch um je-

Fortsetzung auf Seite 19 ►

Fortsetzung von Seite 18

den einzelnen Abschnitt von Bestandsaufnahme und Problembeschreibung wurde intensiv gerungen. Beispielhaft seien hier 7 von 163 Empfehlungen des Kulturkonvents vorgestellt:

1. Kulturetat
Sachsen-Anhalt ist vom demografischen Wandel besonders stark betroffen. Gerade in dieser Situation müssen sich das Land und die Kommunen zu ihrer besonderen Verantwortung für die einzigartige und reiche Kulturlandschaft in Sachsen-Anhalt bekennen, Kunst und Kultur als wesentliches Landesmerkmal entwickeln und den Kulturetat auskömmlich und verlässlich finanzieren. Deshalb empfiehlt der Kulturkonvent dem Land, den Kulturetat ab 2014 eckwerterhöhend mit mindestens 100 Millionen Euro im Jahr und einem Dynamisierungsfaktor in Höhe des Inflationsausgleichs auszustatten.

2. Kulturregionen
Der Kulturkonvent empfiehlt, dass sich die Kommunen in Sachsen-Anhalt zu Kulturregionen (interkommunalen Zusammenschlüssen oder Zweckverbänden) zusammenschließen, um kulturelle Aufgaben (kulturelle Bildung, Tourismus, Bibliotheken, Museen, Marketing, Jahresthemen, Austausch etc.) und/oder Kultureinrichtungen gemeinsam und solidarisch zu gestalten, zu finanzieren und zu führen. Der Konvent fordert das Land auf, die gesetzlichen und tatsächlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

3. Kulturförderabgabe
Der Kulturkonvent empfiehlt dem Land, die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Einführung einer Kulturförderabgabe in den Kommunen zu schaffen. Es ist darüber hinaus erforderlich, die haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass es den Kommunen möglich ist, die Einnahmen aus der Kulturförderabgabe zweckgebunden für den Kulturbereich zu verwenden.

4. Beispiel Theater- und Orchesterförderung
Der Kulturkonvent empfiehlt, den Haushaltsansatz des Landes für die Theater- und Orchesterförderung unter der Voraussetzung, dass der Kulturetat auf 100 Millionen Euro erhöht wird, für den Zeitraum auf den Stand von 2014 bis 2025 auf 39.453.500 Euro festzuschreiben. Der Kulturkonvent empfiehlt, dass die Theater- und Orchesterförderung bis 2025 eine Erhöhung der Zuschüsse in Höhe des Inflationsausgleichs erhalten.

5. Haustarife
Außerdem empfiehlt der Konvent den Trägern von Kultureinrichtungen, auf Haustarife zu verzichten, die Mitarbeiter tarifgemäß zu entlohnen und eine entsprechende Haushaltsvorsorge zu treffen.

6. Kooperations- und Investitionsfonds
Der Kulturkonvent empfiehlt dem Land, einen Kooperations- und Innovationsfonds zu schaffen, um Ideen und Projekte sowie die Bildung von Netzwerken und Kooperationen zwischen Kultureinrichtungen und Kulturakteuren unter- und zueinander zu befördern.

7. UNESCO-Welterbestätten
Der Kulturkonvent empfiehlt dem Land, Verhandlungen mit dem Bund aufzunehmen, mit dem Ziel, den Anteil der Bundesförderung für alle UNESCO-Welterbestätten auf 50 Prozent der Gesamtfinanzierung zu erhöhen, um die Erhaltung und die Weiterentwicklung der UNESCO-Welterbestätten zu gewährleisten. Der Bund muss sich auch stärker als bislang geschehen bei der Vorbereitung des Reformationsjubiläums 2017 und beim Bauhausjubiläum 2019 engagieren.

Kulturkonvent als Modell

In vielen Bundesländern finden derzeit Prozesse der Kulturentwicklungsplanung statt. In Thüringen wurde der Erarbeitung eines Kulturkonzepts durch das Kultusministerium ein Diskussionsprozess mit dem Landeskulturrat vorangeschaltet. In Brandenburg hat das Kulturministerium ein Konzept vorgelegt, das nun debattiert wird. In Niedersachsen wurde zuerst von Gutachtern eine Bestandsaufnahme erstellt und danach wurden in Regionalkonferenzen Konzepte debattiert. In Nordrhein-Westfalen geht vom Parlament ein Diskussionsprozess zu einem Kulturfördergesetz aus. Das sind nur einige Beispiele für die Debatten in den Ländern.

In Sachsen-Anhalt wurde mit dem Konvent ein eigener Weg gegangen. Der Auftrag wurde vom Landtag formuliert und dabei zugleich festgelegt, welche Verbände dem Kulturkonvent angehören sollten. Neben den Kulturverbänden wie dem Landesmusikrat, dem Landesverband des Deutschen Bühnenvereins, dem Landesverband von ver.di, dem Museumsverband, dem Bibliotheksverband, dem Landesdenkmalrat, dem Literaturrat, der Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung, dem Landesheimatbund, dem Landesverband Bildender Künstler, dem Landesverband der Kunstvereine, dem Landesverband der soziokulturellen Zentren, dem Landesverband der Musikschulen, dem Landeszentrum Spiel und Theater, der Stiftung Schlösser und Dome und der sachsen-anhaltinischen UNESCO-Welterbestätten gehörten dem Kulturkonvent auch Vertreter der im Landtag vertretenen Fraktionen, der kommunalen Spitzenverbände Sachsen-Anhalts, der evangelischen und der katholischen Kirche, der Universitäten bzw. Hochschulen, des Kultursenats, des Landesseniorenrates, des Landesschülerrates, des Landestourismusverbands, der IHK und der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalts an. Last but not least gehörten mit Rede-, aber ohne Stimmrecht je ein Vertreter des Kultusministeriums, des Finanzministeriums und des Innenministeriums und natürlich auch der Moderator dem Kulturkonvent an.

Beispielhafte Wirkung für andere Bundesländer

Der Kulturkonvent war also breit aufgestellt. Es war keine Selbstbespiegelung des Kulturbereiches. Es war ebenso wenig ein kulturfernes Gremium, das über den Kulturbereich fern von jeder Anbindung entschieden hat. Die Vertreter des Kulturbereiches mussten immer im Kulturkonvent argumentieren, wo sie ihre Stärken sehen und warum die Förderung so und nicht anders aussehen sollte. Das war ein wichtiger Prozess zur inneren Stärkung des Kulturbereiches. Die Vertreter der anderen gesellschaftlichen Bereiche haben sich intensiv mit den kulturellen und kulturpolitischen Anliegen der kulturellen Interessenverbände auseinandergesetzt. Ihr Bild von der Kulturszene hat sich dadurch verändert. Aber auch die Kulturverbände lernten von den Einwänden und Vorschlägen der Politiker, der Kommunal- und Staatsvertreter.

Dieser Prozess ist in meinen Augen ein wirklich zukunftsfähiges Modell. Hier musste bereits innerhalb des Kulturkonvents um die Durchsetzung von Positionen gerungen und um Akzeptanz geworben werden. Die 14 Monate intensiver Debatten zur Kulturpolitik eines Landes haben den Kulturbereich und die anderen gesellschaftlichen Bereiche einander, so glaube ich, nähergebracht.

Jetzt liegt der Ball im Spielfeld des Kultusministeriums. Der Kulturkonvent hat seine 163 Empfehlungen, eingebettet in die Bestandsaufnahme und die jeweils spezifischen Herausforderungen, dem Landtag und dem Kulturminister unterbreitet. Die politischen Entscheidungen der nächsten Monate und Jahre werden zeigen, ob die einmalige Kulturlandschaft von Sachsen-Anhalt dem demografischen Druck und der damit einhergehenden deutlichen Verknappung im gesamten Landesetat standhalten wird. Der Konvent hat eine Blaupause vorgelegt, die der Bedeutung der Kultur gerecht wird und trotzdem die Augen vor der Realität nicht verschlossen hat. Jetzt muss die Politik Farbe bekennen.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und war ehrenamtlicher Moderator des Kulturkonvents Sachsen-Anhalt

INFO

Der im Herbst 2011 eingerichtete Kulturkonvent von Sachsen-Anhalt hat, unter der Moderation des Geschäftsführers des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann, 163 Empfehlungen an das Land, den Bund und die Kultureinrichtungen verabschiedet. Die Empfehlungen wurden im Februar 2013 an das Präsidium des Landtags von Sachsen-Anhalt und den Kultusminister von Sachsen-Anhalt, Stephan Dorgerloh, übergeben. Der Konventsbericht ist seit dem 27.02 unter *http://kulturkonvent.wordpress.com/* im Netz abrufbar.

FOTO: WRONGE57 / PHOTOCASE.COM

Kulturelle Konzepte beinhalten nicht nur die Gewährleistung der »Hochkultur«, sondern besonders die Einbindung aller gesellschaftlicher Schichten ins Kulturleben

Die Kulturagenda Westfalen

Kulturentwicklungsplanung für Westfalen-Lippe

BARBARA RÜSCHOFF-THALE UND YASMINE FREIGANG

FOTO: CYDONNA / PHOTOCASE.COM

Westfalen hat viel mehr zu bieten als grüne Wiesen

Unter dem Dach des beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) angesiedelten Projekts »Kultur in Westfalen« wird seit Frühjahr 2011 das Vorhaben einer Kulturentwicklungsplanung für Westfalen-Lippe verfolgt. Das Konzept wurde von Kulturberater Reinhart Richter erarbeitet und im Dezember 2011 vorgelegt. Nachdem im April 2012 die Westfälische Kulturkonferenz als Gesamtheit der Kulturakteure in der Region diesen Vorschlag diskutiert und sich deutlich für das Vorhaben ausgesprochen hat, erfolgt seit Mai 2012 die konkrete Umsetzung – unter dem Namen »Kulturagenda Westfalen«. Das Projekt wird vom LWL moderiert und von einer Steuerungsgruppe mit Vertretern aller Interessengruppen fachlich begleitet.

Was wollen wir gemeinsam erreichen?

Die Kulturagenda Westfalen ist ein Kommunikationsprozess, in dem möglichst viele Kulturakteure – Künstler, Kulturschaffende und Kulturanbieter, Vereine, Verbände und Netzwerke, Verantwortliche in Politik und Verwaltung, Kulturförderer und -partner und nicht zuletzt Kulturinteressierte in ganz Westfalen-Lippe – gemeinsam eine Vision entwickeln und konkrete Ziele für die Entwicklung von Kunst und Kultur in der Region erarbeiten.

Insgesamt zielt die Kulturagenda Westfalen auf die strategische und organisatorische Verbesserung der Kulturarbeit und die Stärkung des gesellschaftlichen Stellenwerts der Kultur. Dabei ist der Weg ein wesentlicher Bestandteil des Zieles. Für möglichst viele soll das Bewusstsein entstehen, durch ihre Mitwirkung gemeinsam die Kultur in Westfalen-Lippe zu stärken, aber gleichermaßen auch für die eigenen Kulturanliegen zu profitieren.

Modellcharakter

Kulturentwicklungsplanungen beziehen sich in der Regel auf eine Kommune, einen Kreis, oder ein Bundesland, bei der Entscheidung, Budget und Umsetzung in einer Hand liegen. Diese Voraussetzung ist in Westfalen-Lippe, einer vergleichsweise großen Region mit rund acht Millionen Einwohnern, nicht gegeben. Hier gibt es neben den Kommunen und dem LWL als wichtigste Kulturträger ungezählte Vereine und Verbände, Kultureinrichtungen und -initiativen, Kulturförderer und Partner zum Beispiel aus der Wirtschaft, die am Kulturleben mitwirken. All diese haben eigene Entscheidungsstrukturen, eigene Budgets, eigene Einrichtungen und -projekte, eigene kulturpolitische Interessen. Es gibt darüber hinaus starke Teilidentitäten und nicht zuletzt die regionale Kulturpolitik des Landes NRW, die auch kulturpolitische Orientierungen sind. Eine für alle verbindliche Festlegung von Zielen, Maßnahmen, Budgets, Prioritäten, Zeitplänen für ganz Westfalen-Lippe ist daher nicht möglich.

Eine Vision entwickeln und konkrete Ziele erarbeiten

Trotzdem ist das anspruchsvolle Vorhaben, eine gemeinsame, handlungsleitende kulturpolitische Orientierung für die Region zu erarbeiten und den Prozess und seine Ergebnisse als Entwicklungschance für Westfalen-Lippe zu nutzen, wichtig und sinnvoll.

Durch die gemeinsam erarbeitete Zukunftsorientierung entsteht eine starke Motivation, gemeinsam Schwerpunkte zu setzen dafür, was im Kulturleben verstärkt und entwickelt werden soll und woran man gemeinsam arbeiten will.

Besondere Kenntnisse und Potenziale, die lokal begrenzt und in anderen Regionen bislang kaum bekannt sind, werden durch ein Netzwerk von Kooperation und Unterstützung für viele andere Kommunen und Kultureinrichtungen nutzbar. Selbst in Zeiten knapper Kulturhaushalte entsteht Neues, eine Dynamik des Kulturlebens und Identität durch das, was man gemeinsam verwirklichen will.

Und nicht zuletzt weckt eine starke, kreative und selbstbewusste Kulturlandschaft Westfalen-Lippe Aufmerksamkeit, lädt ein zu Teilnahme und strahlt überregional. Auch das Europa der Regionen verlangt ein starkes Westfalen, welches sich besonders über die gemeinsame Kultur definiert.

Die Ergebnisse der Kulturagenda Westfalen sind Orientierungs- und Beteiligungsangebote. Sie achten die vielfältigen teilregionalen Bezüge und Identitäten sowie kulturpolitischen Entscheidungskompetenzen von Kommunen, Kultureinrichtungen und anderen in der Kultur wirkenden Organisationen – sind aber bemüht, Synergien herzustellen, zu nutzen und zu befördern. Eine unterstützende beziehungsweise ergänzende Wirkung zeichnet sich hinsichtlich des in Vorbereitung befindlichen Kulturfördergesetzes NRW ab. Bei den Diskussionen darüber ist zum Beispiel häufig darauf hingewiesen worden, dass es für eine Kulturpolitik für ganz NRW wichtig wäre, dass in vielen Kommunen Kulturentwicklungspläne erarbeitet werden beziehungsweise bereits vorliegen.

Die Vision: Kultur Westfalen 2025

Im September 2012 fand in Hamm die zentrale konzeptionelle Veranstaltung der Kulturagenda Westfalen statt. Unter der Leitfrage »Wie soll die Kultur in Westfalen-Lippe in 2025 aufgestellt sein und wie kommen wir dahin?« haben über 150 Kulturakteure aus ganz Westfalen-Lippe gemeinsam eine Vision erarbeitet und sich auf wichtige Handlungsfelder für die Kulturentwicklung in der Region verständigt. Die Vision, die Handlungsfelder und die Ergebnisse der Westfälischen Kulturkonferenz 2012, bei der 200 Teilnehmer die Rahmenbedingungen für die zukünftige Kulturarbeit diskutiert hatten, sind Angebote zur Orientierung für den weiteren Verlauf der Kulturagenda.

Drei Entwicklungsstränge

In der Kulturagenda Westfalen werden drei Entwicklungsstränge verfolgt.

Der Entwicklungsstrang Kulturplanung hat zum Ziel, überall in Westfalen-Lippe möglichst viele Kulturplanungen und kulturpolitische Diskurse in Kommunen, Einrichtungen und Organisationen zu initiieren und zu fördern sowie Synergien herzustellen bzw. zu nutzen. Zur Unterstützung werden seit Beginn dieses Jahres acht Kulturplanungsprozesse durchgeführt, die ein breites Spektrum unterschiedlicher Planungstypen und verschiedene Trägerschaften abbilden. Diese Pilotplanungsprozesse werden beraten und moderiert von Kulturberater Reinhart Richter aus Osnabrück, die Kosten aus Mitteln der Kulturagenda finanziert. Um die Teilnahme hatten sich 18 Städte und Gemeinden bzw. kommunale Kooperationen, Kreise und Kultureinrichtungen mit insgesamt über 30 Kommunen beworben.

Der Kreis Höxter in Ostwestfalen-Lippe sowie Lippstadt am Hellweg und Freudenberg im Siegerland betreiben jeweils umfassende Kulturentwicklungsplanung. Der Kreis Höxter gehört zu den Regionen in NRW, die besonders stark vom Bevölkerungsrückgang betroffen sein werden. Lippstadt wurde ausgewählt als Beispiel für eine mittlere Stadt im ländlichen Raum, Freudenberg als Beispiel für eine kleine Stadt im ländlichen Raum. Der Kreis Olpe im Sauerland sowie die Kooperation der Städte Ahlen und Beckum im Münsterland werden Kinder- und Jugendkulturentwicklungspläne erarbeiten. In der zweiten interkommunalen Kooperation haben die sauerländischen Städte Halver, Kierspe, Meinerzhagen und die Gemeinde Schalksmühle im Rahmen der Regionale 2013 bereits ein integriertes Regionalentwicklungskonzept erarbeitet und entwickeln nun auch ein gemeinsames Kulturkonzept. Etwas später soll der Prozess in Hagen beginnen, der Stadt in NRW mit dem höchsten Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, wo es um einen Masterplan Kultur mit dem Schwerpunkt Interkultur gehen soll. Und schließlich wollen Witten und Hattingen Kulturentwicklung betreiben mit der Frage nach Intensivierung der gemeinsamen Kooperationen.

Synergien erzeugen und vorhandene Stärken stärken

Das Besondere: Über ein Dutzend andere Kommunen und Kultureinrichtungen, die eine strategische Kulturplanung beginnen wollen, begleiten jeweils einen für sie geeigneten Pilotplanungsprozess als Beobachter, um so für ihre eigene Arbeit zu profitieren.

Der Entwicklungsstrang »Gemeinsam Handeln« zielt auf die Entwicklung und Umsetzung von gemeinsamen, westfalenweiten Projekten und Programmen mit Strahlkraft nach innen und außen. Durch das Projekt »Kultur in Westfalen« sind mit dem »literaturland westfalen« (www.literaturlandwestfalen.de) sowie »Gärten und Parks in Westfalen-Lippe« (www.gaerten-in-westfalen.de) schon vor der Kulturagenda erste Akzente gesetzt worden. Bei der Visionskonferenz (s. o.) sind Projekte skizziert worden, von denen vier nun weiter ausgearbeitet und in den nächsten drei Jahren umgesetzt werden – als Beispiel genannt sei die Stärkung von Dialoggruppen, welche für die Kulturschaffenden besonders wichtig sind.

Der dritte Entwicklungsstrang Kulturfachliche Knotenpunkte zielt auf die Entwicklung bzw. Stärkung von Kommunen oder Organisationen, die besondere Erfahrungen und Kompetenzen in einem wichtigen Feld der Kulturarbeit oder der Kulturplanung haben. Sie sollen in die Lage versetzt werden, andere Kommunen oder Organisationen mit ihrem Wissen zu beraten oder zu unterstützen. Langfristig könnte so ein System der Beratung, Unterstützung und Kooperation in Kulturplanung und Kulturarbeit entstehen. Durch dieses Teilen von Wissen werden Synergien erzeugt, Stärken gestärkt und besser bekannt gemacht. Die vorhandenen, vielfach jedoch zu wenig bekannten Kompetenzen und Potenziale werden für andere ohne großen Kostenaufwand und ohne dass neue Strukturen geschaffen werden nutzbar. Solche kulturfachlichen Knotenpunkte sind bereits heute die Kulturdienste des LWL mit ihren Ämtern und Kommissionen. Unter anderem beraten und fördern diese Kommunen, Kulturorganisationen, ehrenamtlich Engagierte und nicht zuletzt Privatpersonen zum Beispiel im Bereich Denkmalpflege in allen Belangen fachkundig.

Die Zwischenbilanz der Kulturagenda Westfalen wird auf der Westfälischen Kulturkonferenz am 19. April 2013 in Emsdetten vorgestellt.

www.kulturkontakt-westfalen.de

Barbara Rüschoff-Thale ist Kulturdezernentin des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL).
Yasmine Freigang ist Leiterin des Projektes Kultur in Westfalen.

Masterplan Kulturmetropole Ruhr

Über kulturelle Strategien der Ruhrregion für die nächste Dekade

DIETER NELLEN

Internationale Veranstaltungsformate wie das Projekt »Kulturhauptstadt Europas« erzeugen schon zum Zeitpunkt der erfolgreichen Realisierung das Bedürfnis nach Kontinuität und Nachhaltigkeit.

Ruhr 2010 hat deshalb vor dem eigentlichen Ereignisjahr einen Masterplan zur »Kulturmetropole Ruhr 2020« begonnen – als Strategie für die nächste Dekade. Die Kulturhauptstadt sollte kein temporäres Einzelereignis bleiben. Erarbeitung und Beteiligung schufen dann im weiteren Verfahren nicht nur eine Meistererzählung, sondern bei schwierigster Haushaltslage die Legitimation und politische Mehrheit für ein ab 2012 jährliches Budget von knapp 5 Millionen Euro. Das programmatische Erbe der deutschen Kulturhauptstadt 2010 ist dank dieser regionalen Alimentierung für die weitere Zukunft gesichert. Ein Exzellenzcluster mit den Elementen »Identität, Intervention, Netzwerk und Destination« kann entstehen.

Experiment »Urbane Künste« und »Emscherkunst 2013«

Das zweifellos experimentellste Modul figuriert unter dem Label »Urbane Künste«. Es ist als neue Programmsäule bei der Trägergesellschaft der RuhrTriennale angesiedelt und wird neben gemeinsamen Projekten autonom eigene Angebote entwickeln. »Pulse Park«, eine Lichtperformance im nächtlichen Park der Jahrhunderthalle Bochum, machte 2012 den Anfang der Programmallianz.
Die konzeptionelle Grundlage ist ein Rekurs auf eine mittlerweile gewachsene »Ruhrbanität«. Diese liefert – nicht nur hier – atmosphärisch die Themen für Zukunftsdiskurse in »mobilen Laboren«, gibt die inhaltliche Matrix für »regionale Interventionen und Strategien«. Der räumliche und genetische Bezug ist die nicht gerade selbstverständliche Begabung der Region für ein identitätsstarkes Kulturprofil und für Kunst im öffentlichen Raum. Ganz woanders wagt man jetzt auch die Intervention: München geht in diesem Jahr mit der Ausstellung »A Space Called Public. Hoffentlich Öffentlich« in die urbane Mitte.

Die erste Generation von Landschafts- bzw. Landmarkenkunst schuf die Internationale Bauausstellung EmscherPark. Das neue Format »Emscherkunst« verspricht in zeitgemäßer Inszenierung nach einer erfolgreichen Premiere in 2010 eine spektakuläre Fortsetzung. Gemäß dem zeitlichen Rhythmus der documenta kann man in diesem Sommer 100 Tage lang einen Ausstellungsparcours künstlerischer Landschaftsintervention im weiteren Mündungsbereich der Emscher im wörtlichen wie übertragenen Sinne erfahren.

European Center for Creative Economy (ECCE)

Das Ruhrgebiet bietet historisch nicht gerade die besten Voraussetzungen für eine »kreative« Metropole. Schöpferische Köpfe (wenn man sie nicht als klassisch technische Intelligenz definiert) arbeiten eher für die großen Werbeadressen in Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt und München. Das kann sich allmählich ändern, wenn man der von Ruhr 2010 entworfenen Landkarte größerer und kleinerer »Kreativarchipele« in der Region folgt.

Deswegen war es grundsätzlich richtig, mit der Gründung eines »European Center of Creative Economy« (ECCE) eine strategische und inhaltliche Plattform für ein regionales Netzwerk der Kreativszene an Rhein und Ruhr in europäischer Dimension zu schaffen. Erfolgreiche Arbeit wird ECCE hoffentlich mit neuen Destinationen für die Kreativwirtschaft und bewegenden Diskursen leisten. Der Sitz der Gesellschaft ist nicht zufällig das projektierte Kreativ-Quartier um das Dortmunder U. Eine solche Entwicklung braucht allerdings Zeit.

System von Netzwerken und die UNESCO-Bewerbung »Zollverein und die industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet«

Ruhr 2010 hat zahlreiche Kooperationen bei Theatern, Museen, Kunstvereinen und verschiedenen regionalen Initiativen hinterlassen. Die Erfahrung gemeinsamer Stärke ist inzwischen fest in der Tiefe der Region verankert.

Eine enge Zusammenarbeit entwickeln die RuhrKunstMuseen, die ihre früher ausgeprägte Insularität hinter sich gelassen haben und Nachbarschaft nicht mehr als Konkurrenz, sondern als Auftrag verstehen. Neben Marketing und Ausstellungskooperation könnte jetzt ein gemeinsamer Entwurf für die Weiterentwicklung der einzelnen Häuser mit ihrem teils räumlich begrenzten Entstehungsauftrag folgen. Es müsste zumindest auf lange Sicht ein regionales System mit funktionaler Differenzierung entstehen, um der national noch unterbewerteten Museumslandschaft des Ruhrgebietes eine wahrnehmungsstarke Struktur ähnlich den Ausstellungsorten in anderen Metropolen zu verleihen. Und ein solcher Entwurf – nennen wir ihn Masterplan – wäre ganz nebenher der beste argumentative Schutz gegen fiskalisch induzierte Kürzungs- und Schließungsdebatten.

Genau das versucht die konzeptionelle und räumliche Ausdehnung des Welterbe-Status vom Zollverein in Essen zur »industriellen Kulturlandschaft Ruhrgebiet« zu leisten – mit der rezipierenden Weiterentwicklung eines historischen Verbundsystems zu einem internationalen Netzwerk und regionalen Matrix der Industriekultur. Die Chancen stehen gut: Die Bewerbung für die sogenannte Tentativliste der UNESCO wird von Nordrhein-Westfalen als größtem Bundesland exklusiv favorisiert.

Dekadenformate und Klimawandel als Schlüsselthema der Kulturwissenschaft

Internationale Bauausstellungen wie in Hamburg (2013 zeitgleich mit der Internationalen Gartenschau), Berlin, Basel (beide 2020) und Heidelberg (2022) haben selbst an solchen Orten Konjunktur, wo die Konstitution des Raums nicht mit der Dringlichkeit der Regional- und Stadtentwicklung wie an der Ruhr einhergeht.

Die Region ist alles in allem mit der IBA Emscherpark (1989-1999), dem mutigen Festival der RuhrTriennale, der europäischen Kulturhauptstadt in deutschem Format und weiteren Strukturprogrammen gut gefahren. Die verschiedenen regionalen Veranstaltungsformate haben sich bewährt und werden um neue wie den »European Ruhr Games 2015/16«, einem Wettbewerb der europäischen Sportjugend, ergänzt. Die Organisationsstruktur ist dafür vorhanden.

Bei dieser Regionalisierung der Kultur- und Standortpolitik gab und gibt es so gut wie keine parteipolitischen Grenzen – angesichts der Indifferenz dieser Strategie für die Verteilung der politischen Mehrheiten.

Die Suche nach einem neuen markanten Dekadenformat hat längst begonnen. Die aktuellen Programmchiffren lauten »Grüne Hauptstadt Europas« und »Klima-Expo NRW 2020«. Die »Green Capital« ist als interkommunale Bewerbung zunächst an den restriktiven Bedingungen der EU gescheitert. Anders als bei der Kulturhauptstadt zählt für eine Nominierung nur die Qualität der kommunalen Projekte der einzelnen Bewerberstadt. Regionale Referenzen spielen für die Verleihung dieser europäischen Franchise-Lizenz zunächst keine Rolle.

Eine Klima-Expo NRW mit starker Ausformung in der Metropole Ruhr wäre demgegenüber ein Projekt mit stärkerer eigener Definitionsmacht und Gestaltungshoheit. Sie würde als ökologisches Narrativ sowohl die Kontinuität des »Wandels durch Kultur« in neuer Variante fortsetzen wie auch zu verbindenden Fragen der Kultur- und Umweltpolitik führen. Claus Leggewie vom Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen hat die relevanten Bezüge benannt: »Der Klimawandel bedeutet nicht weniger als eine kulturelle Revolution, und Klimaforschung wird damit zu einem Schlüsselthema auch der Kulturwissenschaft.«

Ein Exzellenzcluster mit den Elementen Identität, Intervention, Netzwerk und Destination kann entstehen

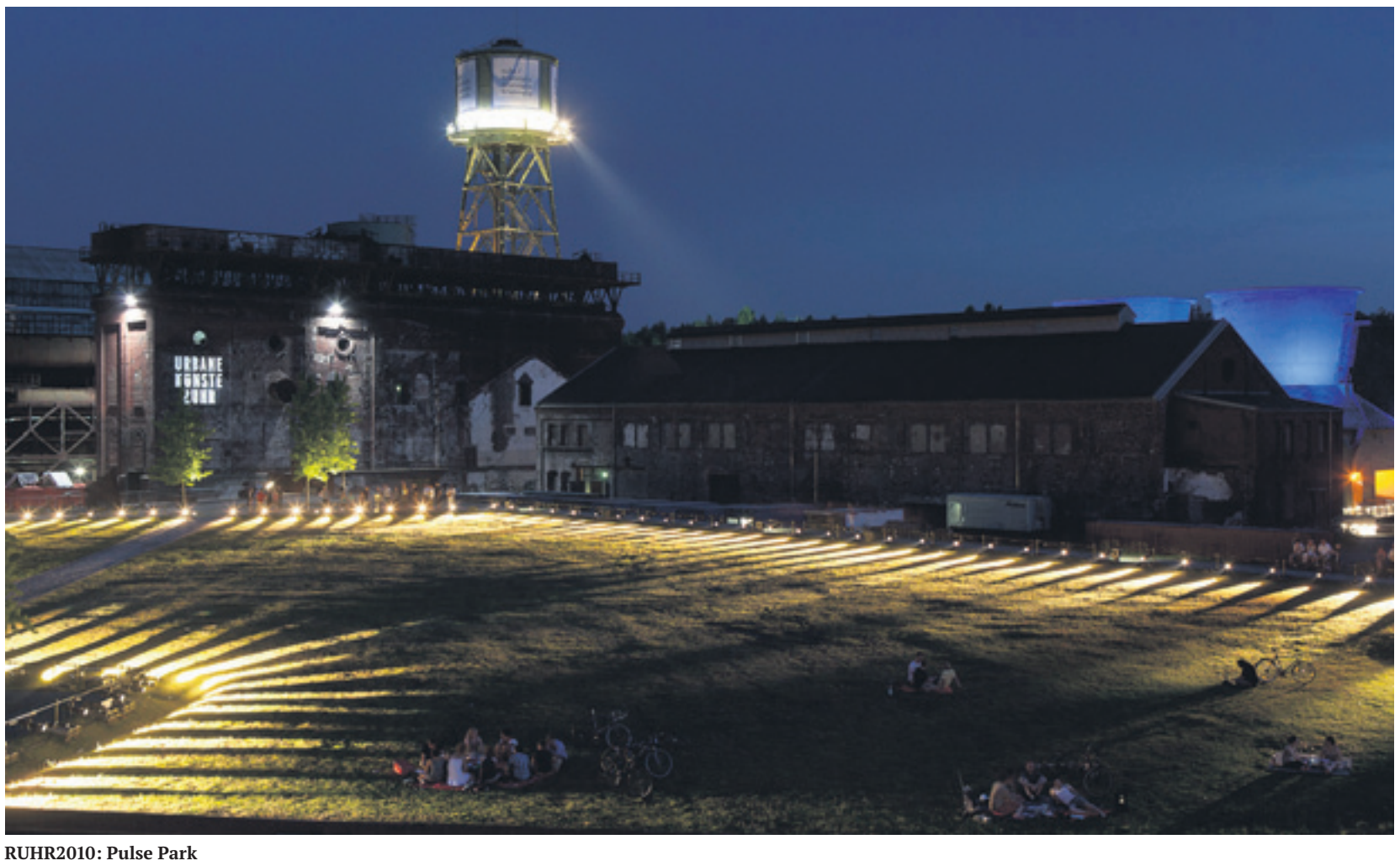
Neue Dachmarke in eigener Regie

Man setzt dabei im Bewusstsein der bisherigen Erfolge auf die nachhaltige Kraft des eigenen konzeptionellen »Local Branding«. Die autoritative und zu gewissen Zeiten notwendige Intervention nach dem Intendantenprinzip ist hierfür weniger gefragt. Die neue Dachmarke in eigener Regie soll die großen und kleinen Zukunftsprojekte in der Region bei den Themenfeldern »Klima.Wandel.Stadt« unter einem Label zusammenführen und die Metropole erneut für ein großes Thema der Zeit kampagnenfähig machen. Ein bürgerschaftliches Mobilisierungsfestival »Morgensonne« wird für 2014 vorbereitet.

Anerkennung verdient im gleichen Zusammenhang das von der Privatwirtschaft an der Ruhr gestartete Projekt der sogenannten »Innovation City Ruhr«, eines zunächst bescheidenen Klimaprogramms für eine einzelne Stadt – aber durchaus mit dem »Zeug für Höheres«, als Paradigma des ökologischen Wandels der ganzen Region.

Beide Projekte sind auch eine ambitionierte Annonce gegenüber der Landesregierung von NRW. Diese bietet bisher von ihrer Seite die Möglichkeit der Präsentation in der größeren räumlichen Kulisse von Nordrhein-Westfalen: »Die Klimaschutz-Expo soll als Dekadenprojekt angelegt werden. Die Entwicklung und Umsetzung erfordert eine langfristige Ausrichtung. Die auf diesem Weg in Nordrhein-Westfalen bereits initiierten Vorhaben und Projekte wollen wir in regelmäßigen Abständen an einem für das Land zentralen Messestandort im Ruhrgebiet praxisnah und prozessorientiert präsentieren.« Eine dazu nötige Ausstellungsagentur konstituiert sich allmählich.

Noch ist vieles in einer Phase des Entwurfs. Diese könnte aber bald durchaus eine Dynamik gewinnen, die in der methodischen Kontinuität zu den regionalen Vorgängerformaten den Rahmen für ein Dekadenprojekt Ruhr 2020 mit vergleichbarer Identitätsstärke schafft. Es besteht Anlass zur Zuversicht.



RUHR2010: Pulse Park

FOTO: URBANE KÜNSTLER RUHR / RAINER SCHLAUTMANN

Dieter Nellen ist Leiter des Referates Kultur und Sport beim Regionalverband Ruhr

THEMA

Vom Geheimtipp zur Produktmarke

Der Jean-Paul-Wander-Weg in Oberfranken

KARLA FOHRBECK

Wanderwege gibt es viele, auch literarische Namenswege – im Allgemeinen aber ohne Literatur. Das Projekt Jean-Paul-Weg ging von Anfang an einen anderen Weg, als geistige, kulturpolitische und touristische Entwicklungsidee zugleich, grenz- und verwaltungsübergreifend, ohne Verein – als freiwilliger Zusammenschluss einer unbürokratischen literatur- und heimatbegeisterten »Kerngruppe«. Das koordinierende Projektbüro war bei der Agentur KulturPartner in Bayreuth angesiedelt, ich (in Bayreuth aufgewachsen, in Neudrossenfeld wohnhaft) die kulturentwicklungspolitische »Muse im Netz«, die auch die Finanzierung aufbaute.

200 Kilometer ist der Weg – inklusive aller lokalen Rundwege – inzwischen lang. Von 2007 bis 2012 wurde daran gearbeitet. Und im Jubiläumsjahr 2013 – zum 250. Geburtstag dieses einst hochberühmten und nun wiederentdeckten Dichters – steht er im Mittelpunkt vieler Veranstaltungen und Vermarktungen. Eine Corporate Identity-Marke, eine Energielinie in der Region, ein Geist, mit dem man gerne kommuniziert.

Die Wandergruppen und Spaziergänger auf dem Weg mehren sich und entdecken die Symbiose von Geist, fränkischer Kulinarik, Arkadienlandschaft und Kultur – ein Geheimtipp eben, den die Tourismuszentrale Fichtelgebirge schon zur Produktmarke erhoben hat – neben Porzellan und E-Bikes.

Schließlich hat Jean Paul (er französisierte seinen Namen aus Bewunderung für Rousseau) zwei Drittel seines Lebens in dieser Region verbracht und diese auch häufig zu Fuß durchwandert – 40 Kilometer Tagesmarsch waren damals keine Seltenheit und Gedanken wurden im Freien gefasst.

Jean Paul ist eine ansteckende Gesundung

Begonnen hat es mit literarischen Teams, in unserem Fall zwei Mal zwei, die sich gut verstehen, ihren Dichter lieben und ihre Heimat (und »Wahlheimat«) Oberfranken auch:

Zwei, nämlich Karin und Eberhard Schmidt vom privaten Jean-Paul-Museum in Joditz, die »in Bayern ganz oben« 2002 einmal damit angefangen haben und erste grüne Aphorismen-Tafeln und Gedenk-Stationen am 12 Kilometer langen romantischen Saale-Weg nach Hof entlang komponierten.

Und zwei Kulturpublizisten, Dr. Frank Piontek aus Berlin und ich, die ab 2008 und Tafel 23 (etwa nach Schwarzenbach a. d. Saale) bis zu Station 161 beim markgräflichen Felsentheater Sanspareil im Landkreis Kulmbach weitergemacht haben. Wir mussten in Auswahl und Themenschwerpunkten schon systematischer vorgehen, weil ja »das ganze Welt- und Menschenbild Jean Pauls« berücksichtigt werden sollte oder weil im dunklen Wald eben eine Gespenster(furcht)geschichte besonders gut passte.

Zwei Literaturbegeisterte also, die sich dann im Bayreuther Raum, mutig geworden, sogar an dreiteilige literarische Groß- und Sonder-Stationen wagten, die Geist, Biografie und Lokalgeschichte des Dichters miteinander kombinierten und popularisierten.

Christian Kreipe vom Naturpark Fichtelgebirge fügte auch noch eine Serie Tafeln »Landschaft zu Jean Pauls Zeiten« in größeren Abständen hinzu.

Literarische bzw. literaturhistorische Teams gab es natürlich in den Zwischenjahren auch lokal, und zwar bei der Erstellung des historischen Jean-Paul-Rundwegs in Schwarzenbach a. d. Saale (2004 und 2012) und des Limerick-Rundwegs der Schüler des Luisenburg-Gymnasiums in Wunsiedel (2000 und 2009) oder anlässlich der Restaurierung von Jean Pauls Geburtsstube im früheren Schulhaus in Wunsiedel (2012/13) oder seiner Dichterstube in der Rollwenzelei in Bayreuth .

Ohne Förderer geht es nicht…

Da waren und sind viele, denen zu danken wäre und ohne die solche Projekte gar nicht zu realisieren wären: Zu den größeren Finanzgebern zählten die NÜRNBERGER Versicherungsgruppe, die überzeugt werden konnte, auch den Norden der Metropolregion Nürnberg ins mäzenatische Visier zu nehmen und neben Gluck für die Musik und Dürer für die Bildende Kunst nun auch den Dichter Jean Paul zu fördern. Die Oberfrankenstiftung, der Bezirk Oberfranken und der Kulturfonds Bayern ergänzten diese Privatinitiative als Hauptsponsoren. Die Regionalmanager von Hof (Michael Stumpf, Herbert Rödel), Wunsiedel (Christian Kreipe), Bayreuth (Alexander Popp) und Kulmbach (Klemens Angermann) bildeten das Glückskleeblatt.

Aber nicht nur das Geld zählte, sondern die enorme freiwillige Kooperation von 22 Gemeinden und vier Landkreisen, zwei Naturparks, vielen Wegwarten des Fichtelgebirgsvereins und Wegpaten, Bauhöfen und Rathäusern, Sparkassen, Archiven, Museen und engagierten Mitgliedern der wachsenden Jean-Paul-Familie in der Region.

Jean-Paul-Denkmal in Bayreuth

FOTO: WIKIMEDIA COMMONS / SCHUBBAY

Bücher, Internet, App… den Weg auf den Weg bringen

Jean Paul ist zwar auch schon ins Japanische übersetzt, aber erst einmal gilt es, ihn hierzulande zu popularisieren, damit »sein schleichend Volk ihm nachkomme«, wie es in der Börne-Gedenkrede hieß. Und dieser Versuch ist auf dem besten Weg:
Der Naturpark Fichtelgebirge hat informative Wanderflyer und die Stadt Bayreuth einen Stadtplan »Jean Paul in Bayreuth« herausgegeben. Unter *www.jeanpauloberfranken.de* hat der Bezirk Oberfranken eine eigene umfangreiche Website entwickelt und aktualisiert.

Für das Literaturportal Bayern der Staatsbibliothek München gilt der Weg derzeit als eines der ganz großen Literaturprojekte und von dort wird auch eine App zum Jean-Paul-Weg vorbereitet. Zwei reich illustrierte Bücher zum Jean-Paul-Weg und den Texttafeln zum Welt- und Menschenbild des Dichters, von mir strukturiert und redigiert, sind gerade rechtzeitig zum Jubiläum erschienen.

Schließlich soll der Jean-Paul-Weg das Jubiläumsjahr nachhaltig überleben, denn: »Hier läuft der Weg von einem Paradies durchs andere.« (Jean Paul)

Karla Fohrbeck ist Kulturwissenschaftlerin, Kultur(entwicklungs)politikerin und Schul- und Kulturreferentin a. D.

WEITERE INFORMATIONEN

Wer war Jean Paul? (1763-1824)
Jean Paul (eigentlich Jean Paul Friedrich Richter) war zu seiner Zeit einer der fantasievollsten und beliebtesten Schriftsteller deutscher Sprache. Noch heute ist er Oberfrankens, ja Bayerns berühmtester Dichter und hat einen festen Platz in der Weltliteratur.

Als Dichter steht er literarisch zwischen Klassik und Romantik und nimmt in der deutschen Literatur eine Sonderstellung ein: »Er sang nicht in den Palästen der Großen, er scherzte nicht mit seiner Leier an den Tischen der Reichen. Er war der Dichter der Niedergeborenen, er war der Sänger der Armen, und wo Betrübte weinten, da vernahm man die süßen Töne seiner Harfe…« (so Ludwig Börne in seiner Gedenkrede 1825).

Jean Paul ist nach wie vor nicht einfach zu lesen, aber wer sich öffnet, dem erschließen sich der große Sprachschatz und die reiche Seelenlandschaft seiner Figuren mit Humor und Ironie, metaphorisch und realistisch, über Idyllen und Abgründe, spießbürgerliche Enge und kosmische Weite, bürgerlichen Gefühlsüberschwang und adelige Kälte, immer in der Hoffnung, dass der Mensch sich letztlich zum »Guten, Wahren und Schönen« entwickeln könne und hinter allem eine göttliche Macht waltet.

Zu den Büchern

»Jean Paul in Oberfranken« ist mit 368 Seiten ein umfangreicher literarischer Wanderführer, der das Welt- und Menschenbild des Dichters anhand der originalen Texte von den Lese-Stationen am Weg gut strukturiert und unterhaltsam vorstellt – oft erstaunlich aktuell. Die einzelnen Kapitel widmen sich Jean Pauls Heimat und Familie, Kindheit und Schule, dem Menschen, dem Theater des Lebens, der Welt von oben, Essen und Trinken, der Tierliebe oder Arkadien und der Suche nach Glückseligkeit. Aber auch Themen wie Teufel und Gespenster, Science Fiction sowie Gott und die Welt werden angesprochen. Und natürlich kommen auch die Natur und die Landschaften, die Jean Paul so liebte, nicht zu kurz.

Hermann Glaser, der selbst ein schönes Jean-Paul-Büchlein mit Johann Schrenk zusammen ediert hat, hat übrigens extra ein Konzil der Tiere einberufen: Sie sind mit dem Jean-Paul-Weg einverstanden.

»Jean Paul in & um Bayreuth« ist mit 256 Seiten als Zwillingsband angelegt. Beim Blättern in diesem Buch, das vor allem die thematischen Groß-Stationen des Jean-Paul-Wegs mit vielen Textstellen, Zitaten und Anekdoten vorstellt, bekommt der Leser unwillkürlich Lust, den Jean-Paul-Weg auf eigene Faust zu entdecken

Bestellung unter :

www.jean-paul-aktuell.de oder www.bayreuth-shop.de

Das Wichtigste zur Kulturpolitik

Jetzt testen!

Fordern Sie Ihr gratis Probe-Exemplar an!
Per Telefon: 030 . 24 72 80 14, Fax: 030 . 24 72 12 45
oder E-Mail: info@politikundkultur.net.

Akzeptanz durch Programm und Transparenz

Der neue Rundfunkbeitrag

HELMUT HARTUNG

Unersättlich«, »Der Bundesverband mittelständische Wirtschaft plant eine Klage gegen die neue Gebührenregelung«, »Riiiesen-Wirbel um neuen Rundfunkbeitrag!«, »Zwangsmilliarden für den öffentlich-rechtlichen Stillstand«, »Chaos bei neuen Rundfunkgebühren«, »Massiver Protest gegen den neuen Rundfunkbeitrag« und »Die deutsche Fernseh-AG – Wie ARD und ZDF die Nation abkassieren«. Das sind Schlagzeilen aus Tageszeitungen der letzten Wochen, die man spielend fortsetzen könnte. Was ist geschehen? Haben sich die Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks die Gehälter verdoppelt? Oder ist die Rundfunkgebühr so schnell gestiegen wie die Preise für Zeitungs- oder Zeitschriftenabonnements? Oder wurde eine zusätzliche Gebühr für die Nutzung digitaler Angebote von ARD, ZDF und des Deutschlandradios festgelegt?

Die Finanzierung muss unabhängig von der Mediennutzung und Art der Medientechnologie sein

Man könnte aus vielen Artikeln den Eindruck gewinnen, die Chefs der öffentlich-rechtlichen Sender würden sich nach Gutsherrenart am Portemonnaie der Bürger bedienen. Doch der Rundfunkbeitrag ist kein Willkürakt der öffentlich-rechtlichen Sender. Er ist eine politische Entscheidung aller Bundesländer, basierend auf Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes.

Ursprünglich war die Rundfunkgebühr eine Postgebühr. Die Post setzte sie fest, erhob sie und gab einen Teil davon an die Rundfunkanstalten weiter. Dem setzte das Bundesverfassungsgericht 1986 ein Ende und legte damit den Grundstein für das derzeitige Verfahren. Es stellte in einem Grundsatzurteil fest, dass die Rundfunkgebühr kein Entgelt für die Leistung der Post sei, sondern – wie es das Gericht später formuliert hatte – (Beschluss vom 5. September 1988) – »das Mittel zur Finanzierung der Gesamtveranstaltung öffentlich-rechtlicher Rundfunk«.

Erst 1970 trat das landesrechtliche System einer eigenständigen Rundfunkfinanzierung in Kraft, nachdem die vermutlichen Nutzer der Rundfunkprogramme zur Finanzierung der Rundfunkveranstalter beitrugen.

»Als Abgabenschuldner bestimmt das Rundfunkrecht denjenigen, der mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit dauernd, aber unkontrolliert das Angebot von Rundfunkprogrammen nutzt. Die Pflicht zur Zahlung dieser Abgabe knüpft an das Bereithalten eines Hörfunkempfangsgeräts und eines Fernsehgeräts, schließt dabei auch neuartige Rundfunkempfangsgeräte ein, insbesondere Rechner, die Rundfunkprogramme ausschließlich über Angebote aus dem Internet wiedergeben können. Diese Abgabe soll die Rundfunkfinanzierung weitgehend vom ökonomischen Markt abkoppeln und dadurch sichern, dass das Programm unabhängig von Einschaltquoten entwickelt und gestaltet werden kann. Dabei ist bewusst, dass diese ›Nutzungsgebühr mit Beitragscharakter‹ unabhängig vom tatsächlichen Empfang einer Sendung entsteht. Die Abgabe entgilt das Angebot, nicht den Empfang von Rundfunksendungen«, so Prof. Dr. Paul Kirchhof, Bundesverfassungsrichter a. D., in seinem 2010 veröffentlichten Gutachten zur Rundfunkfinanzierung. Seit 1968 hat das Bundesverfassungsgericht mehrfach die Notwendigkeit eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die Pflicht der Gesellschaft, diesen zu finanzieren, betont.

Das jüngste Urteil stammt aus dem Jahr 2007. Damals hatten die ARD, das ZDF und das Deutschlandradio erfolgreich Verfassungsbeschwerden gegen die Festsetzung der Rundfunkgebühr für 2005 bis 2008 eingelegt. Die Ministerpräsidenten waren bei ihrer Gebührenfestsetzung um 28 Cent unter der von der KEF (Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten) empfohlenen Gebühr geblieben. Diesen politischen Eingriff hielt Karlsruhe für verfassungswidrig. In der Urteilsbegründung hatte das Verfassungsgericht zugleich betont, dass die Politik verpflichtet sei, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bedarfsgerecht finanziell auszustatten: »Die Festsetzung der Rundfunkgebühr muss frei von medienpolitischen Zwecksetzungen erfolgen. Hierzu hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 22. Februar 1994 Grundsätze aufgestellt, die weiter Bestand haben. Danach hat der Gesetzgeber sicherzustellen, dass die Gebührenfestsetzung die Rundfunkfreiheit nicht gefährdet und dazu beiträgt, dass die Rundfunkanstalten durch eine bedarfsgerechte Finanzierung ihren Funktionsauftrag erfüllen können.«

Zugleich stellt das Bundesverfassungsgericht klar, dass die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks unabhängig von der Mediennutzung und Art der Medientechnologie erfolgen muss:

»Die Erforderlichkeit ausgestaltender gesetzlicher Regelungen zur Sicherung der Rundfunkfreiheit hat sich im Grundsatz durch die technologischen Neuerungen der letzten Jahre und die dadurch ermöglichte Vermehrung der Übertragungskapazitäten sowie die Entwicklung der Medienmärkte nicht geändert. Die neuen Technologien haben eine Vergrößerung und Ausdifferenzierung des Angebots und der Verbreitungsformen und -wege gebracht sowie neuartige programmbezogene Dienstleistungen ermöglicht. Dadurch haben die Wirkungsmöglichkeiten des Rundfunks zusätzliches Gewicht erhalten. Der ökonomische Wettbewerb führt nicht automatisch dazu, dass für die Unternehmen publizistische Ziele im Vordergrund stehen oder dass in den Rundfunkprogrammen die Vielfalt der in einer Gesellschaft verfügbaren Informationen, Erfahrungen, Werthaltungen und Verhaltensmuster abgebildet wird.« Damit hat das Verfassungsgericht deutlich gemacht, dass weder eine veränderte Mediennutzung, noch neue Medienangebote die Digitalisierung ermöglichen, und so einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk und damit eine gesellschaftliche Finanzierung überflüssig machen.

Dennoch war die Höhe der Rundfunkgebühr bis 2012 von der Existenz eindeutig zuordenbarer Empfangsgeräte abhängig – ein Anachronismus angesichts einer zunehmenden mobilen Mediennutzung.

Dazu äußerte sich Kirchhof: »Das Empfangsgerät moderner Technik ist nicht mehr raumgebunden, Hörfunk- und Fernsehempfang werden kaum noch in technischer Alternativität erlebt, ein leicht bewegliches Gerät lässt sich kaum mehr verlässlich einem Haushalt oder einem Gewerbetrieb zuordnen. Das Empfangsgerät ist ein ungeeigneter Anknüpfungspunkt, um die Nutzer des öffentlich-rechtlichen Rundfunks tatbestandlich zu erfassen und die Nutzungsintensität sachgerecht zu unterscheiden. Wegen dieser fehlerhaften Bemessungsgrundlage erreicht die Rundfunkabgabe nicht mehr alle Rundfunkempfänger. Sie ist deshalb rechtstaatlich bedenklich. Wenn die Vollzugsmängel des gegenwärtigen Abgabenrechts die Intensität eines strukturellen Erhebungsdefizits erreichen, wird auch das materielle Recht verfassungswidrig.«

Aus diesen zwei Prämissen, der verfassungsmäßigen Verpflichtung zur bedarfsgerechten Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und aus der Gefahr einer Verfassungsnonkonformität der bestehenden Rundfunkgebühr leitete Kirchhof die Notwenigkeit eines neuen Rundfunkbeitrages ab: »Die Reform des Rundfunkbeitrags tauscht lediglich den Tatbestand des Empfangsgeräts gegen den Tatbestand des Haushalts und des Gewerbebetriebs aus. Der Beitrag entgilt ein Leistungsangebot, das der Abgabenschuldner nutzen kann. Die Gebühr schöpft den Vorteil einer staatlich gewährten, individualdienlichen Leistung ab. Im Beitrag trägt der Begünstigte zur Finanzierung einer öffentlichen Einrichtung bei. Die Gebühr ist Leistungsentgelt, die Beitragsschuld entsteht bereits mit dem Leistungsangebot. Die Gebühr entgilt das Empfangen, der Beitrag das Empfangendürfen.«

FOTO: THOMAS K. / PHOTOCASE.COM

Hingucken lohnt sich. Wie funktioniert die neue Haushaltsabgabe?

Kirchhof begründet auch, warum es ein Beitrag sein muss und keine Steuer: »Eine Steuer ist die Gemeinlast, die der Staat allen Leistungsfähigen auferlegt, um die Staatsaufgaben (den Staatshaushalt) zu finanzieren. Der Steuerpflichtige empfängt für seine Zahlung keine Gegenleistung.« Damit wäre auch die Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht mehr gewährleistet.

Auch der Medienrechtler Prof. Dr. Wolfgang Schulz vom Hans-Bredow-Institut hält die Entscheidung für einen Rundfunkbeitrag für verfassungsgerecht: »Es war noch nie so, dass die GEZ für die konkrete Nutzung Gebühren erhoben hat. Das hat das Verfassungsgericht auch in mehreren Urteilen bestätigt. Dass nun der Anknüpfungspunkt für die Zahlung nicht mehr das Gerät ist, sondern der Ort, an dem Medienkonsum stattfindet, macht keinen so großen Unterschied aus, dass es nun verfassungswidrig wird.«

Dass die Entscheidung richtig war, die Rundfunkfinanzierung von der Art eines Empfangsgerätes abzukoppeln, belegen die aktuellen Fakten: Derzeit besitzen laut Bitkom etwa 40 Prozent aller Deutschen ein Smartphone, acht Millionen Deutsche nutzen regelmäßig ein Tablet PC, also Geräte, mit denen das Internet und damit die dort vorhandenen Angebote der öffentlich-rechtlichen Sender auch mobil gesehen oder gehört werden können. Die Gebührenzahler machen davon intensiv Gebrauch, unabhängig davon, ob sie auch ARD und ZDF über den Fernseher empfangen.

Bei Nutzern von iPhone und iPad ist die »Tagesschau«-App das führende Nachrichten-Angebot. Auf dem iPhone wird die App von 14,81 Prozent der Befragten genutzt, womit sie bei News-Angeboten auf dem ersten Platz landete. Sogar 22,41 Prozent der Nutzer haben die »Tagesschau«-App auf dem iPhone installiert. Auf Platz zwei schaffte es das Angebot von »Spiegel Online« mit 13,14 Prozent aktiven Nutzern. Dazu kommen hohe Abrufzahlen auch bei den Mediatheken und bei den Programmstreamings von den Olympischen Spielen 2012. Rund 378 Millionen Abrufe verzeichnete die ZDF-Mediathek 2011, das waren 35 Prozent mehr als im Vorjahr. Während der Olympischen Spiele wurden beim ZDF allein am ersten Wettkampftag 2,69 Millionen Videos und Livestreams aus der Mediathek abgerufen. Wer will da noch behaupten, das seien alles die klassischen ARD- und ZDF-Nutzer?

Die öffentlich-rechtlichen Medien müssen ihre Ausgaben transparent machen

Der neue Rundfunkbeitrag hat trotz einer breiten Zustimmung – nach einer GfK-Umfrage (Gesellschaft für Konsumforschung) vom Dezember 2012 begrüßen 76,2 Prozent der Bevölkerung das neue Finanzierungsmodell – mit Akzeptanzproblemen zu kämpfen: In der Wirtschaft, bei Selbstständigen, bei Kommunen und Bürgern. Die Ursachen sind unterschiedlich und man muss sich auch fragen, warum einzelne Städte oder Kreise selbst ein Jahr nach Verabschiedung des Beitragsstaatsvertrages nicht in der Lage sind, die Höhe des Beitrages richtig aufzuschlüsseln oder warum den ARD-Anstalten erst im Februar einfällt, ihnen zu helfen. Sicher gibt es auch bei Unternehmen mit einer Vielzahl von Filialen Ungerechtigkeiten, die beseitigt werden müssen und es sind wohl nicht alle sozialen Härtefälle bedacht worden. Hier muss die Politik den Staatsvertrag novellieren, was bei berechtigten Forderungen auch für 2014 geplant ist, wenn valide Ergebnisse über die Beitragssumme vorliegen.

Den entscheidenden Anteil an der Akzeptanz der gesellschaftlichen Finanzierung eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks haben aber die Sender selbst, mit ihren Angeboten und einem Höchstmaß an Transparenz ihrer Ausgaben. Je mehr sie sich von privaten Rundfunkprogrammen, aber auch Web-Inhalten, unterscheiden, je mehr sie Hintergründe liefern, aufklären, die Vorgänge in der globalen und regionalen Welt zu verstehen helfen, nützliche und nicht nur Pseudolebenshilfe geben, um so mehr sind sie unverzichtbar. Natürlich gehören dazu große Filme und kleine Fernsehspiele, erstklassiger Sport und glamouröse Shows, aber auch der nachdenklich-stimmende Dokumentarfilm, ein Kulturmagazin oder ein trimediales Jugendangebot. Das hat auch die Allianz Deutscher Produzenten bekräftigt, die die Umstellung auf den Rundfunkbeitrag verteidigt: »In der Öffentlichkeit muss immer wieder neu um die Akzeptanz für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und seine Finanzierung geworben werden. Gutes Programm ist entscheidend, um den Funktionsauftrag von ARD und ZDF zu erfüllen, der neben der Rolle für die Meinungs- und Willensbildung, neben Unterhaltung und Information eine kulturelle Verantwortung umfasst, wie das Bundesverfassungsgericht im September 2007 festgestellt hat. Zwar soll der öffentlich-rechtliche Rundfunk im publizistischen Wettbewerb mit den privaten Veranstaltern bestehen können, aber nur, wenn er diesen ›klassischen Funktionsauftrag‹ erfüllt, und der fußt nicht auf Einschaltquoten.«

Helmut Hartung ist Chefredakteur bei promedia

Wo ist die Strategie?

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk

ERNST ELITZ

Bislang war der lautstark vorgetragene Ärger über ARD und ZDF wie ein Anfallsleiden, das pünktlich zur Präsentation der KEF-Vorschläge für die nächste Gebührenerhöhung ausbrach. Inzwischen aber hat die Debatte über die Qualität der Programme und die kaum noch überschaubare Zahl der Kanäle an Wucht gewonnen.

Über 60 Radioprogramme, acht Fernseh-Vollprogramme der ARD (sieben bundesweit zu empfangende Dritte und daneben das Erste), ein ZDF-Programm, sechs Digitalkanäle, drei konkurrierende Fernsehkulturprogramme (zdf.kultur, 3sat, arte), ein Kinderkanal und Phoenix, und alle mit eigenen Portalen im Internet samt Mediatheken – so präsentiert sich das

ARD und ZDF müssen von Getriebenen zu Handelnen werden

öffentlich-rechtliche Ganze eher als ein ungeordnetes Durch- und Nebeneinander, das jeden Markenstrategen nur den Kopf schütteln und jeden wirtschaftlich Denkenden fragen lässt: Wo ist die Strategie? Wer definiert die Zielgruppen? Wie viel Qualität ließe sich produzieren, wenn ein Teil des Gebührengeldes nicht in diesem verwirrenden Neben- und Durcheinander ersöffe?

Die Debatte über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in seiner jetzigen Aufstellung wird noch an Dynamik gewinnen, weil sich zum ersten Mal ein anderer Player existenziell durch die Expansion von ARD und ZDF bedroht sieht. Solange die Medienwelt in drei Distributionswege – Radio, Fernsehen, Print – aufgeteilt war, lebte es sich bequem in einer friedlichen Koexistenz; doch seit die elektronischen Medien der Presse im Internet mit gedruckten Texten Konkurrenz machen, ist eine Auseinandersetzung entbrannt, bei der die Öffentlich-Rechtlichen nur

Kulturangebote sollten in einem gemeinsam Kulturkanal vereint werden

den Kürzeren ziehen können, denn das Qualitätsargument, mit dem sich Ansprüche kommerzieller Radio- und Fernsehanbieter zurückdrängen ließen, sticht für die Presse nicht: Sie ist in ihrer Informations- und Kultur/Feuilletonkompetenz den Öffentlich-Rechtlichen ebenbürtig. Sie muss die Chance haben, angesichts des verebbenden Printgeschäfts gegenüber den gebührenfinanzierten Anbietern im Internet kommerziell bestehen und sich entwickeln zu können.

Der Informations- und Kulturauftrag der Öffentlich-Rechtlichen ist unbestritten. In einer Gesellschaft, in der klassische Werte diffundieren und sich neue Formen politischer Beteiligung und kultureller Kreativität entwickeln, sind von Marktzwängen freie Medien als Kommunikationsplattform, als Anstoßgeber und kritische Begleiter unverzichtbar. Die Forderungen nach einer Strukturreform von ARD und ZDF zielen auf eine klare Definition von Zielgruppen, Alleinstellungsmerkmalen und Abgrenzungen von populistischen Programmgestaltungen. In der jetzigen Form, wo sowohl die Vollprogramme der ARD, Phoenix und 3sat als auch die Digitalkanäle zu großen Teilen als Abspielplattformen bereits gesendeten Programmmaterials dienen (was angesichts des Ausbaus der Mediatheken ohnehin obsolet ist), verwischen sich die Konturen und führen im Kulturbereich, wo zdf.kultur, arte und 3sat gegeneinander antreten, zur Marginalisierung der Marktanteile, was wiederum einer wenig kulturaffinen Politik Anlass bietet, gegen »kostspielige« Kulturangebote einschließlich der Rundfunkorchester zu polemisieren. Bevor die ARD Fußballvereine fördert, hat sie ihren Kulturauftrag zu erfüllen.

Es spricht aus Publikumssicht viel dafür, das verstreute Kulturangebot in einem gemeinsam betriebenen modernen Kulturkanal zu konzentrieren. Außer der verbiesterten Konkurrenz von ARD und ZDF spricht auch nichts gegen die Realisierung eines gemeinsamen Jugendkanals, wobei zdf.neo und die Jugendwellen der Landesrundfunkanstalten ihre Kreativität bereits unter Beweis gestellt haben. Solange bei ARD und ZDF Nachrichtensendungen, Dokumentationen und anspruchsvolle Fernsehfilme zur Verschiebemasse im Sport- und Entertainmentbetrieb gesendet werden, wäre dem Publikum mit einem neuen Profil von »Phoenix« gedient: als Premierenkanal für die Ausstrahlung von Dokumentationen wäh-

Die Anzahl der ARD-Vollprogramme wird sich reduzieren

rend der Primetime und der Einrichtung einer verlässlichen spätabendlichen Nachrichtenleiste an allen Tagen der Woche. Dazu sind die Hauptprogramme mit »Tagesthemen« und »heute journal« nicht fähig.

Auf Dauer wird die ARD bei einem stagnierenden Gebührenaufkommen nicht umhinkommen, die Zahl ihrer bundesweit zu empfangenden Vollprogramme zu reduzieren: Entweder sie streicht Dritte Programme (was bei dem regionalen Auftrag der Landesrundfunkanstalten schwer vorstellbar ist) oder sie verzichtet auf das Erste, dessen Produktionen (siehe »Tatort« und »Tagesschau«) in großer Zahl ohnehin zeitgleich oder zu einem späteren Zeitpunkt in den Dritten gesendet werden. Bei ihren vehementen Protesten gegen die Gründung des Deutschlandradios hatte die ARD nachdrücklich argumentiert, dass es angesichts kompetenter regionaler Programme eines nationalen Programms nicht bedürfe. Das regionale Gen ist in der ARD schon immer stärker verankert gewesen als das nationale. Die Haushaltsabgabe war nur der Auslöser einer Debatte. ARD und ZDF müssen sich aus der Rolle der Getriebenen befreien und sich für das Handeln entscheiden!

FOTO: TIM TOPPIK / PHOTOCASE.COM

Die mittlerweile schwer überschaubare Zahl der Kanäle sorgt für Orientierungslosigkeit

Ernst Elitz ist Gründungsintendant des Deutschlandradios

Zwischen Anspruch, Erwartung und Wirklichkeit:
Studie des Deutschen Kulturrates »Der WDR als Kulturakteur«

Der WDR ist die größte ARD-Anstalt. Er verfügt über das größte Budget,
er hat die meisten Mitarbeiter, er versorgt das bevölkerungsreichste Sendegebiet,
er repräsentiert die ARD auf internationaler Ebene. Er ist ein Sender der Superlative!

Trotzdem wird der WDR auch aus dem Kulturbereich heraus kritisiert.

- Sinkt das Niveau wirklich ins Bodenlose?
- Gewinnt die seichte Unterhaltung wirklich die Oberhand über die seriöse Information und die ernste Kultur?
- Beuten die Sender die freiberuflichen Kulturschaffenden wirklich immer mehr aus?
- Werden die Kultursendungen wirklich immer mehr in die Spartenprogramme oder in die späten Nachtstunden verschoben?

Der gefühlten Wahrheit Fakten gegenüberzustellen, die die Gefühle bestätigen oder widerlegen, ist das Ziel der Studie. Gerade der Kulturbereich, der vom Wohl und Wehe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks unmittelbar betroffen ist, kann es sich nicht leisten, seine Beurteilungen zu einem nicht geringen Anteil aus dem Bauch heraus zu treffen.

Der WDR als Kulturakteur
Anspruch • Erwartung • Wirklichkeit
Herausgegeben vom Deutschen Kulturrat
Autoren: Gabriele Schulz, Stefanie Ernst, Olaf Zimmermann
Berlin 2009. 464 Seiten. 24,90 Euro, ISBN 987-3-934868-22-9

Jetzt bestellen www.kulturrat.de/shop.php

Am Wendepunkt

Wir müssen das öffentlich-rechtliche System neu erfinden

THOMAS FRICKEL

Man sieht es mir vielleicht nicht an – aber ich bin jünger als der Durchschnitts-Zuschauer von ARD und ZDF. Mindestens zwei Generationen nach mir hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk inzwischen schon nahezu komplett an das Internet verloren. Was machen die dort? Sie hören Podcasts, treiben sich in Blogs herum, kommunizieren über Facebook, informieren sich über Wikipedia und sehen Filmchen auf Youtube, die dann aber meistens nicht öffentlich-rechtlicher Provinienz sind. Aber auch in meiner Generation treffe ich immer häufiger auf Menschen, die mir rigoros erklären, dass sie nicht mehr fernsehen, weil da eh nur Mist läuft. Das stimmt zwar nicht ganz (zumal Mist normalerweise überhaupt nicht laufen kann), aber ein bedenkliches Signal ist es trotzdem. Denn wenn auch Kulturschaffende und Angehörige der gesellschaftlichen Eliten das Programmangebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zunehmend kritisieren – wer soll es am Schluss noch verteidigen? Gerade jetzt, in der neu entbrannten Diskussion um Rundfunkbeitrag und Gebühren-Legitimation! Schauen Sie sich mal die Leser-Kommentare an, wenn in der ZEIT, in der Süddeutschen Zeitung, in der FAZ oder in einer anderen bedeutenden Medienkolumne wieder mal ein kritischer Artikel zum Thema »Rundfunkgebühren« erschienen ist – die Verteidiger des Systems geraten dort immer mehr in die Defensive. Das denken wir jetzt einfach mal zehn oder fünfzehn Jahre weiter – hinein in eine Zeit, in der eine neue Politiker-Generation die Fäden in der Hand hält und – wie man neudeutsch sagt – »netzpolitisch« denkt. Denn was helfen alle Verfassungsgerichtsurteile, die dem öffentlich-rechtlichen System bis heute den Bestand garantieren, wenn die rasante Entwicklung der Medienwelt die Grundlagen der bisherigen Rundfunkgesetzgebung hinwegfegt?

Damals, in den ersten Nachkriegsjahren, war ein von der Gesellschaft kontrolliertes, für jeden frei zugängliches Informationssystem die beste Versicherung gegen das Erstarken neuer Meinungsmonopole. Dieses Bollwerk half nicht nur, neue Hugenbergs in der deutschen Medienlandschaft zu verhindern – es wurde schnell zum Leitmedium und wuchs zu einem der besten Rundfunksysteme der Welt an. In der analogen Zeit kam man an ARD und ZDF nicht vorbei.

Aber heute? Die Internet-Angebote von ARD und ZDF sind doch nur noch Facetten in der gigantischen Vielfalt des Internets – und keineswegs mehr die wichtigsten. Natürlich gibt es nach wie vor die Gefahr der Monopole, der großen Suchmaschinen, der Googles und Amazons, die alles plattwalzen. Aber es gibt auch eine Vielzahl frei finanzierter und frei produzierter Angebote, die sich in der Internet-Community sehr schnell weiterverbreiten und die in Kreativität, Originalität und Wagemut so manches verschnarchte öffentlich-rechtliche Angebot in den Schatten stellen. Im Internet spiegelt sich die Meinungsvielfalt und die Offenheit unserer Gesellschaft in besonderer Weise, und viele dieser Initiativen wären es wert, von der Öffentlichkeit stärker wahrgenommen und unterstützt zu werden.

Warum steht die Politik im Begriff, diese historische Chance komplett zu verpennen? Warum erkennt aus dem politischen Raum niemand in der gerade entbrannten Diskussion um die Haushaltsabgabe eine Steilvorlage, um die richtige und wichtige Idee eines öffentlich finanzierten, für alle frei zugänglichen, von Einflüssen der Wirtschaft wie des Staates unabhängigen, pluralistischen Informationsangebots völlig neu zu denken und damit zukunftssicher aufzustellen?

In seinem Gutachten, das den Boden für die Einführung der Haushaltsabgabe bereitet hat, beschreibt der Heidelberger Verfassungsrechtler Prof. Paul Kirchhof ein frei zugängliches Informationsangebot, das allen Staatsbürgern die Teilhabe am gesellschaftlichen Diskurs eröffnet, als Lebenselexier einer pluralistischen und offenen Gesellschaft. Die Vorteile für die Gesellschaft und damit für jeden einzelnen sind so immens, dass alle dafür zahlen müssen – unabhängig davon, ob sie das Angebot persönlich nutzen oder nicht. Ob die öffentlich-rechtliche Geldverschwendung für überteuerte Sportrechte, Fußball-Zocker und Doping-Junkies diesen Anforderungen genügt, mag jeder selbst entscheiden.

> **Die Politik muss diese historische Chance erkennen**

Allerdings haben weder Kirchhof noch das Verfassungsgericht meines Wissens je behauptet, dass dieses öffentlich-rechtliche Informationsangebot in Deutschland auf alle Zeiten »ARD« oder »ZDF« heißen muss.

Warum also sollte es nicht möglich sein, mit nur zehn Prozent der Haushaltsabgabe jenseits der bestehenden schwerfälligen »Anstalten« frei produzierte Internet-Projekte zu finanzieren – kontrolliert durch pluralistische Gremien, wie sie etwa in den Landesmedienanstalten oder in Filmförder-Einrichtungen bereits existieren. Zehn Prozent – das wären 800 Millionen Euro – für Blogs, Podcasts, Internet-Enzyklopädien, Musik- und Medienkunstprojekte und natürlich auch für Filme, die dann endlich anständig bezahlt werden könnten und die der Öffentlichkeit kostenlos zum Abruf im Internet zur Verfügung gestellt würden. 800 Millionen Euro nur für Projekte, die genau festgelegten kulturellen Kriterien Genüge tun – welch ein gewaltiger Kreativitätsschub in Deutschland wäre das! Es ist noch nicht zu spät. Fangen wir an!

Thomas Frickel ist Autor, Regisseur und Produzent von Dokumentarfilmen, Vorsitzender der AG Dokumentarfilm und Sprecher der Sektion Film/ Audiovisuelle Medien im Deutschen Kulturrat

Es darf gestritten werden!

Welche Veränderungen bringt der neue Rundfunkbeitrag für die Bürger?

LUTZ MARMOR

Mit der Gerechtigkeit ist es ein bisschen wie mit der Schönheit – sie liegt manchmal im Auge des Betrachters. Das gilt auch für den neuen Rundfunkbeitrag: Menschen, die bislang etwa nur ein Radio angemeldet hatten und nun den vollen Beitrag bezahlen, freuen sich über den Systemwechsel nicht. Das ist zunächst verständlich.

Ebenso ist nachvollziehbar, dass viele Menschen mit Behinderung, die bislang befreit waren, und nun einen reduzierten Beitrag von 5,99 Euro bezahlen sollen, vielleicht nicht begeistert sind. Auch wenn wir im Gegenzug zum Beispiel bei der Untertitelung unser Angebot stark ausweiten, damit alle daran teilhaben können. Wer sich den Beitrag nicht leisten kann, wird natürlich weiterhin befreit.

> **Es ist nicht mehr zeitgemäß, nach einzelnen Geräten in den Wohnungen zu fragen**

Für 90 Prozent der Beitragszahler hat sich nichts geändert. Aber es handelt sich dennoch um eine grundlegende Reform. Sie bringt immer noch für viele Menschen Veränderungen mit sich, rührt an vertrauten Verhältnissen und stellt so Altes in Frage. Da ist es normal, dass diskutiert wird.

Trotzdem, der Schritt war richtig und notwendig. Es ist schlicht nicht mehr zeitgemäß, nach einzelnen Geräten in den Wohnungen der Bürger zu fragen.

Rundfunk ist mittlerweile fast überall. Öffentlich-rechtliches Programm lässt sich längst nicht mehr nur über Radio und Fernseher empfangen, sondern auch übers Internet und damit über den Computer, ebenso über Smartphones und Tablets, also über mobile Geräte. Die Diskrepanz zwischen geräteabhängiger Rundfunkabgabe und täglicher Nutzungspraxis lasse die innere Überzeugungskraft der bisherigen Abgabe ständig sinken, hat Prof. Paul Kirchhof in einem Gutachten vor der Umstellung geschrieben. Immer mehr junge Menschen hätten ihr Rundfunkleben quasi in der Illegalität begonnen. Seiner Ansicht nach ist ein Beitrag pro Wohnung aus einer einfachen Überlegung heraus verfassungskonform: Auch nach dem alten System zahlte man nicht etwa für den Empfang von Rundfunksendungen, sondern für das Angebot. Eine Nutzung nachzuweisen oder gar danach zu gehen, wie stark jemand den Rundfunk tatsächlich nutzt, wäre nicht nur extrem aufwendig, sondern würde eine Art der Nachforschung erfordern, wie sie sich kaum mit einem Rechtsstaat vereinbaren ließe.

Es geht um Grundsätzlicheres: Entschließt sich ein Staat dazu, Rundfunk als öffentliches Gut anzubieten, weil ihm nicht ausreicht, was der private Markt an Programmen hervorbringt, muss die Alternative finanziert werden. Bei anderen öffentlichen Gütern wie Autobahnen oder der Straßenbeleuchtung gibt es kaum Streit, ob sie jemand nutzt oder nicht, weil diese Angebote aus dem allgemeinen Steueraufkommen bezahlt werden. Dieser Weg der Finanzierung verbietet sich beim Rundfunk jedoch: Soll er mehr taugen als die private Konkurrenz, muss er unabhängig sein, wie auch im Grundgesetz in Artikel 5 vorgeschrieben. Würden ARD und ZDF aus der Steuerkasse bezahlt und könnte die jeweilige Regierung mit Budgetkürzungen drohen, wäre diese Voraussetzung nicht erfüllt.

Teurer ist dieser Weg übrigens auch nicht. Der Beitragsservice kostet prozentual weniger als die Kirchen dem Staat für den Einzug ihrer Steuer bezahlen.

Eine Finanzierung direkt durch die Bürger ist noch aus einem anderen Grund sinnvoll. Sie ist ohne Frage ein Privileg, dessen sich ARD, ZDF und Deutschlandradio bewusst sein sollten, schließlich wird so die Existenz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gesichert. Ein Freifahrtschein ist der neue Beitrag aber gerade nicht.

Für die mehr als sieben Milliarden Euro, die den Bürgern und Unternehmen jährlich von ihren Konten abgebucht werden, müssen wir uns rechtfertigen. Über die Qualität eines öffentlichen Guts, noch dazu eines so wichtigen wie des Rundfunks, darf nicht nur, sondern muss auch gestritten werden. Darin liegt für uns eine Chance. Die Chance, unser Profil zu schärfen, noch besseres Programm zu machen, aber auch auf unsere Stärken selbstbewusst hinzuweisen. Ob unsere Radioprogramme mit Nachrichten, Diskussionen, Features, Hörspielen und unseren Orchestern oder unser Fernsehprogramm mit Dokumentationen, Fernsehspielen, Politikmagazinen und vielem mehr – unser Angebot ist umfassend und kommt entgegen manchen Unkenrufen bei den Menschen an. Die öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramme insgesamt haben in den vergangenen zehn Jahren an Marktanteil und Sehbeteiligung leicht hinzugewonnen; von 43 auf 43,5 Prozent. Es kann keine Rede davon sein, dass wir nicht gehört oder gesehen werden.

Unseren Nachrichten vertrauen die Menschen: In allen Altersgruppen wird die Tagesschau am häufigsten als wichtigstes Einzelangebot für die politische Meinungsbildung genannt. Aus Zuschauersicht bietet das Erste qualitativ das beste Fernsehprogramm.

Die Erfüllung unseres Auftrags ist immer eine Gratwanderung, die die Erwartungen an Qualität und Quote idealerweise gleichermaßen berücksichtigt. Das Ergebnis kann gar nicht zur Zufriedenheit aller gereichen.

Der Anspruch allerdings ist klar definiert: Unsere Inhalte müssen so relevant sein, dass am Ende selbst die Wenigen profitieren, die unsere Angebote wirklich nicht nutzen.

Lutz Marmor ist Intendant des Norddeutschen Rundfunks und derzeit Vorsitzender der ARD

FOTO: MI.LA / PHOTOCASE.COM

Nutzungsgewohnheiten im Wandel

Kultur und Wissen online

Die Deutsche Digitale Bibliothek – das Portal zu den digitalen Schätzen der Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen in Deutschland

ELLEN EULER

Die Deutsche Digitale Bibliothek (DDB) ist ein Portal, das unter der Internetzpräsenz *www.deutsche-digitale-bibliothek.de* den zentralen Zugang zu den digitalen Inhalten aus Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen in Deutschland bietet. Ende November 2011 ist die DDB in einer ersten öffentlichen Betaversion ins Netz gegangen.

Gemeinschaftsprojekt

Seit Sommer 2007 arbeiten Vertreter aus Bund, Ländern und Kommunen an der Umsetzung der DDB, die 2009 durch ein gemeinsames Finanz- und Verwaltungsabkommen errichtet wurde.

Träger der DDB ist ein Kompetenznetzwerk, in dem das Wissen und die Erfahrung der von Bund, Ländern und Kommunen getragenen Einrichtungen gebündelt sind. Über das Netzwerk werden alle Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen in Deutschland in die DDB im Rahmen einer Kooperation verantwortlich eingebunden. Die Organe des Kompetenznetzwerks sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand und das Kuratorium. Das geschäftsführende Organ der DDB ist der Vorstand, der durch eine Geschäftsstelle unterstützt wird. Die Anstellungskörperschaft der Mitarbeiter der Geschäftsstelle ist die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, bei der auch die Mittel verwaltet werden, mit denen Bund, Länder und Kommunen jährlich die DDB finanzieren und die im Kompetenznetzwerk seit Bestehen der DDB auch dadurch eine besondere Rolle einnimmt, dass der Präsident der Stiftung, Prof. Hermann Parzinger, der Sprecher des Vorstands der DDB ist.

Eingebunden in Europa

Ein freier und zentraler Zugang zu Informationen gehört zu einer modernen, funktionierenden Demokratie. Diese Erkenntnis gab den Anstoß zur Einrichtung des Internetportals der europäischen digitalen Bibliothek Europeana, die Kulturgüter aller Mitgliedsstaaten der Europäischen Union weltweit zugänglich macht. Mit der DDB kommt Deutschland der Aufgabe nach, seinerseits ein nationales Portal für digitalisierte Kunst- und Kulturgüter zu schaffen und so seinen Teil des europäischen kulturellen Gedächtnisses einzubringen.

Demokratische Wissensgesellschaft

Ziel der DDB ist es, jedermann über das Internet einen komfortablen und vernetzten Zugang zum kulturellen und wissenschaftlichen Erbe Deutschlands zu ermöglichen, also zu Millionen von Büchern, Archivalien, Bildern, Skulpturen, Musikstücken und anderen Tondokumenten, Filmen und Noten. Die Bestände von Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen in Deutschland zusammenführen und vernetzen ist eine gigantische technologische und organisatorische Aufgabe und eine große Herausforderung. Denn es gilt, Tradition und lebendige Gegenwart von Kultur und Wissenschaft dieses Landes darzustellen und zu vermitteln. Die DDB führt das digital verfügbare Angebot bedeutender Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen aus ganz Deutschland zusammen, erschließt und vernetzt es multimedial und leistet so einen herausragenden Beitrag zur Teilhabe der Allgemeinheit am kulturellen Gedächtnis der Nation und Bewahrung unserer kulturellen Identität im digitalen Zeitalter.

Dahinter steht der Gedanke, dass Demokratie aktive Mitwirkung benötigt – und dafür Identifikation und Transparenz, also Information. Information ist die Grundlage für demokratische Teilhabe. Dazu möchte die DDB beitragen: damit die heutige und künftige demokratische Wissens- und Informationsgesellschaft gelebt werden kann.

FOTO: JULIA HOPPEN

Die Freischaltung der Deutschen Digitalen Bibliothek erfolgt durchj Jill Cousins, Hermann Parzinger, Elke Harjes-Ecker und Matthias Harbort, (v.l.)

Orientierung in der Informationsflut

Wissenschaftler, Hobby-Historiker, Familienforscher, Journalisten, Studierende, Schüler, Lehrer – die DDB wendet sich an alle Interessierten. Häufig gestaltet sich die Recherche im Netz – ob beruflich oder privat – zu einem bestimmten Thema schwierig: Populäre Suchmaschinen liefern häufig zu viele, zu undifferenzierte Hinweise – oder zu wenige. Auch sind die zur Verfügung gestellten Hinweise nicht ohne weiteres verwendbar. Einerseits, weil Rechtsunsicherheiten bestehen, andererseits, weil nicht mit Sicherheit davon ausgegangen werden kann, dass die Informationen richtig sind und schon gar nicht davon, dass sie authentisch sind. Die DDB stellt nur Informationen zu sorgfältig und fachkundig aufbereitetem Material zur Verfügung. Nutzerinnen und Nutzer können sich der Authentizität der Inhalte sicher sein. Die auffindbaren Informationen tragen das Gütesiegel deutscher Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen. Die DDB ist Lieferant zuverlässiger Informationen, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügen. Der DDB geht es um den Zugang zu unserem, seit Jahrhunderten öffentlich gesammelten und bewahrten, meist auch mit staatlichen Geldern erst angekauften Kulturgut – und zwar dauerhaft und ohne rein kommerziellen Zweck. Mit der DDB werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die digitale Verfügungsgewalt über das – teilweise über Jahrhunderte gewachsene – kulturelle Erbe in öffentlicher Verantwortung bleibt.

Die DDB ist damit eine echte Orientierungshilfe in der Informationsflut.

Vernetzung des Wissens

Das Portal bietet auch Gelegenheiten für Entdeckungen und Inspiration. Durch die Vernetzung der digitalen Inhalte erschließen sich Nutzerinnen und Nutzern Zusammenhänge und eröffnen sich überraschende Querverbindungen. Wer etwa nach »Beethoven« forscht, erhält sofort Sekundärliteratur, Noten, Portraits – und braucht nur einen Mausklick, um mehr zu erfahren. Die Vernetzung und Findbarmachung digitaler Inhalte über einen vereinheitlichten Sucheinstieg ist alles andere als trivial. Um digitale Inhalte auffindbar und zugänglich zu machen, bedarf es objektbezogener und anderer Erschließungsinformationen (Metadaten). Diese werden in der Regel durch die Kooperationspartner der DDB zur Verfügung gestellt und dienen dem Aufbau eines qualitativ hochwertigen Suchraums. Eine erste wichtige Leistung der DDB liegt in der syntaktischen Homogenisierung der ihr von den verschiedenen Kooperationspartnern zur Verfügung gestellten Daten und ihrer semantischen Auswertung für das Suchportal. Die Qualität der Metadaten ist entscheidend für die Qualität der Vernetzung, die mit den Metadaten erreicht werden kann. Defizite bei den Metadaten beziehen sich besonders auf den geringen Vernetzungsgrad der Beschreibungen miteinander. So sind zum Beispiel semantische Bezüge von digitalen Inhalten zu Personen nicht vereinheitlicht und im System verankert, sondern nur über textliche Identitäten realisiert. Ebenso wenig sind bislang semantische Bezüge zwischen Objekten aus unterschiedlichen Beständen und Sammlungen analysiert. Hierzu ist die Heranziehung weiterer Metadaten und Wissensbasen wie der Normdaten oder der Getty Thesaurus sinnvoll. So eröffnen sich Potenziale für den Aufbau einer umfassenden Wissensbasis, die hilft, die digitalen Inhalte und Erschließungsinformationen miteinander semantisch zu verknüpfen. Ziel ist es dabei, die Inhalte zu kontextualisieren, also zum Beispiel die Beschreibung der Objekte und ihres Entstehungshintergrundes selbst, die Beschreibung der Beziehung der Objekte zueinander, die Beschreibung der Zugehörigkeit zu einer Gruppe von Objekten. Diese Bezüge sollten transparent werden und erlauben es, weitere semantische Anreicherungen zu generieren. Perspektivisch bietet die DDB einen durch möglichst umfassende Metadatenbestände optimal kontextualisierten Zugang zu digitalen/digitalisierten Objekten aus den Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen in Deutschland. Dadurch unterscheidet sich die DDB wesentlich von der EUROPEANA, die ihren Suchraum nur auf der Basis von unmittelbar mit digitalen Inhalten verknüpften Metadaten generiert. Gleichzeitig weist die DDB auch Objekte nach, die noch nicht digitalisiert wurden; sie unterscheidet sich aber von »reinen« Metadatenaggregatoren durch die angestrebte semantische Vernetzung der Metadaten und fokussiert den Anwender auf den digitalen Inhalt. Das bedeutet einen Quantensprung in der Welt der digitalen Information und verbessert die Recherchemöglichkeiten in Forschung, Lehre und Wirtschaft grundlegend.

Durch die Vernetzung der digitalen Inhalte erschließen sich neue Zusammenhänge und eröffnen sich überraschende Querverbindungen

Urheberrecht, Katalogbildschranke, open access und verwaiste Werke

Bestehende Urheber- und Leistungsschutzrechte werden im Rahmen der DDB selbstverständlich uneingeschränkt gewahrt.

Die DDB kann gegenwärtig nur Inhalte zugänglich machen, an denen ihre Kooperationspartner entweder (etwa nach Digitalisierung eines gemeinfreien Werkes) die Rechte haben, oder aber sich mit den Rechteinhabern abgestimmt haben. Das gilt immer für 2D-Vorlagen und Text, also da wo das digitale Abbild ein Substitut der Vorlage bedeutet, aber auch für 3D-Vorlagen. Während es im analogen Umfeld auf der Grundlage der sogenannten Katalogbildschranke möglich ist, Bestände von Kultureinrichtungen (insbesondere von Museen) selbst dann bildlich zu dokumentieren, wenn an den abgebildeten Werken noch Rechte bestehen, gilt das nicht für das digitale Umfeld. Hier wäre an eine, Vorgaben hinsichtlich Bildqualität und Schutz gegen Weiterverwendungen berücksichtigende, Anpassung der Katalogbildschranke im Urheberrecht zu denken.

Der Großteil der über die DDB zugänglich gemachten digitalen Inhalte sind zunächst digitale Abbilder gemeinfreier Werke. Wenige Ausnahmen hiervon ermöglicht das Open-Access Modell. Open-Access Publikationen können über die DDB unproblematisch zugänglich gemacht werden, weil der/die Urheber im Vorhinein der Zugänglichmachung zugestimmt haben.

Die Problematik der Zugänglichmachung von verwaisten Werke, also solchen Werken, die zwar noch urheberrechtlich geschützt sind, deren Urheber aber nicht auffindbar sind, wird perspektivisch nach Erlass der RL2012/28/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über bestimmte zulässige Formen der Nutzung verwaister Werke (Abl. L 299 vom 27.10.2012, S. 5) einer Lösung zugeführt werden.

Beta und Regelbetrieb

Bis die Vision der DDB in vollem Umfang verwirklicht ist, muss jedoch noch ein weiter Weg gegangen werden. Die Digitalisierung des deutschen kulturellen und wissenschaftlichen Erbes ist ein Prozess, der auf Jahre angelegt ist. Die erste öffentliche Beta-Version vermittelt bereits einen Eindruck von den Möglichkeiten, die die DDB im Regelbetrieb bieten wird. Die Reaktionen auf den Beta-Launch waren durchweg positiv, die Medien in ganz Deutschland sprachen von einem »Meilenstein«. »Virtuelle Wunderkammer«, urteilte etwa DIE WELT, die FAZ sprach vom »deutschen Digital-Gral«. Die Funktionen des Portals werden nun kontinuierlich erweitert. Ab 2012 werden sukzessive weitere Funktionen hinzukommen, so etwa die Möglichkeit, persönliche Sammlungen anzulegen, weitere Wissensgraphen, die zu Neben- und Unterthemen führen und kuratierte virtuelle Ausstellungen. Die Zahl der teilnehmenden Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen wird stetig steigen und damit auch die Zahl der auffindbaren Bestände.

Ellen Euler für die Geschäftsstelle der Deutschen Digitalen Bibliothek bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin

Chance für die Vielfalt der Spiele nutzen

Wie mit Crowdfunding Computerspiele finanziert werden

FELIX ZIMMERMANN

Das Spielejahr 2012 war das Jahr der Spiele, die mit neuen Konzepten, ungewöhnlichen Ideen und echtem künstlerischen Mehrwert zu begeistern wussten. Da brachten uns die Adventure-Experten von »Telltale Games« das in Episoden veröffentlichte »The Walking Dead« und zeigten, wie man auch ohne ein riesiges Budget eine packende, anrührende Geschichte erzählen kann. »ThatGameCompany« konnte dieses Jahr mit »Journey« zeigen, dass Videospiele tatsächlich zu einem künstlerischen Erlebnis werden können, indem sie mit ihrem minimalistischen, stimmungsvollen Artdesign und der fast schon hypnotischen Sogwirkung der Spielwelt die Spielerschaft begeisterten.

Neue Projekte mit der Öffentlichkeit teilen und so die nötigen Mittel akquirieren

Wenn es doch nur eine Möglichkeit gäbe, kleine, unabhängige Spielefirmen, ja vielleicht sogar nur einzelne kreative Entwickler zu fördern, damit wir in den nächsten Jahren noch mehr innovative Werke zu spielen bekommen! Welch ein Glück: Die gibt es und sie nennt sich »Crowdfunding«.

»Crowdfunding« ist ein sehr junger Begriff und beschreibt per Definition den gemeinschaftlichen Einsatz von Einzelpersonen, die sich verbinden – vornehmlich über das Internet – und Geld sammeln, um Projekte zu realisieren, die von Einzelpersonen oder Organisationen initiiert wurden. Während sich in den USA erste Crowdfunding-Projekte schon um die Jahrhundertwende herum realisieren ließen, gelangte der Begriff erst 2006 vermehrt in den Fokus der Öffentlichkeit, als der Journalist Jeff Howe angelehnt an seine Definition des Begriffs »Crowdsourcing« erste Ansätze für Crowdfunding entwickelte. Onlineplattformen wie Indiegogo, Rockethub, Rock The Post, und vor allem das 2008 gegründete Kickstarter bieten die Möglichkeit, Projekte mit der Öffentlichkeit zu teilen und so die nötigen finanziellen Mittel anzusammeln.

Während per Crowdfunding theoretisch Projekte aus nahezu allen Bereichen gefördert werden können, die man sich vorstellen kann, so waren es 2012 vor allem die Videospiele, die für Schlagzeilen sorgten.

Als Tim Schäfer, seines Zeichens Videospielentwickler und beteiligt an den großen Point&Click-Adventures der 90er-Jahre wie z.B. »Monkey Island« und »Day of the Tentacle«, mit seiner Firma »Double Fine Productions« das Konzept für ein neues Point&Click-Adventure mit dem Namen »Double Fine Adventure« im Februar bei Kickstarter online stellte, konnte noch keiner ahnen, welchen Erfolg die Finanzierung haben würde. Die benötigten 400.000 US-Dollar erreichte man schon nach acht Stunden; nach einem Tag konnte man schon über eine Million US-Dollar vorweisen, was dem Projekt eine nicht zu verachtende Medienpräsenz einbrachte.

Nicht ohne Grund wird die derart erfolgreiche Finanzierung von »Double Fine Adventure« als Startschuss für einen regelrechten Videospiel-Boom im Crowdfunding-Bereich bezeichnet (2012 wurden insgesamt 83.144.565 US-Dollar für die Förderung von Videospielen auf kickstarter.com ausgegeben!).

Weitere Projekte wie z.B. »Project Eternity« von den Rollenspiel-Profis von »Obsidian Entertainment«, das alleine 3.986.929 US-Dollar einnahm, folgten und setzten den Siegeszug der schwarmfinanzierten Videospiele im Jahr 2012 fort.

FOTO: BOING / PHOTOASE.COM

Ausweg bei knappen Kassen? Computerspieleentwickler entdecken Crowdfunding als Finanzierungsmöglichkeit.

Doch woher kommt dieser immense Erfolg? Zum einen erhalten Unterstützer bestimmte Gegenleistungen, z.B. eine Kopie des fertigen Spiels oder bei bestimmten Geldmengen sogar eine Nennung im Abspann. Tatsächlich aber liegt der Hauptgrund in der Einstellung der Spielerschaft selbst. Ein Charakteristikum von dieser ist es nämlich, Spielefirmen und auch einzelnen Entwicklern mit einer immensen Vertrauensbasis für herausragende Videospiele zu danken. Dies führt dazu, dass manche Entwickler fast schon ikonenhaft verehrt werden und eine Art Narrenfreiheit unter Videospielern genießen. Zu diesen Entwicklern gehören z.B. der eben genannte Tim Schäfer oder auch Chris Roberts, der in den 1990er-Jahren vor allem durch die Weltraumspiele »Wing Commander« von sich Reden machte und eine breite Fanbasis aufbaute. Diese unterstützt ihn nun mit dem Vertrauen, das er benötigt, um mit »Star Citizen« die Weltraumspiele wiederzubeleben.

Hinzu kommt Folgendes: Die Videospieler, die mit den Videospielen der 1990er-Jahre aufgewachsen sind und für die Personen wie Schäfer und Roberts die großen Helden ihrer Kindheit sind, sind nun vornehmlich in einem arbeitsfähigen Alter und verdienen ihr eigenes Geld. Dies trifft sich natürlich hervorragend, da sie nun so ihre alten Idole unterstützen können.

Doch nicht nur für solch große Projekte ist Crowdfunding eine hervorragend Möglichkeit. Auch kleine Spiele wie »Faster Than Light« konnten realisiert werden und wurden sogar schon veröffentlicht. So können schwarmfinanzierte Spiele eine echte Alternative zu den Spielen der großen Publisher werden und diese mit erfolgreichen Innovationen unter Druck setzen. Diese neue Konkurrenz kann für die Vielfalt im Videospielbereich nur förderlich sein. Doch eines muss klar sein: Sollten die bereits finanzierten Großprojekte ihr Vertrauen nicht in Form von großartigen Spielen zurückzahlen können, so könnte aus der Crowdfunding-Euphorie sehr schnell eine Depression werden.

Felix Zimmermann ist Student

Blätterrauschen: Börsenblatt – Wochenmagazin für den Deutschen Buchhandel

Schon seit 1834 erscheint das »Börsenblatt«, das Verbandsorgan des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels. Die wöchentlich erscheinende Fachzeitschrift ist die anzeigen- und auflagenstärkste der Buchbranche. Die Auflage des »Börsenblatts« beträgt 11.000 Exemplare.

Das »Börsenblatt« richtet sich an Verlage, Buchhandlungen, Bibliotheken, Zwischenbuchhändler, Autoren, Journalisten und andere Kulturschaffende sowie an alle an der Buchbranche interessierten Leser.

In der »Wochenschau« findet der Leser Kurzmeldungen zu aktuellen Themen. In den Rubriken »Markt«, »Management«, »Medien« und »Menschen« sind Beiträge und Interviews zu allen relevanten Neuigkeiten und interessante Hintergrundinformationen aus und über die Buchbranche zu lesen. Natürlich sind auch verschiedene Bestsellerlisten und eine Vielzahl an Neuerscheinungen Bestandteil jeder Ausgabe. In der Rubrik »Börsenverein« sind die verbandsspezifischen Informationen untergebracht.

Neben den regulären Ausgaben veröffentlich das »Börsenblatt« auch Extra-Hefte mit ausführlichen Themenschwerpunkten. Zusätzlich zur wöchentlichen Zeitschrift werden Spezialausgaben zu branchenrelevanten Themen herausgebracht. Die letzten Spezialhefte widmeten sich etwa Themen wie dem Kinder- und Jugendbuch, Lernhilfen oder Krimis und Thrillern. Hier wurde beispielsweise der aktuelle Krimimarkt analysiert, Autoren des Genres interviewt, Lesetipps gegeben und die Krimi-Bestsellerliste veröffentlicht.

Das »Börsenblatt« gibt es auch online. Unter *www.boersenblatt.net* werden laufend aktualisierte Nachrichten geboten, darüber hinaus ist ein zusätzliches Serviceangebot zu finden. Hier können die Besucher der Seite auch Artikel direkt kommentieren und so an den aktuellen Diskussionen der Buchbranche teilnehmen.

Ein Abonnement des »Börsenblatts« kann unter *www.mvb-online.de/bbl_abo* bezogen werden.

Andrea Wenger ist Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates

Herausgeber

Börsenverein des Deutschen Buchhandels e.V.

Verlag

MVB Marketing- und Verlagsservice des Buchhandels

Chefredakteur

Thorsten Casimir

Erscheinen / Auflage

wöchentlich / 11.000 Exemplare

Inhalt

Neuigkeiten und Hintergrundinformationen rund um die Buchbranche

Zielgruppe

Verlage, Buchhandlungen, Bibliotheken, Zwischenbuchhändler, Autoren, Journalisten und andere Kulturschaffende

Titelthemen der letzten Ausgaben

- Leipzig lässt grüßen: Themen und Termine der Frühjahrsmesse
- Spezial: Kinder- und Jugendbuch
- Amazons Logistiknetz: Warum die Standortsuche schwierig ist

Kurz-Schluss

Wie ich einmal für unser Land den Sinn der Räterepublik völlig neu erfand

THEO GEISSLER

Dank meines Entdeckers und – oft genug hat er seine schützende Hand über mich gehalten – Förderers Wolfgang Schäuble bin ich als »eingebetteter Journalist« in zahlreichen Ministerien unseres Landes herumgekommen. Kein Auftrag freilich führte mich in ein derart heruntergekommenes wie das Bayerische Ministerium für Wissenschaft und Kunst. Eigentlich sollte ich für Wolferl (wir sind sehr vertraut) mal checken, was Landesvater Horst Seehofer mit seinem rot-schwarz-grünlich schillernden Drehhalskurs wirklich vorhat – außer mit absoluter Mehrheit wiedergewählt zu werden. Angela killen? Bayern zum »Freistaat« erklären? Sich final vor dem Länderfinanzausgleich drücken?

Ganz sicher wurde ich verpfiffen. Schäuble fällt gelegentlich sentimental auf weißhaarige Altgediente rein, trinkt mit ihnen ein Schöppchen Trollinger – in diesem Fall ein Weißbier zu viel – und schon stand ich auf Gerda Hasselfeldts Warnliste nach Münchens Karinhall. Also landete ich nicht, wie erhofft in der Staatskanzlei, sondern bei einem Auslaufmodell namens Wolfgang Heubisch, Zahnarzt und einer von Seehofers FDP-Kompromiss-Ministern – also im Polit-Leichenschauhaus. Dass solch ein Ministerium für Wissenschaft und Kunst auch in anderen Bundesländern oft als Schrottpresse für parteilich unerwünschte Politiker-Karrieren dient, liegt mangels allbekannter geringer gesellschaftlicher Bedeutung der zu verantwortenden Gegenstände auf der Hand. Wie viel eigentlich gut ausgebildetes, fein bezahltes und auch noch beamtenrechtlich bestens abgesichertes Personal sich in solch einer Prunk-Hütte herumtreibt, war mir offen gestanden nicht bewusst. Meine Bruchlandung endete im Papierkorb eines Rates namens Manfred Hillig, angeblich zuständig für den Jazz in Bayern, obwohl es den gar nicht gibt.

Ähnlichermaßen tummeln sich allein in Bayerns Kunst- und Wissenschaftsverwaltung ungefähr hundert Ministerialräte. Unkündbar und dank der Inkompetenz des schnell wechselnden Chef-Impotenzials gewissenlos mit stattlichen Etatbrocken versehen samt Einfluss auf Inhalte, die in ihrer Ressortbeschreibung gar nicht vorkommen. Genau betrachtet sind sie dann die staatlichen Investoren, Steuergeld-Verteiler – und werden von den zivilgesellschaftlichen »Bittstellern« auch als Halbgötter in Grau mit gesprenkelter Krawatte angebetet. Sogenannte »Ehrenamtliche« empfangen regelmäßig kompensatorisch Würdigung durch Verleihung von Synthetik-Gamsbärten, Lodenfrey-Schützenhüten und strass-steinbehafteten Blechmedaillen unerheblicher Inschrift. Ein wenig Zeit habe ich gebraucht, um den futuristischen Sinn dieser Konstruktion, um das fette gesellschaftliche Chancenreservoire für Gesamtdeutschland wirklich zu erkennen. Und es hat mich ein wenig gedemütigt, dass all diese Fakten auf Bundesebene offensichtlich längst durchschaut wurden. Dass die nötigen Konsequenzen daraus mittlerweile politische Realität sind. Worum geht es wirklich: Unser Land braucht Führung – die Kanzlerin lebt es vor. Unser Land braucht im globalen Wettbewerb Professionalität. Unsere Banken- und Wirtschafts-Lenker leben es vor. Die Bürger unseres Landes werden – dank herrlich gleichgeschalteter Medienästhetik – auf solche Herausforderungen immer besser vorbereitet. Börsentelegramm, fünf Minuten lang vor der »Tagesschau« im »Ersten« – »Börseninfo« im »Zweiten«. Bloomberg.

Als hinderlich erweisen sich freilich immer wieder sogenannte zivilgesellschaftliche Strukturen, Bürgerinitiativen, schlimmer noch: gewachsene Vereine mit sogenannt werthaltigen Statuten. Grobes Geschwafel. Durch überkommene Gschaftelhuberei gerade im Kulturbereich (dessen gesellschaftlicher Einfluss gottlob global und medial schon deutlich geschrumpft wurde) – lähmen diese altväterlichen Fehlkonstrukte immer noch notwendige Innovation.

Einige erste Schritte zur Beseitigung dieser Fehlentwicklung haben unsere gut ausgestatteten Staatsdiener-Kasernen – die Ministerien eben – erfolgreich unternommen. Längst fällig war der Abschied von sogenannter »institutioneller Förderung«. Damit hätte (und hatte) man ja (viel zu lang ist das geschehen) Kontinuitäten geschaffen, deren Wirkung außerhalb ministerieller Einflussnahme und Kompetenz lag. Was ist besser als ein hochqualifizierter, hochfinanzierter Beamtenapparat? Den freilich gilt es, nach außen modern zu verkaufen. Dazu eignet sich das Instrument »Projektförderung« bestens.

Man vergibt – unter strengen Controlling-Bedingungen – Mittel für zumindest kurzfristig Werbewirksames: Inklusion, Integration, Neue Musik, Alte Musik, Museums-Neubauten, Film-Förderung, Bildungs-Bündnisse. Das klingt schon mal nicht so altbacken wie »Akademie der Künste«, »Deutscher Kulturrat« oder »Volkshochschul-Bund«. Ist dank zeitlicher Begrenzung prima überschaubar und: lässt sich einfach besser verkaufen. Obendrauf gibt es nämlich hübsche Fotos und Video-Clips mit Ministern, Ministerialräten und Kindern, Künstlern, Sozialarbeitern, und vor allem natürlich Kindern. Die sind ja unsere Zukunft.

Jetzt darf ich endlich wieder in Erscheinung treten – bundesweit: Der Begriff »Rat« ist schon positiv besetzt. Hunderte Rat-Gebersendungen – von »WiSo« über »Wer wird Millionär« bis Astro-TV haben den Boden bereitet. Da steht ein »Ministerial-Rat« doch als eine Art Super-Kompetenzzentrum mit beiden Beinen unterm Schreibtisch. Auch ein Land wie das unsere bedarf gerade im Kulturbereich einer gesunden Hierarchie innerhalb ökonomisch sinnvollen geistigen Freiraumes. Und wo anders könnte die beginnen – denn in den sozial abgesicherten, stressfreien Denkstübchen unserer Ministerial-Bürokratie. Guter Rat ist teuer. Muss uns teuer sein. Mindestens so teuer wie all die Ministerialräte in unserer real existierenden Räte-Republik. Da werde ich doch gern die Ober-Ratte. Wolfgang ruft…

Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur

KURZNACHRICHTEN

Grüne Fraktionsklausur
Der Präsident des Deutschen Kulturrates Max Fuchs nahm bei der Klausur der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen am 12. Januar 2013 in Weimar zu den Anforderungen an eine künftige kulturelle Infrastruktur Stellung. Er verdeutlichte, dass Partizipation und Teilhabe die Maßstäbe sein müssen, an denen sich Kultureinrichtungen messen lassen müssen. Er sah hier bei einigen Einrichtungen noch Handlungsbedarf.

FSJ Digital
Am 20. Februar 2013 führte die AG Bürgerschaftliches Engagement der SPD-Bundestagsfraktion ein Fachgespräch zur Einrichtung eines FSJ (Freiwilliges Soziales Jahr) Digital durch. Mitglieder der Internet-Enquete haben die Durchführung eines Modellprojekts vorgeschlagen, um zu erproben, wie junge Menschen in Schulen und Mehrgenerationenhäusern den Umgang mit digitalen Medien vermitteln. Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann, nahm als Experte an dem Fachgespräch teil und bewertete, wie die Vertreter aus den Freiwilligendiensten, den Vorschlag sehr skeptisch. Weder ist die pädagogische Ausrichtung noch die Zielgruppe eines FSJ Kultur klar geworden. Auch gibt es bereits ausgewiesene Arbeitsfelder im Bereich der Medienpädagogik im FSJ Kultur. Positiv war die von der SPD-Abgeordneten Ute Kumpf angestoßene Diskussion zu einem zukünftigen Arbeitsschwerpunkt »Engagement digital«.

Internet-Enquete schließt ihre Arbeit ab
Die Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft« des Deutschen Bundestages hat ihre Arbeit nach gut zweieinhalb Jahren abgeschlossen. Die Kommission verabschiedete Ende Januar die letzten Zwischenberichte mit Handlungsempfehlungen und ihren Schlussbericht.

KARIKATUR: DIEKO MÜLLER

IMPRESSUM

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103,
10115 Berlin
Telefon: 030 . 24 72 80 14
Fax: 030 . 24 72 12 45
www.politikundkultur.net
info@politikundkultur.net

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Stefanie Ernst (Chefin vom Dienst),
Andrea Wenger, Barbara Haack,
Andreas Kolb , Carolin Ries

REDAKTIONSASSISTENZ
Tatjana Gridnev,
Verena Schmidt

ANZEIGENREDAKTION
Martina Wagner
Telefon: 0941 . 945 93 35
Fax: 0941 . 945 93 50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23
93053 Regensburg
www.conbrio.de

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
Ilja Wanka und 4S Design

LAYOUT UND SATZ
Petra Pfaffenheuser

Politik & Kultur erscheint 6 mal im Jahr.

ABONNEMENT
18 Euro pro Jahr
(inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Politik & Kultur
Chausseestraße 103,
10115 Berlin
Telefon: 030 . 24 72 80 14
Fax: 030 . 24 72 12 45
info@politikundkultur.net

VERKAUFSSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikundkultur.net auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates (2–3 mal pro Woche) unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates wieder.

HINWEISE
Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der jeweils nächsten Ausgabe nennen. Sollte in Beiträgen auf das generische Femininum verzichtet worden sein, geschah dies aus Gründen der besseren Lesbarkeit. Selbstverständlich sind immer weibliche als auch männliche Gruppenangehörige einbezogen.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

Kultur bildet.

Beiträge zur kulturellen Bildung

Ausgabe Nr. 2 – März 2013

ISSN 2191-5792

Kulturelle Teilhabe und kulturelle Bildung – zwei Seiten einer Medaille
Max Fuchs 2

Kulturloge – Kultur für alle!
Hilde Rektorschek 3

Die Kunst steht im Vordergrund
Martin Georgi 3

Partizipationsfaktor und Identitätswahrung
Athena Leotsakou 4

Zielgruppenbestimmung!
Christian Höppner 4

Ist das alles oder brauchst du noch was?
Martin Bauer-Stiasny, Martin Kypta und Elisabeth Ries 5

Nachgefragt 6

Ein wenig Zerstreuung vor dem Unvermeidlichen?
Almuth Fricke 6

Wer will was wissen?
Olaf Zimmermann 7

Kurz und knapp 8

Impressum 8

… die Grundlage jeder Bildung. Deshalb achten wir trotz finanzieller Restriktionen der Kommunen auf ein dauerhaft bedarfsgerechtes Angebot an Musikschulen, Volkshochschulen, Museen, Soziokulturellen Zentren und vielen anderen Formen kultureller Bildung.

Jörg Freese → Beigeordneter im Dezernat V des Deutschen Landkreistages

… allgemeine Bildung im Medium der Künste.

Winfried Kneip → Leiter des Kompetenzzentrums Bildung und Mitglied der Geschäftsleitung der Stiftung Mercator

… ein kreativer Prozess, bei dem die Kommunikation und die Partizipation der Beteiligten eine große Rolle spielt. Kulturelle Bildung ist Ausdruck, ist Dialog, ist Beteiligung und Bewegung – und soll allen Menschen zu Gute kommen!

Karin Kaltenbach → Leiterin der AWO Bundesakademie

… der Erwerb von Wissen und Techniken in musisch-künstlerisch-kreativen Ausdrucksformen und die Entwicklung eines ästhetischen Empfindens. Dies als Voraussetzung für kulturelle Teilhabe. Wichtig dabei: Freude und stete Offenheit für Neues, Anderes, Fremdes.

Andrea Schwermer → Sekretariat der Kultusministerkonferenz, Referat II A – Allgemeinbildendes Schulwesen

… wie die Schreibfeder in Goethes Hand, der Pinsel von Gerhard Richter oder die Stimmbänder von Jessye Norman: Ohne sie können wir großartige Ideen entwickeln, sie aber nicht mit Leben füllen!

Christian Höppner → Vorsitzender des Fachausschusses Bildung des Deutschen Kulturrates

… wichtig für jeden von uns. Sie fördert die Persönlichkeitsbildung und -entwicklung wie das Gemeinwohl und ist ein zentrales kultur- und bildungspolitisches Anliegen.

Uta Losem → juristische Referentin für Kultur im Kommissariat der deutschen Bischöfe

… wichtiger Bestandteil einer umfassenden Persönlichkeitsbildung. Sie ermöglicht die Teilhabe am kulturellen Leben und befähigt, sich mit Kunst, Kultur und Alltag fantasievoll auseinander zu setzen.

Hans-Peter Bergner → Leiter des Referates Jugend und Bildung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

… ein politischer Auftrag. Für eine kulturvermittelnde Infrastruktur, ein Curriculum ästhetischen Lernens, ein kommunalpolitisches Konzept zur Konvention kultureller Vielfalt, um künstlerische Interessen und Stärken zu entdecken, auszubilden und zu reflektieren.

Wolfgang Schneider → geschäftsführender Direktor des Instituts für Kulturpolitik der Universität Hildesheim

… Kulturen darzustellen und zu erleben, sich mit Lebenskultur und künstlerischer Kultur auseinanderzusetzen, Offenheit gegenüber dem kulturell Neuen und Fremden in Freude und Respekt zu entwickeln – sie ist der Schlüssel zur Verständigung zwischen Kulturen.

Mareike Schams → Fachreferentin im Verband der Volkshochschulen von Rheinland-Pfalz e.V.

… die Fähigkeit, mein eigenes Projekt des guten Lebens realisieren zu können.

Max Fuchs → Präsident des Deutschen Kulturrates

… ein individueller Prozess der Bildung eines Menschen in der Auseinandersetzung mit Künsten, den wir nicht erzwingen und niemandem abnehmen können. Aber wir müssen die strukturellen und konzeptionellen Rahmenbedingungen schaffen, damit er möglich wird.

Gerd Taube → Vorsitzender der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ)

Kulturelle Bildung ist für mich …

Kulturelle Teilhabe und kulturelle Bildung

zwei Seiten einer Medaille

Reflexionen und Gedanken zu Begrifflichkeiten, die den Kern unseres Menschenbildes berühren — *Max Fuchs*

Es ist interessant, die Konjunktur von Begriffen zu beobachten und sich zu fragen, warum plötzlich ein Begriff in aller Munde ist. Zur Zeit scheint alle Welt von »Teilhabe« zu sprechen. Dies weist darauf hin, dass der von diesem Begriff erfasste Sachverhalt im Alltag ständig präsent ist, sei es als schmerzlich empfundener Mangel oder als Sachverhalt, der wichtig und mit dem man zufrieden ist. Man wird sehen. In jedem Fall verdient dieser Begriff die öffentliche Aufmerksamkeit, die er zur Zeit erhält. Denn er ist das am höchsten abgesicherte Ziel unterschiedlicher Politikfelder: Am 10. Dezember 1948 verabschiedete die Generalversammlung der (damals noch jungen) Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als Resolution 217A (III). Hintergrund war natürlich zunächst die noch frische Erinnerung an den erst kurz zurückliegenden Zweiten Weltkrieg.

Allerdings reicht die Geschichte der Menschenrechte weiter zurück: Es sind Traditionsbestände aller Weltkulturen in der Geschichte der Menschheit zu finden. Insbesondere sind die bedeutenden Vorläufer in den englischen Revolutionen im 17. Jahrhundert, der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung im 18. Jahrhundert (Bill of Rights, Unabhängigkeitserklärung) und die feierliche »Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte« 1789 im Kontext der Französischen Revolution zu nennen. Es geht um den Schutz der Freiheit des Einzelnen vor äußeren Mächten. Damit wird deutlich, dass eine Vision von beidem, vom Menschsein und von der Ordnung der Gesellschaft, die Grundlage der Allgemeinen Erklärung bildet, was später zu bis heute noch nicht beendeten Debatten über eine spezifisch westliche Prägung der Menschenrechte geführt hat. Die zentralen Stichworte werden bereits im ersten Halb-Satz der Präambel der Allgemeinen Erklärung genannt: »Da die Anerkennung der allen Mitgliedern der menschlichen Familie innewohnenden Würde und ihrer gleichen und unveräußerlichen Rechte die Grundlage der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt bildet …«. Obwohl es sich um Rechte handelt, man sich also auf einen juristischen Kontext verwiesen sieht, handelt es sich bei der Allgemeinen Erklärung eher um eine philosophisch-politische Selbstverständigung, um eine stark normative Setzung, die ein bestimmtes Menschenbild festlegt, ohne es weiter zu begründen.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (Art. 27)

1.
Jeder hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben.

2.
Jeder hat das Recht auf Schutz der geistigen und materiellen Interessen, die ihm als Urheber von Werken der Wissenschaft, Literatur oder Kunst erwachsen.

Die Art des Zustandekommens (eine einfache Abstimmung der Generalversammlung, eine »Resolution«) genügte allerdings nicht, um eine völkerrechtlich verbindliche Bindekraft zu haben. Daher setzte man viel Energie ein, um eine verbindliche Konvention zu bekommen, die dann auch von jedem einzelnen Mitgliedsstaat ratifiziert werden musste. Denn erst dann hätte man eine völkerrechtlich relevante Setzung, die bindend für die beteiligten Staaten ist. Dass dies nicht gelungen ist, zeigt die politische Brisanz: Denn es gibt zwei Typen von Regelungen in der Allgemeinen Erklärung, Schutzrechte und Anspruchsrechte, die jeweils unterschiedlich von den Staaten gewertet werden. Politisch verlief seinerzeit eine deutliche Grenze zwischen West und Ost: Während der Westen den Akzent primär auf die Schutzrechte legte, legte der sozialistische Osten größeren Wert auf die Anspruchsrechte. Und hier kommt Teilhabe ins Spiel. Es geht dabei um verschiedene Formen von Teilhabe: Bei dem Recht auf Arbeit oder Wohnen geht es um ökonomische Teilhabe, es geht zudem um politische Teilhabe, also um das Recht auf gesellschaftliche Mitgestaltung, es geht um soziale Teilhabe, also darum, in der Lage zu sein, soziale Beziehungen einzugehen, und zuletzt – so Artikel 26 und 27 der Allgemeinen Erklärung – um das Recht auf Bildung und das Recht auf kulturelle Teilhabe, genauer: »um das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben.« (Art. 27 (1)). Offensichtlich gehören Teilhaberechte zu den Anspruchsrechten und bei diesen gilt ein Nullsummenspiel: Um den einen etwas zu geben, muss man anderen etwas nehmen, kurz: Es geht um Umverteilung. Das ist auch der Grund dafür, warum westliche Länder vorsichtiger mit diesem Typus umgegangen sind, denn sie entsprachen zwar der Idee einer sozialen, nicht aber der Ordnungsvorstellung einer liberalen Marktwirtschaft. Man setzte daher die Allgemeine Erklärung in zwei Pakten um, die 1966 verabschiedet, aber erst 1976 in Kraft gesetzt wurden. Ein zähes Ringen also. Seither findet sich das Recht auf Teilhabe in vielen Einzelpakten: der Kinderrechtskonvention, der Behindertenrechtskonvention, der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt etc. Das Recht auf soziale, ökonomische, politische und kulturelle Teilhabe ist also geltendes Recht, zumal es in Einzelgesetzen – etwa dem Sozialgesetzbuch – vielfältige Bezüge auf die unterschiedlichen Konventionen und Pakte gibt.

Dieser lange Vorspann war wichtig, um deutlich zu machen, dass man sich bei der Debatte um Teilhabe im Kernbereich des Selbstverständnisses unseres Menschenbildes und unserer politischen Ordnung befindet: Es geht um die Würde des Menschen, also um den Basisartikel 1 unseres Grundgesetzes. Umso schmerzhafter muss daher die Antwort auf die eingangs gestellte Frage ausfallen: Die häufige Thematisierung von kultureller Teilhabe hängt damit zusammen, dass wir es mit einem empfindlichen Defizit zu tun haben. Weder ist der alte Slogan »Bildung für alle« von Comenius zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges, noch das Erhardsche Versprechen von 1956 »Wohlstand für alle« und eben auch nicht die Hoffmann-Formel »Kultur für alle« Realität geworden. Die Schere zwischen Arm und Reich geht vielmehr immer weiter auseinander (so bestätigt es die OECD in ihren regelmäßigen Berichten), PISA legt immer wieder die Finger auf die Wunde, dass das Ziel »Bildung für alle« längst nicht erreicht ist und Nutzerstudien im Kulturbereich zeigen, wie weit entfernt das Hoffmannsche Ziel einer Demokratisierung der Kultur noch ist. Ich will an dieser Stelle nicht die dramatischen Zahlen wiederholen, wie gering das Interesse Jugendlicher an Angeboten der Kultureinrichtungen ist, wie wenig Migranten berücksichtigt werden etc., sondern auf einige wichtige Zusammenhänge hinweisen. Zum einen ist darauf hinzuweisen, dass die unterschiedlichen Teilhabemöglichkeiten (sozial, ökonomisch, politisch, kulturell) eng zusammengehören. Der Sozialpolitikforscher Franz Xaver Kaufmann hat zudem seinerzeit am Beispiel der sozialen Teilhabe gezeigt, dass es Stellschrauben gibt, mit denen man Teilhabe verbessern kann: rechtliche Zugangsbedingungen (etwa Wahlberechtigung von Migranten), geographische Bedingungen (etwa die Erreichbarkeit von Einrichtungen), finanzielle Schwellen (Eintrittsgelder) und eben auch: Bildung. Bildung wiederum entsteht dadurch, dass man selber aktiv wird, denn Bildung ist Selbstbildung. Insbesondere entwickelt man seine Bildung dadurch, dass man teil hat am kulturellen Leben, ganz so, wie es Art. 27 als Recht formuliert. Was wie ein Zirkelschluss aussieht (Bildung als Voraussetzung von Teilhabe, Teilhabe als Bedingung von Bildung) zeigt, dass es sich bei Teilhabe und Bildung um Kategorien auf derselben Stufe handelt: Man kann das eine nicht ohne das andere haben.

Zur Zeit scheint alle Welt von »Teilhabe« zu sprechen.

Bei allen inneren Zusammenhängen der unterschiedlichen Teilhabeformen gibt es natürlich Unterschiede. Dies kann man am Beispiel der »Gleichheit« – ebenfalls eine zentrale Forderung der Moderne – in den verschiedenen Teilhabeformen zeigen. In politischer und in rechtlicher Hinsicht ist die Gleichheit jedes Einzelnen ehernes Gesetz. In ökonomischer Hinsicht ist man dagegen bereit, erhebliche Unterschiede – also Ungleichheit – hinzunehmen. Erst recht gilt dies in kulturellen Kontexten: »Kultur« ist ein Begriff der Vielfalt und nicht der Gleichheit. »Kultur für alle« kann daher nicht heißen, dieselbe Kultur für jeden einzelnen, sondern ein gleiches Recht auf eine individuelle kulturelle Praxis. Allerdings ist hierbei zu bedenken: Es gibt auch hier eine grundsätzliche Gleichheit, nämlich im grundsätzlich gleichen Anspruch der individuell präferierten »Kultur« auf Zugang zur öffentlichen Förderung: Es gibt einen Anspruch auf Verteilungsgerechtigkeit bei den knappen öffentlichen Finanzressourcen. Und hier eröffnet sich das aus meiner Sicht zentrale Problem in der Kulturpolitik: Jeder, der sich mit den kultursoziologischen Befunden – etwa von Pierre Bourdieu – zu dem Zusammenhang von ästhetischen Präferenzen und sozialem (und politischem) Status befasst hat und wer sich zugleich an die oben angesprochenen Nutzerzahlen erinnert, wird erkennen, dass ein erhebliches Legitimationsproblem anwächst. Denn es wird ein großer Teil unserer Gesellschaft, der mit seinen Steuern an der Finanzierung der kulturellen Infrastruktur beteiligt ist, nicht hinreichend von dieser berücksichtigt. Und diese Schere geht ebenfalls auseinander, sodass in naher Zukunft durchaus eine kritische Grenze erreicht werden könnte. Es sind also erhebliche Anstrengungen nötig, um zum einen die Idee gleicher Zugangschancen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen zur öffentlichen Kulturförderung zu realisieren. Zum anderen sind in Kultureinrichtungen – durchaus in der Praxis punktuell vorhandene – Ansätze zu intensivieren, ein breiteres Publikum zu erreichen. Dies sollte gerade in der heutigen Situation sogar einfacher sein als früher. Denn der oben vorgestellte systematische Zusammenhang von Teilhabe und Bildung wird zur Zeit durch erhebliche Anstrengungen im Bereich der kulturellen Bildung in der Praxis unterstützt. Die Verbesserung der kulturellen Bildung kann – so wie es oben beschrieben wurde – daher auch dazu dienen, die kulturelle Teilhabe auch von jenen Menschen verbessern zu helfen, die bislang zu wenig berücksichtigt werden. Dies ist von zentraler Bedeutung. Auf die leichte Schulter können die Einschränkungen an Teilhabe nämlich nicht genommen werden. Denn – wie gezeigt – befindet man sich auch bei der kulturellen Teilhabe nicht im Luxusbereich unserer Gesellschaft, sondern vielmehr in ihrem Kernbereich, in dem auch über die Legitimität unserer politischen Ordnung entschieden wird. Man mag sich nur daran erinnern, dass das Gegenteil von Teilhabe Ausgrenzung ist.

Bildung wiederum entsteht dadurch, dass man selber aktiv wird, denn Bildung ist Selbstbildung.

Max Fuchs *ist Präsident des Deutschen Kulturrates*

Kulturloge – Kultur für alle!

Rund 12 Millionen Menschen in Deutschland gelten als armutsgefährdet. Kulturveranstaltungen können sich ärmere Menschen oftmals nicht leisten. — *Hilde Rektorschek*

Eine alte Weisheit ist »Der Mensch lebt nicht vom Brot allein« ebenso wie »Kultur ist geistige Nahrung«. Trotzdem werden immer mehr Menschen vom kulturellen Leben ausgeschlossen. Dies geschieht nicht etwa aus mangelndem Interesse, sondern aus Geldnot.

Auf der einen Seite bleiben im Theater, Kino oder bei Konzerten zahlreiche Plätze leer, auf der anderen Seite wird den Menschen mit geringem Einkommen der Zugang zu kulturellen Veranstaltungen verwehrt. Diese Tatsache greift die Kulturloge Marburg im Oktober 2009 als erste deutsche Kulturloge auf und ermöglicht Menschen mit wenig Geld den kostenlosen Besuch von kulturellen Veranstaltungen. In einem persönlichen Telefongespräch vermittelt sie nicht verkaufte Eintrittskarten, die Kulturveranstalter zur Verfügung stellen, an die Kulturgäste. Ehrenamtliche Helferinnen lassen beim Veranstalter die Karten an der Abendkasse auf den Namen des Gastes hinterlegen. Wichtig ist es, dass die Gäste persönlich eingeladen werden, und dass ihre Würde auch dem Veranstalter gegenüber gewahrt bleibt. Soziale Initiativen haben den Part der Anmeldung übernommen, so dass die Aufnahme der Kulturgäste unbürokratisch und respektvoll erfolgt.

Über die Grundsätze der Kulturloge »behutsam – würdevoll – nachhaltig« ist es gelungen, dass Kulturgäste eine Vertrauensbasis und ein nettes Miteinander mit den Ehrenamtlichen aufgebaut haben. In Marburg konnten inzwischen 6.000 Gäste Platz nehmen. Die Kulturgäste freuen sich über regelmäßige kulturelle Angebote und erzählen von ihrem Alltag, von ihren Kindern und von den schon besuchten Veranstaltungen.

Ältere Menschen sehen ihr Leben neu aufgebaut, weil sie dachten, nie mehr ein Theater oder einen Konzertsaal von innen zu sehen. Junge Familien und Alleinerziehende interessieren sich für die kulturelle Bildung ihrer Kinder und können gemeinsam mit ihnen ausgehen. Besonders auch Kinder und Jugendliche mit alleinerziehenden Elternteilen und Familien mit mehreren Kindern profitieren von der Kulturloge. Inzwischen haben die Kinder der Kulturgäste die Möglichkeit, an Theaterpatenprojekten, Kunstkursen und Workshops teilzunehmen. Sie werden somit in die Kulturlandschaft eingebunden, denn wer in jungen Jahren nicht an Kultur herangeführt wird, findet mit hoher Wahrscheinlichkeit auch als Erwachsener keinen Zugang.

Kulturgäste sind seit Gründung der Kulturloge selbstverständlich auch Menschen mit geistiger oder körperlicher Einschränkung. In sehr enger Zusammenarbeit mit den Wohngruppen und Sozialpartnern werden die Besuche der Veranstaltungen organisiert.

Der Name »Kulturloge« steht als Qualitätssiegel für deren Leistung und hat sich in Deutschland als Begriff etabliert. Die 22 Mitgliedskulturlogen des Bundesverbandes haben das erfolgreiche und mit hohen Auszeichnungen versehene und zertifizierte Konzept der Kulturloge übernommen. Gemeinsam bauen die Kulturlogen des Bundesverbandes eine Brücke für Menschen – denn eine demokratische, zukunftsorientierte, gerechte Gesellschaft benötigt dringend die Potenziale aller Menschen. Eine aktive Beteiligung an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen ist wichtig und gibt auch Menschen mit wenig Geld ein Gefühl der Selbstständigkeit, Zugehörigkeit, Lebensfreude, Anregung und Motivation

In der Arbeit der Kulturlogen ist ein Appell an die Politik, Lösungen zu finden, so dass die kulturelle Teilhabe nicht an finanziellen Möglichkeiten scheitert. Zudem tritt die Kulturloge den Beweis an, dass die Menschen mit wenig Geld am kulturellen Leben teilhaben möchten, und widerlegt einige diesbezügliche Vorurteile.

Das Konzept der Kulturloge hat ein hohes Wirkungspotenzial. Gemeinsam mit Sozialpartnern, Veranstaltern, Wohlfahrtsverbänden, Künstlern, Sponsoren und Politikern werde ich als Gründerin der bundesweit ersten Kulturloge Marburg e.V. und des Bundesverbandes Deutsche Kulturloge e.V. zusammen mit vielen Ehrenamtlichen und neu hinzu kommenden Kulturlogen diese gesellschaftliche Herausforderung der »Teilhabe« annehmen, weiterhin das Thema sichtbar machen und den Weg bereiten für die Entwicklung neuer Perspektiven der kulturellen Bildung.

Hilde Rektorschek *ist Vorsitzende des Bundesverbands Deutsche Kulturloge e.V. (www.kulturloge.de) und der Kulturloge Marburg e.V. (www.kulturloge-marburg.de)*

Die Kunst steht im Vordergrund

Lust auf Inklusion: Mehrwert für die Gesamtgesellschaft garantiert! — *Martin Georgi*

Wie misst man kulturelle Teilhabe beim Menschen? Wie er in der Gesellschaft handelt, welchen Zugang er zu ihr hat und wie er mit anderen Menschen interagiert – das definiert Teilhabe. Die Aktion Mensch setzt sich dafür ein, dass Menschen mit Behinderung gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben können. Voraussetzung dafür ist der Abbau von Barrieren im täglichen Leben: baulich, sprachlich, medial, aber auch in den Köpfen. Beim Abbau von Barrieren zur Teilhabe unterstützt die Aktion Mensch viele lokale Initiativen und Projekte in Deutschland. Um das Bewusstsein für gleichberechtigte Teilhabe zu schärfen, und um die Chancen einer inklusiven Gesellschaft zu zeigen, die alle Menschen einbezieht statt viele auszugrenzen, setzen wir bei der Aktion Mensch auch auf Kultur – aktuell mit dem inklusiven Filmfestival »überall dabei« und dem daran angeschlossenen Poetry Slam-Wettbewerb »BÄÄM! Der Deaf Slam«. Wenn Menschen aufeinander treffen, sich auf Augenhöhe austauschen und zusammen etwas Neues gestalten, dann können sie Hemmnisse abbauen und einander besser verstehen.

Das mittlerweile fünfte Filmfestival der Aktion Mensch macht dieses Mal den Menschen in seiner Vielfalt zum Thema. Die sechs Filme fragen und zeigen: Wie kommunizieren wir, wie nehmen wir die Welt wahr, wie überwinden wir die oftmals gleichen Hürden mit unterschiedlichen Fähigkeiten? Aber auch: Wie ergänzen wir uns, wie entwickeln wir uns weiter, wie verändern wir uns und unsere Gesellschaft? »Mensch 2.0« des Regisseurs Alexander Kluge fragt zum Beispiel nach der Zukunft des Menschen zwischen Prothetik und Bioethik. Der Thriller »Blind« thematisiert die Wahrnehmung einer jungen Frau mit Sehbehinderung. Und im australischen Film »Rachels Weg« geht es um das Recht auf Sexualität von Menschen mit Behinderung.

Das Filmfestival »überall dabei« ist nicht nur vom Thema her, sondern auch in der Umsetzung in mehrerer Hinsicht ungewöhnlich: Es findet nicht nur einmalig statt, sondern über ein Jahr verteilt in 40 deutschen Städten. Vor Ort gibt es nicht nur ein Filmprogramm im Kino, sondern zusammen mit bundesweiten und lokalen Partnern organisieren wir ein umfangreiches Rahmenprogramm mit Publikumsdiskussionen, Expertengesprächen, Ausstellungen und weiteren Veranstaltungen.

überall dabei

März 2013: Bremen, Wetzlar, Leipzig, Cottbus **April 2013:** Braunschweig, Kassel, Aachen, Bielefeld, Bonn, Köln, Oberhausen, Düsseldorf, Dortmund, Frankfurt/Main, München, Münster **Mai 2013:** Sindelfingen, Saarbrücken, Hamburg

→ ***www.aktion-mensch.de/filmfestival***

Es geht nicht nur darum, einen Film zu sehen, sondern sich auszutauschen und zusammen zu engagieren für eine lebenswerte, gerechte, menschenwürdige und inklusive Gesellschaft.

Darüber hinaus ist der Name des Festivals »überall dabei« Programm: Ganz selbstverständlich sollten möglichst alle Menschen dabei sein, die Filme sehen können und das Rahmenprogramm genießen. Das setzt voraus, dass Barrieren abgebaut werden – seien es technische oder kulturelle. Das Festival ist einzigartig in Deutschland, weil es umfassend barrierefrei organisiert ist: Es stellt Audiodeskriptionen für Menschen mit Sehbehinderung zu den Filmen bereit, Untertitel für Menschen mit Hörbehinderung und eine spezielle Tonspur für Hörgeschädigte und Hörgeräteträger. Die anschließenden Diskussionen zum Film begleiten Gebärdensprachdolmetscher für Gehörlose und Schriftdolmetscher für Hörgeschädigte. So leisten wir ganz praktisch einen Beitrag zur kulturellen Teilhabe und setzen Inklusion exemplarisch um: Wir ermöglichen Menschen überall dabei zu sein.

Mit Blick auf die schulische Bildung hat die Aktion Mensch mit dem Grimme-Institut auch Unterrichtsmaterial zu den Filmen online bereitgestellt. Die Beschäftigung mit Film – im Kino oder in der Schule – bietet eine Chance zur lebendigen Inklusionspädagogik wie zur kulturellen Bildung.

Noch einen Schritt näher an den Menschen heran gehen wir mit »BÄÄM! Der Deaf Slam«. Zum ersten Mal in Deutschland kämpfen hörende und gehörlose Nachwuchspoeten in fünf Städten (Heidelberg, Berlin, München, Dortmund und Hamburg) mit der Kraft ihrer Sprache um die Gunst des Publikums. Zuvor bietet die Aktion Mensch in jeder Stadt einen Workshop an, um den Teilnehmern die Lyrik der Gebärden nahezubringen. Zusätzlich gibt es einen Online-Wettbewerb, bei dem alle

BÄÄM! Der Deaf Slam

München: 16. und 17. März 2013
Hamburg: 6., 7. und 13. April 2031 (Finale)

→ ***www.aktion-mensch.de/filmfestival/deafslam***

Interessierten ihre Auftritte per Video hochladen können. Auf den Gewinner wartet eine Reise nach New York. Inspiriert hat uns dazu der Festivalbeitrag »Deaf Jam«, in dem zwei junge Frauen kulturelle und sprachliche Grenzen überwinden und ein einzigartiges Performance-Duo bilden. Der Film zeigt die ausdrucksstarke Dynamik der Gebärdensprache der gehörlosen Aneta aus Israel gepaart mit der gerappten Lautsprache der hörenden Tahani aus Palästina, die gemeinsam eine neue Form von Poesie erschaffen: Sprache wird mehrdimensional und erobert den Raum.

Neu beim Deaf Slam ist nicht nur, dass Gehörlose und Hörende gemeinsam in einem Wettbewerb antreten. Viel wichtiger noch: Die Gebärdensprache kommt aus der Nische einer Minderheitssprache und wird als kulturell vollwertige Sprache auf Augenhöhe anerkannt, als Sprache mit einer besonderen Ausdrucksform, die es lohnt, sich anzusehen und sogar zu lernen; Gebärdensprache wird plötzlich »cool« auch für Jugendliche, die hören können. Bei den Deaf Slams steht die Kunst im Vordergrund – und nicht die Behinderung.

Für Menschen mit Behinderung fehlte es bisher an kultureller Teilhabe in Deutschland – sie sind als Minderheit meist exkludiert vom öffentlichen Kulturbetrieb. Die interessanten und anregenden Filmen von »überall dabei« oder das bewegende Spiel mit der Sprache bei »BÄÄM! Der Deaf Slam« machen Lust auf Inklusion und zeigen: Eine Gesellschaft der Vielfalt bietet einen Mehrwert für alle.

Martin Georgi *ist Vorstand der Aktion Mensch e.V.*

Partizipationsfaktor und Identitätswahrung

Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund — *Athena Leotsakou*

Menschen mit Migrationshintergrund stellen keine homogene Bevölkerungsgruppe dar, sondern sie sind so heterogen wie es Menschen ohne Migrationshintergrund sind. Daher sind auch bei ihnen ebenso Zugänge und Barrieren zu kultureller Bildung vorhanden. Es gibt aber auch einige Besonderheiten, die im Folgenden kurz angerissen werden.

Wesentliche Voraussetzungen für eine Teilhabe an Angeboten zu kultureller Bildung der Ankunftsgesellschaft sind beispielsweise ein gesicherter Aufenthaltsstatus und ausreichende Sprachkenntnisse. Auch die Dauer der Anwesenheit kann ein entscheidender Partizipationsfaktor sein, da mit zunehmender Zeit aufenthaltsrechtliche Fragen in den Hintergrund rücken und die Alltagswirklichkeit an Bedeutung gewinnt. Weil die Anzahl an Menschen mit Migrationshintergrund (auch aufgrund der demografischen Entwicklung) in Deutschland stetig zunimmt, sind Überlegungen, wie diese Zielgruppe an den bestehenden Angeboten kultureller Bildung teilhaben kann, vonnöten. Einige der Fragen, die in diesem Zusammenhang gestellt werden, lauten: Sollte es spezielle Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund geben? Sollten bestehende Angebote für sie geändert oder an sie angepasst werden? Sollte ein neues Konzept entwickelt werden? Was können wir tun, damit Angebote angenommen werden?

Sollte ein neues Konzept entwickelt werden?

Das sind sicherlich interessante Fragestellungen, die aber nicht pauschal beantwortet werden können. Allerdings gibt es eine Tatsache, die Menschen mit Migrationshintergrund, unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft verbindet, und das ist ihre Migrationsgeschichte (und/oder die ihrer Familie). Dieses einende Element sollte sich in den Angeboten kultureller Bildung wiederfinden. Migrantinnen und Migranten möchten sich, ihre Geschichten und Personen angemessen repräsentiert wissen. Es sind Themen wie Flucht, Heimweh, Verlassen, Initiative, Einsamkeit, Ankommen, Ausgrenzung, Fremdheit, Mehrsprachigkeit, kulturelle Identität, Diskriminierung, klimatische Anpassung, physische Andersartigkeit im Zusammenhang zu den eigenen Wanderungsgeschichten und der Immigration nach Deutschland, die hier von Bedeutung sind. Eine adäquate Repräsentanz bedeutet auch die allgemeine Anerkennung von Deutschland als Einwanderungsland und unterstreicht die Unumkehrbarkeit dieses Prozesses.

Orte der kulturellen Bildung, an denen sich Menschen mit Migrationshintergrund aufgehoben und repräsentiert fühlen sind sogenannte Migranten(selbst)organisationen. Es handelt sich hierbei (größtenteils) um Vereine, die gegründet wurden, um die Interessen ihrer Mitglieder wahrzunehmen und die kulturelle Identität des Herkunftskontextes zu bewahren. Es haben sich seit den 1960er-Jahren eine Vielzahl von verschiedenartigen MSO (Kulturvereine, Gemeinden, Fußballmannschaften, Elternvertretungen, Moscheevereine etc.) gebildet, deren Tätigkeitsfelder sich überwiegend auf Kultur im weitesten Sinne beziehen. Dazu gehören muttersprachliche Kurse, Elternbildung, Freizeitgestaltung, Politik, Sport sowie Informationsvermittlung über die deutsche Gesellschaft an die Mitglieder. Diese Selbstorganisationen wurden von Migrantinnen und Migranten gegründet, um vor allem Orientierung und Beratung in einem Land anzubieten, das solche Dienstleistungen für temporär anwesende Arbeitskräfte nicht bzw. nicht flächendeckend vorgesehen hatte. Die sprachliche Vertrautheit, ein Zugehörigkeitsgefühl und die Verbindung zum Herkunftskontext trugen erheblich zu ihrem Erfolg bei (vgl. Paritätischer Gesamtverband 2011). Während MSO in den 1960er-Jahren überwiegend herkunftshomogene Ortsvereine waren, haben sich die Strukturen im Laufe der Zeit bei den meisten verändert. Der Herkunftskontext spielte allmählich eine geringere Rolle als die unmittelbare Umgebung. Im Zuge dessen haben sich auch die Angebote der Selbstorganisationen geändert. Sie waren nicht mehr bloße Orte der kulturellen Identitätsbewahrung, sondern sie öffneten sich für andere Ethnien, schlossen sich zu Dachverbänden zusammen und wandten sich verstärkt der Ankunftsgesellschaft zu. Hätte man anfangs noch behaupten können, dass MSO die Abgrenzung ihrer Mitglieder zur deutschen Gesellschaft manifestieren, so lässt gerade die Entwicklung der Migrantenorganisationen die Annahme zu, dass diese, ganz im Gegenteil, eher integrationsfördernd wirken.

Ein Beispiel für ein aktuelles Angebot der kulturellen Bildung in einer Migrantenorganisation ist das Projekt »IKE: Identität – Kultur – Engagement«, das die BAGIV (Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in der Bundesrepublik Deutschland e.V.) momentan durchführt. Die BAGIV ist eine herkunftsheterogene Migrantendachorganisation, die seit 1985 besteht. Das Projekt wendet sich an jüngere Mitglieder und beinhaltet eine Veranstaltungsreihe, in der es zunächst um kulturelle Identitäten von Migrantinnen und Migranten in Deutschland gehen wird. Eine These dabei ist, dass die Auseinandersetzung mit der eigenen Herkunft eine Voraussetzung für Integration ist. Ferner soll gerade durch die herkunftsheterogene Zusammensetzung der Teilnehmenden deutlich werden, dass jüngere Menschen mit Migrationshintergrund ähnliche Identitätserfahrungen gemacht haben. Das geschieht erfahrungsgemäß unabhängig von der Ethnie der Eltern und Großeltern, da das Verbindende die Migrationsbiographie ist.

Migranten(dach)organisationen beschäftigen sich heutzutage außerdem mit einer Vielzahl von Themen, die bei der Gründung in den 1960er-Jahren unvorstellbar gewesen wären: Das Spektrum reicht von politischer Bildung und Partizipation, bürgerschaftlichem Engagement und Integration in den Arbeitsmarkt bis zu Menschenrechtsbildung, Antidiskriminierung und beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen.

Die Angebote kultureller Bildung wurden in den Anfangsjahren vorwiegend von den Mitgliedern der MSO finanziert, wobei auch die Herkunftsgesellschaften manchen Organisationen finanziell geholfen haben und es vereinzelt auch gegenwärtig tun. Mit zunehmender Professionalisierung und interkultureller Öffnung rückt das Problem der Finanzierung von Angeboten der Migrantenorganisationen jedoch in den Vordergrund. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das integrationsfördernde Maßnahmen finanziell unterstützt, hat vor einigen Jahren einen Perspektivwechsel in der Integrationsarbeit vollzogen, um Migrantenorganisationen angemessen an Bundesprogrammen teilhaben zu lassen. Die wachsende Anerkennung der Bedeutung von Migrantenorganisationen ist bemerkenswert, jedoch ist das Ziel einer »Teilhabe auf Augenhöhe« noch lange nicht erreicht. Migrantenorganisationen sind teilweise seit über 50 Jahren als Orte der kulturellen Bildung für Menschen mit Migrationshintergrund tätig und etabliert. Daher ist nicht anzunehmen, dass sie sich selbst durch die Integration und steigenden Einbürgerungsquoten ihrer Mitglieder überflüssig machen, denn sie kennen deren kulturelle Bedürfnisse, nehmen sie ernst und bewahren die Vielfalt der Migrantenkulturen in Deutschland. Eine adäquate Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund an kultureller Bildung heißt folglich auch, die Teilhabe ihrer Organisationen adäquat zu fördern.

Athena Leotsakou *ist Bildungsreferentin bei der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in der Bundesrepublik Deutschland (BAGIV) e.V.*

Zielgruppen-bestimmung!

Kulturelle Bildung im Spannungsfeld von Breite und Spitze — *Christian Höppner*

Sind die werdenden Eltern von heute im Hinblick auf den erwarteten Nachwuchs besorgter und ehrgeiziger als Elterngenerationen im Nachkriegsdeutschland? Eine Frage, die weniger einer eindeutigen Antwort harrt, als vielmehr den Blick dafür schärfen soll, was gesellschaftspolitisch im Feld der kulturellen Bildung in Bewegung geraten ist. Das Beziehungsgeflecht von Breite und Spitze tritt als Teilaspekt dieses weiten Themenfeldes an unterschiedlichen Stellen immer wieder hervor. Die seit Jahrzehnten erhobene Forderung nach kultureller Teilhabe für alle, unabhängig von Geldbeutel und Herkunft, wird von gesellschaftlichen Entwicklungen begleitet, die als Bremsspuren für diese Forderung wirken.

Spannungsfeld Breiten- und Spitzenförderung

Der – historisch nachvollziehbar – kritische Blick auf den Begriff der Elitenförderung ist zwar vor dem Hintergrund neoliberaler Entwicklungen etwas sanfter geworden, verdeckt aber immer noch die eigentliche Herausforderung der kulturellen Teilhabe für alle in unserem Land. Der Begriff »Elite« symbolisiert per se den Ausschluss von vielen Menschen – Elite können nur wenige sein, Spitze dagegen unter Umständen auch viele. Deshalb ist im Sport auch eher von Spitzenförderung denn von Elitenförderung die Rede. Breite und Spitze bilden keine statischen Blöcke ab, sondern im Idealfall einen Weg, auf dem jeder seinen Potenzialen entsprechend einen Platz findet. Das Spannungsfeld zwischen Breite und Spitze entsteht erst in dem Moment, wo die Potenziale des Einzelnen nicht gesucht, gefunden und gefördert werden. Der oft gehörte Satz »Aus der Breite entsteht die Spitze« entspricht – so richtig er ist – nicht der Wirklichkeit in unserer Gesellschaft, weil zu vielen Kindern und Jugendlichen der chancengleiche Zugang zu den bildungskulturellen Angeboten vorenthalten wird bzw. verwehrt bleibt. Eine Entwicklung, die der Sport für seinen Bereich ebenfalls beklagt.

Bremsspur Projektitis

Der strukturell angelegte chancengleiche Zugang in der kulturellen Bildung wird in der Praxis immer häufiger nicht eingelöst. Stattdessen ergießt sich eine Flut von Projekten quer durch die Republik, die fast alle eines gemeinsam haben: Sie können für einen begrenzten Zeitraum neue Zielgruppen erreichen, neue Förderimpulse setzen und Anregungen in der Weiterentwicklung bestehender Vermittlungskonzepte geben. Sie können aber nicht die Arbeit an den Orten kultureller Erstbegegnung ersetzen. Projekte können Appetit wecken, aber nicht den lebenslangen Hunger nach kulturellem Selbstausdruck stillen. Projekte können wegweisende Impulse für vorhandene oder neu zu entwickelnde Kulturvermittlungsformen setzten, die dafür notwendige bildungskulturelle Infrastruktur und konzeptionelle Langfristigkeit aber nicht ersetzen.

Bremsspur Verzweckung

Die Ökonomisierung nahezu aller Lebensbereiche in unserer Gesellschaft stellt nicht nur die Zweckfreiheit kulturellen Lernens und Erlebens massiv in Frage, sondern beeinflusst auch das prägende Verhalten der eingangs erwähnten Eltern auf ihren Nachwuchs. Ob Projektion eigener unerfüllter Wünsche und/oder die Sorge um das Bestehen des Nachwuchses in einer zunehmend marktorientierten Welt: Die Entscheidung für die Förderschwerpunkte des Nachwuchses sind nicht nur von der je eigenen bildungskulturellen Biografie geprägt, sondern von der vermeintlichen Verwertbarkeit im späteren Berufsleben.

Potenzialförderung an den Orten kultureller Erstbegegnungen

Die Neugierde auf das je Eigene und das je Andere ein Leben lang wach zu halten, eine Eigenschaft, die jedes Neugeborene mit auf die Welt bringt und die ihm gerade in den prägenden Entwicklungsjahren allzu oft abtrainiert wird, gehört zu den zentralen Aufgaben der kulturellen Bildung. Damit verbindet sich grundlegend der Anspruch einer bedingungslosen Potenzialförderung, das heißt Potenziale zu finden und in einer Lebensperspektive bestmöglich zu fördern. Die aktuelle gesellschaftspolitische Debatte im Bereich der kulturellen Bildung ist viel zu sehr von Teilaspekten über Wege und Instrumente geprägt und verliert dabei die gesellschaftliche Konsensbildung über die Prioritätensetzung einer ganzheitlichen Menschenbildung aus dem Blick. Zu dieser Konsensbildung gehört die Bereitschaft und Fähigkeit zur Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse und Postulate. Im Jahr 2013 haben wir in Deutschland für den Bereich der kulturellen Bildung kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Diese Diskrepanz von Sonntagsreden und Montagshandeln lässt sich nicht durch noch so innovative und gut ausgestattete Projekte beheben, sondern durch eine Stärkung der Orte kultureller Erstbegegnungen. Dazu gehören die Familie, die Kindertagestätte, die Schule und die außerschulischen bildungskulturellen Einrichtungen wie die Musikschulen und die Jugendkunstschulen zusammen mit ihren jeweiligen Partnern.

Ist das alles oder brauchst du noch was?

Die Selbstverständlichkeit in der Vermittlung der kulturellen Vielfalt in unserem Land müssen wir in einer Zeit der Eventisierung kultureller Bildung erst wieder neu entwickeln. Dazu gehören die Eltern Heranwachsender ebenso wie die kulturvermittelnden Einrichtungen.

Die Zuständigkeit der Länder in der Bundesrepublik Deutschland darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung für eine qualifizierte und kontinuierliche kulturelle Bildung gibt. Dazu müssen die Länder einerseits in die Lage versetzt werden, diese Verantwortung wahrnehmen zu können, andererseits ermutigt werden, diese Aufgabe konsequent wahrzunehmen.

DAZU BEDARF ES:

- **der Stärkung der Orte kultureller Erstbegegnungen wie Familie, Kindertagesstätte, Schule und die außerschulischen bildungskulturellen Einrichtungen.**
- **des Prinzips der Nachhaltigkeit in den Finanzierungs- und Förderkonzepten öffentlicher bzw. öffentlich unterstützter Träger und Institutionen.**
- **des Ausbaus in der Verantwortungspartnerschaft von Bund und Ländern in der kulturellen Bildung.**

Die Vielfalt der Kulturen in unserem Land als Reichtum zu betrachten kann nur gelingen, wenn unsere Gesellschaft es jedem Kind und Jugendlichen ermöglicht, seine je eigenen kulturellen Wurzeln zu entdecken und zu pflegen. Kulturelle Teilhabe ist die Voraussetzung, aus der selbstbewussten Position des je Eigenen das je Andere zu entdecken. Dann kann aus dem Spannungsfeld zwischen Breite und Spitze in der kulturellen Bildung ein motivierender Weg für den Einzelnen und eine Wertschöpfung für die Gesellschaft entstehen.

Christian Höppner *ist Vizepräsident und Vorsitzender des Fachausschusses Bildung des Deutschen Kulturrates*

Kulturelle Bildung in Nürnberg: Vielfalt beschreiben und Teilhabe ermöglichen — *Martin Bauer-Stiasny, Martin Kypta und Elisabeth Ries*

Kultur leben heißt zuallererst: mit Differenz leben. Dieses Plädoyer für die Vielfalt, die der »Kulturellen Bildung im Lebenslauf« innewohnt, formulierte Eckart Liebau bei der gleichnamigen vierten Nürnberger Bildungskonferenz im Oktober 2012. Damit verbinde sich der Auftrag an Einrichtungen der Kunst und Kultur, darauf zu achten, dass sie auch Personen erreichen, denen der Zugang zum Museum oder Theater schwerer fällt, und so zu mehr Teilhabe beitragen.

Hierfür liege gerade in der Kooperation mit Schulen ein Schlüssel. Herausragende Beispiele findet Liebau in ganz Deutschland, etwa das »Zukunftslabor« der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen, die mit einer Gesamtschule zusammengezogen ist. Auch einige Initiativen aus Nürnberg stellte Liebau als beispielhaft heraus, nannte für Nürnberg die stadtteilbezogenen Kulturläden und Projekte wie den »Kulturrucksack« oder MUBIKIN.

Wen erreicht Kultur?

Dem Ziel »mehr Bildungsgerechtigkeit« folgend, will die Stadt Nürnberg unter anderem die Teilhabe an der kulturellen Bildung verbessern. Die Erfassung des kulturellen Angebots anhand von Indikatoren (Bildungsmonitoring) und die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für Politik und Verwaltung (Bildungsmanagement) sind zwei wichtige Schritte dorthin.

Orte des kulturellen Lernens fügen sich in Nürnberg zu einer vielfältigen Landschaft, die den gesamten Lebenslauf umfasst. Neben Museum, Theater, Bibliothek, Volkshochschule und Musikschule sind Kino, Sportverein, Seniorentreffs oder Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Betracht zu ziehen. Sozialraumorientierung und innovative Projekte schaffen einen niedrigschwelligen Zugang für bildungsferne Zielgruppen.

Das städtische Bildungsbüro versucht diese Vielfalt in der kommunalen Bildungsberichterstattung zu erfassen. Im durch das Bildungsministerium für Bildung und Forschung finanzierten Programm Lernen vor Ort wurde ein umfangreiches Bildungsmonitoring gestartet, das möglichst alle Facetten der kulturellen und non-formalen Bildung in den Blick nimmt.

Daten für Teilhabe

Die Recherche, Analyse und Darstellung von Daten zur non-formalen Bildung dauert nach wie vor an und mündet in den Nürnberger Bildungsbericht 2013. Schnell wurde deutlich, dass sich die kulturelle Bildung in Ermangelung von Amtsstatistiken nicht eben leicht kartografieren lässt. Nur selten finden sich ausdifferenzierte Angaben zu Besucherinnen und Besuchern von Kultureinrichtungen, so dass Rückschlüsse auf wichtige Merkmale wie Bildungsstand, Migrationshintergrund, Alter oder Wohnort – wenn überhaupt – allenfalls indirekt zu ziehen sind. Zudem lässt sich kulturelle Bildung naturgemäß schwer messen oder in Zahlen ausdrücken.

Auch Umfragedaten bieten keinen Ausweg, denn oft lassen geringe Rücklaufquoten und die schlechte Erreichbarkeit von Befragten Zweifel aufkommen, ob die Ergebnisse valide und verallgemeinerbar sind. Gerade bildungsferne Menschen beteiligen sich oft nicht an aufwändigen Befragungen. Zudem sind Umfragen zur kulturellen Bildung selten fortschreibungsfähig, weil sie aus finanziellen Gründen oft nur einmalig oder unregelmäßig durchgeführt werden.

Das Bildungsbüro der Stadt Nürnberg wirkt deshalb für die aktuelle und künftige Bildungsberichterstattung auf verbesserte Datenerhebung und Dokumentationsverfahren von Einrichtungen und Akteure in der non-formalen Bildung hin. Der Weg zu aussagekräftigen Indikatoren beginnt mit dem möglichst detaillierten Erfassen von Besucherinnen und Besuchern im Tagesgeschäft, schließt aber insbesondere auch die Analyse von Gruppenangeboten ein. Dabei gibt es in Nürnberg schon wegweisende Beispiele: Das Kunst- und Kulturpädagogische Zentrum der Museen in Nürnberg (KPZ) erfasst etwa den Anteil der Besuchergruppen nach Schularten. Im Zeitverlauf kann so etwa abgelesen werden, wie gut die Museumspädagogik Schülerinnen und Schüler mit eher geringem Bildungsstand erreicht.

Selbstverständlich stellt sich auch bei der non-formalen Bildung die Frage nach Bildungsgerechtigkeit, die im Bundesprogramm Lernen vor Ort eine zentrale Rolle spielt. Die Bildungsberichterstattung muss sich daher mit den Zugangschancen und der tatsächlichen Nutzung von Angeboten non-formaler Bildung durch alle Gruppen der Bevölkerung auseinandersetzen. Dabei ist der Frage nachzugehen, ob das Angebot ausreicht und den vielfältigen Bildungsinteressen der Bürgerinnen und Bürger gerecht wird.

Kultur in Kindergarten und Schule

Zwei Angebote kultureller Bildung in Nürnberg, die systemischen Charakter aufweisen, also alle Kinder in bestimmten Stadtteilen und Jahrgangsstufen erreichen, seien beispielhaft genannt.

MUBIKIN ist ein unter Federführung von Lernen vor Ort Nürnberg entwickeltes Programm zur »Musikalischen Bildung für Kinder in Nürnberg«, das dort ansetzt, wo die Kinder sind: im Alltag von Kindergärten und Grundschulen, umgesetzt von den Bezugspersonen – Erzieherinnen und Lehrkräfte – und externen Musikpädagoginnen und –pädagogen, die in die Einrichtung kommen. Angeboten werden elementarer Musikunterricht und Kinderkonzerte, später musikalische Grundausbildung sowie Chor- oder Instrumentalklassen. Intensive Fortbildungen der Fach- und Lehrkräfte sowie Coaching sind verpflichtend, um die Qualität zu sichern. MUBIKIN versteht sich zugleich als Element zur Gestaltung des Übergangs vom Kindergarten in die Grundschule, einer bildungsbiografisch eminent wichtigen Schwelle. Am Programm nehmen alle Kindergärten eines Schulsprengels teil, die MUBIKIN-Module bauen aufeinander auf. Bislang erfasst MUBIKIN rund 1.200 Kinder in fünf Grundschulsprengeln mit 19 Kindergärten. Die Träger – Stadt Nürnberg, Hochschule für Musik, Universität und zwei engagierte Stiftungen – steuern die Umsetzung in einem Fachbeirat und einer Regiestelle. Grundlage für die Bewerberauswahl sind unter anderem Daten des Bildungsmanagements zur Bildungssituation und der sozialen Lage im Stadtteil, denn MUBIKIN hat sich dem Recht aller Kinder an Kultur und kultureller Bildung verpflichtet.

So auch das Projekt »Kulturrucksack«, eine Art Kinder-Kultur-Abo für Kinder aus sozial benachteiligten Stadtteilen. Das Nürnberger Kindertheater Mummpitz bringt, nach einer Idee aus Norwegen, Schulkinder im Laufe des dritten Schuljahres mit professioneller Kultur – Tanz, moderne bildende Kunst, Theater oder klassische Musik – in Berührung. Der »Kulturrucksack« kombiniert vier kulturpädagogische Einheiten in der Schule mit ebensovielen Ausflügen in Einrichtungen der (Hoch-)Kultur. Erreicht werden aktuell etwa 1.000 Drittklasskinder an 14 Grundschulen.

Schwellen abbauen, Zugänge eröffnen

Mit Programmen wie MUBIKIN und »Kulturrucksack« rückt kulturelle Bildung von der gerade für bildungsferne Familien als hohe Hürde wahrgenommenen Komm-Struktur – verbunden mit Kosten, Aufwand und Schwellenängsten – ab und geht dorthin, wo die Kinder – regelhaft und ohne zusätzlichen Aufwand für Eltern – erreichbar sind. Da die finanziellen Mittel begrenzt sind, muss auch bei diesen innovativen Ansätzen besonders auf gleichberechtigte Teilhabe und Qualität der Bildungsangebote geachtet werden. Deshalb ist ein fortschreibungsfähiges Bildungsmonitoring und -management auf kommunaler Ebene so wichtig, das hilft, kulturelle Angeboten dorthin zu vermitteln, wo sie am seltensten auf aktive Nachfrage stoßen und doch den größten Effekt erzielen können, und das zugleich verlässliche Entscheidungsgrundlagen für Geldgeber bietet, seien es Privatpersonen, Stiftungen oder die öffentliche Hand.

Handlungsempfehlungen, auch in Bezug auf die kulturelle und non-formale Bildung, werden in Nürnberg im 2008 berufenen Bildungsbeirat und bei der jährlichen Nürnberger Bildungskonferenz erörtert. Der Bildungsbeirat hat die Aufgabe, den Stadtrat in wichtigen bildungspolitischen Fragen zu beraten. Die Bildungskonferenz hob im Jahr 2012 das Thema »Kulturelle Bildung im Lebenslauf« auf die Agenda der Stadtgesellschaft. Aber auch innerhalb der Stadtverwaltung wurde die Vernetzung der Akteure verstärkt, indem 2012 eine Koordinierungsgruppe Kulturelle Bildung gegründet wurde, in der alle städtischen Dienststellen ihre Aktivitäten in diesem Feld abstimmen. Zunehmend besser gelingt es so durch Kooperationen und Netzwerke, die Vielfalt kultureller Bildung transparenter und für alle zugänglich zu machen.

Gerade bildungsferne Menschen beteiligen sich oft nicht an aufwändigen Befragungen.

Martin Bauer-Stiasny, Martin Kypta und Elisabeth Ries
arbeiten beim Team Lernen vor Ort Nürnberg, Bildungsbüro der Stadt Nürnberg

→ ***www.mubikin.nuernberg.de***
→ ***www.theater-mummpitz.de***

Ein wenig Zerstreuung vor dem Unvermeidlichen?

Kulturelle Bildung für ältere Menschen — *Almuth Fricke*

Besucht man heutzutage ein Museum oder klassisches Konzert, wird man sich um die Kulturteilhabe älterer Menschen wenig Sorgen machen, zählt doch die Mehrzahl der Besucher zur Altersgruppe. Man könnte sich fragen: Müssen sich ältere Menschen noch kulturell bilden und bedarf es besonderer Angebote für diese Zielgruppe?

Allgemein wird kulturelle Bildung heute als Teil einer gesellschaftlich notwendigen Allgemeinbildung angesehen, denn sie vermittelt kreative, kommunikative und gestaltende Kompetenzen, die für eine gelingende Lebensführung unverzichtbar sind. Im Mittelpunkt steht traditionell die kulturelle Grundbildung von Kindern und Jugendlichen, doch inzwischen hat sich das Verständnis erweitert. Die Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« konstatierte 2008, dass gerade in der kulturellen Bildung bei Angeboten für Erwachsene und Ältere ein großer Nachholbedarf besteht, der im Zuge der Alterung der Gesellschaft gravierender wird. Im aktuellen Bildungsbericht (2012) wird die Perspektive der kulturellen Bildung auf den Lebenslauf bis ins Erwachsenenalter erweitert. Und auch die BKJ (Bundesvereinigung Kultureller Kinder- und Jugendbildung e.V.) beschreibt kulturelle Bildung als »lebenslanges und lebensbegleitendes Lernen mit den Künsten«.

Dass künstlerische Kreativität kein Privileg der Jugend ist, belegen die Werke vieler großer Künstlerpersönlichkeiten, die bis ins hohe Alter schöpferisch tätig waren und sind. Aber auch für Menschen, die Kunst und Kultur nicht zu ihrem Beruf gemacht haben, sind kreative Ausdrucksformen ein Leben lang sinngebend, eine Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe und eine Bereicherung ihrer Lebensqualität. Im fünften Altenbericht der Bundesregierung (2005) ist zu lesen: »Bildungsmaßnahmen – gerade im kulturellen Bereich – sind oft eine Mischung zwischen Weiterbildung und aktiver Lebensführung und Freizeitgestaltung. Für ein aktives Altern ist diese Form der Lebensführung eine zentrale Voraussetzung.« Vor allem die Erkenntnis: Wenn nicht jetzt, wann dann? bringt Menschen dazu, sich in der nachfamiliären und -beruflichen Phase neuen Lebensentwürfen zu stellen und kreativ zu betätigen. Hier öffnen sich Türen zu non-formalem und informellem Lernen sowie zu gesellschaftlichem Engagement.

Angesichts der demografischen Prognosen wird es Kulturgeragogen künftig nicht an Arbeit mangeln.

Eine große Offenheit und Neugier Älterer gegenüber kultureller Bildung belegt das KulturBarometer 50+ des Zentrums für Kulturforschung (ZfKf 2008). 69 % der Befragten sind davon überzeugt, dass künstlerische Fertigkeiten durchaus noch im Alter erlernbar seien. Fast 30 % der Befragten zwischen 50 und 70 Jahren, die (noch) nicht künstlerisch-kreativ sind, äußern ein Interesse an Angeboten der kulturellen Bildung. Umgekehrt ist das mit 76 % am häufigsten genannte Argument für die Nichtnutzung von Kultur die mangelnde Kenntnis kultureller Zusammenhänge. Dies sind gute Indizien, wie sinnvoll es ist, Angebote kultureller Bildung für die Altersgruppe vorzuhalten.

In der Praxis der kulturellen Bildung hat sich diese Erkenntnis längst durchgesetzt. Immer mehr feste und freie Kulturpädagogen entdecken Ältere als Zielgruppe und entwickeln neue Angebotsformen. Vielerorts entstehen Seniorentheatergruppen. Der Deutsche Musikrat hat das Thema Musizieren 50+ auf der Agenda und diskutiert notwendige Rahmenbedingungen für das Musizieren im Alter. Die Kunsthalle Bielefeld bietet ein komplettes geragogisches Programm mit verschiedenen Formaten, die sich an ältere Akademiker bis hin zu Menschen mit Demenz richten. Die Ausstellung »Hey Alter …!« im Duisburger LehmbruckMuseum will mit einem umfangreichen Begleitprogramm, Workshops und sogenannten »Blind Date Führungen« die Begegnung von Jung und Alt anregen. Mit Schreibwerkstätten, theaterpädagogischen Angeboten und Gesangsprojekten wird versucht, die Kulturteilhabe älterer Migranten zu stärken. Und auch für die schnell wachsende Gruppe der Menschen, die von einer Demenz betroffen sind, entstehen besondere Vermittlungsangebote wie Museumsführengen, aktivierende Lesungen oder Theaterprojekte. Mit dem Projekt »Auf Flügeln der Musik« entwickelt das Institut für Bildung und Kultur (IBK) mit Förderung des BKM derzeit spezielle Aufführungs- und Vermittlungsformate für die Zielgruppe. Speziell geschulte Konzertpädagogen und Demenz-Experten arbeiten dabei mit verschiedenen Orchestern und Konzerthäusern zusammen, darunter das WDR-Sinfonieorchester oder die Duisburger Philharmoniker. Man mag darüber streiten, ob hier von Bildung die Rede sein kann. Fest steht, dass diese Möglichkeit von kultureller Teilhabe sich sehr positiv auf das Befinden der Betroffenen auswirkt, im Moment des Kulturgenusses und darüber hinaus.

Sei es das Seniorentanzprojekt in Mülheim, der Experimentalchor »Alte Stimmen« in Köln oder die Rockband 60plus in Düsseldorf – der Zuspruch seitens der Älteren auf solche Angebote ist kaum zu bewältigen. Allerdings machen spezielle Bildungsformate für Ältere in klassischen Kultureinrichtungen laut der Studie »Lernorte oder Kulturtempel« vom ZfKf (2010) bisher nur 6 % des pädagogischen Angebots aus und sind vor allem rezeptiver Natur. Zum Glück ist das Anbieterspektrum breit und reicht von der Soziokultur über kirchliche Einrichtungen bis hin zu privaten Musik- und Kreativschulen.

Die Ausgestaltung der Angebote ist noch stark durch die Kulturpädagogik geprägt, die schon vom Wortstamm her einen Schwerpunkt auf Kinder und Jugendliche legt. Aufgrund der Heterogenität der Älteren sollten Angebote mindestens genauso vielfältig sein wie die der kulturellen Kinder- und Jugendbildung, die sich an Kinder im Vorschulalter bis an junge Erwachsene richten. Schließlich umfasst das Alter je nach Definition 30 bis 40 oder sogar mehr Lebensjahre. Diese Generationen sind geprägt von ganz unterschiedlichen Lebensstilen, kulturellen Sozialisationen, Bedürfnissen und Vorlieben. Dementsprechend differieren auch die Kulturinteressen Älterer je nach Bildungsgrad, sozialer Herkunft und Gesundheitszustand. Wie sehr sich das Alter gewandelt hat, zeigt eine kürzlich erschienene, repräsentative Altersstudie des Generali Zukunftsfonds (2013): Auffällig sei die Leistungsfähigkeit dieser Generation, ist dort zu lesen. »Die Altersschwellen, ab denen sich Interessen und Aktivität deutlich vermindern, haben sich um rund zehn Jahre nach hinten verschoben. Während die Gesellschaft strukturell altert, hat sich die ältere Generation gleichsam verjüngt und kompensiert damit zum Teil die Auswirkungen des demografischen Wandels.«

Dass kulturelle Bildung diese große und attraktive Zielgruppe in den Blick nimmt und sich methodisch und didaktisch differenziert darauf einstellt, ist nur konsequent und führte zu einer neuen Disziplin – der Kulturgeragogik. Schließlich geht ein älterer, kranker Mensch auch nicht zum Kinderarzt, sondern zum Geriater. Die Fachhochschule Münster und das IBK bieten seit 2011 gemeinsam eine entsprechende berufsbegleitende, zertifizierte Weiterbildung an. Die Kulturgeragogik kombiniert Erkenntnisse aus Kulturpädagogik, Gerontologie und Geragogik. In der Qualifizierung lernen Künstler, Kulturvermittler, Tätige in der sozialen Arbeit, Altenhilfe und Pflege hochwertige kulturelle Bildungsangebote zu entwickeln, die sich an der Biografie und Lebenswelt Älterer orientieren und deren Lernverhalten berücksichtigen.

Angesichts der demografischen Prognosen wird es Kulturgeragogen künftig nicht an Arbeit mangeln. Es liegt darüber hinaus im öffentlichen und kulturpolitischen Interesse, die kulturelle Bildung für Ältere weiter zu stärken. Ein Absolvent der Kulturgeragogik, der heute die Vermittlungsabteilung eines holländischen Museums leitet, formulierte einmal sehr pointiert: »Geragogik ist eben nicht die Lehre von ein wenig Zerstreuung vor dem Unvermeidlichen. Es geht um Lebensqualität, Identitätsfindung und das Stimulieren eines enormen gesellschaftlichen Potenzials, das häufig noch brachliegt.«

Almuth Fricke *leitet das Kompetenzzentrum für Kultur und Bildung im Alter (kubia) am IBK Remscheid, das vom Kulturministerium des Landes NRW (MFKJKS) gefördert wird. Siehe www.ibk-kubia.de und www.kulturgeragogik.de*

Nachgefragt bei Karin Kaltenbach

Ist Teilhabe an kultureller Bildung für Wohlfahrtsverbände überhaupt ein Thema?
Kulturelle Bildung ist für uns ein wichtiger Bestandteil der Aneignung und geistigen Auseinandersetzung des Ichs mit seiner Umwelt. Teilhabe an Bildung – und darunter fällt auch kulturelle – ist ein Menschenrecht und die Grundlage gesellschaftlicher Entwicklungen. Bildungsarbeit ist deshalb immer ein zentraler Aspekt sozialer Arbeit.

Gibt es spezielle Angebote von der AWO Bundesakademie, die Aspekte der kulturellen Bildung aufgreifen?
Insbesondere die Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, weisen in ihrer Methodik Elemente der kulturellen Bildung auf. Erwachsenenpädagogik ist ein kreativer Prozess. Bei unseren Abschlusspräsentationen werden auch Rollenspiele aufgeführt, Puppentheater eingesetzt und auch mal gesungen und gerappt. Wichtig ist uns dabei, neben dem Prozess der Auseinandersetzung mit den jeweiligen fachlichen Themen die individuelle Ausdrucksform zu stärken.

Ein gravierender Fachkräftemangel herrscht bei der stationären Altenpflege. Wären die Altenheime nicht unter anderem Orte, an deren kulturelle Bildung noch stärker betrieben werden könnte?
Sicherlich liegt hier noch viel Potetial, unter anderem in der generationsübergreifenden Zusammenarbeit. Es gibt in unserem Verband sehr schöne Projekte zwischen Alt und Jung. Aber dies sehe ich nicht als zentrale Strategie gegen den Fachkräftemangel, hier stellen sich andere Fragestellungen, z. B. nach den Rahmenbedingungen und der Attraktivität des Berufsbildes.

Wo liegen die größten Defizite bei der Teilhabe der Menschen an kultureller Bildung?
Kulturelle Bildung muss die Sprache sprechen, die das Gegenüber erreicht, versteht und berührt. Defizite liegen darin, dass kulturelle Bildung zuwenig im Alltag vertreten ist, viel zu wenig Aufmerksamkeit in der Schule findet und zum großen Teil in gesonderten Projekten und closed Shops stattfindet.

Karin Kaltenbach *ist Leiterin der AWO Bundesakademie*
Die Fragen stellte Stefanie Ernst.

Der neue Wegweiser »Kultur bildet.« geleitet die Nutzer durch den Dschungel der kulturellen Bildung — *Olaf Zimmermann*

Wer will was wissen zur Kulturellen Bildung? Wer weiß was schon? Und wer fragt was? Diese und andere Fragen stellten wir uns immer wieder bei der Konzeption des Internetportals »Kultur bildet.«, das seit Mitte Februar unter *www.kultur-bildet.de* online ist.

Der Kern dieses Portals sind eine große Datenbank und eine mächtige Suchmaschine, die Verknüpfungen ermöglicht. Doch wie viele Zusatzinformationen wollen die Nutzer? Wollen sie zuerst eine Erklärung haben, was kulturelle Bildung ist oder wird das als lästige Bevormundung empfunden? Wollen sie ausschließlich eine freie Suche haben oder erleichtern Schlagworte, das Gesuchte auch schließlich zu finden? Wo werden die Grenzen gezogen? Soll jedes kleine Projekt, jede Einrichtung vor Ort aufgenommen werden oder soll sich auf größere Vorhaben, die zumindest eine regionale Ausstrahlung haben, konzentriert werden? Viele Fragen und viele Meinungen bei der Konzeption der Internetplattform.

Letztlich wurde ein Kompromiss gefunden, von dem ich meine, dass er den sehr unterschiedlichen Bedürfnissen einer großen Zielgruppe gerecht wird. Denn mit der Internetplattform sollen sowohl die Kenner als auch diejenigen, die sich das erste Mal über kulturelle Bildung informieren wollen, erreicht werden. Die Internetplattform ist in vier große Bereiche gegliedert.

Im ersten Bereich wird über das Projekt insgesamt informiert und die begleitenden Gremien werden vorgestellt. Der zweite ist den Neuigkeiten gewidmet. Unser Ehrgeiz ist, jeden Tag mit mindestens zwei, möglichst aber mehr Neuigkeiten aufzuwarten. Seien es Berichte, Ankündigungen, Kurzinterviews, Kommentare, Meldungen, das gesamte Spektrum von Formaten soll sich hier wiederfinden. Alle, die Interessantes zur kulturellen Bildung zu vermelden haben, mögen sich melden unter *news@kulturrat.de*, damit sich die Nachricht auf dem Portal wiederfindet. Ergänzt wird der Newsbereich durch einen Terminkalender sowie eine Stellenbörse.

Der dritte Bereich des Portals ist der Wegweiser. Hier gelangt man zu den Akteuren, den Projekten und Förderern der kulturellen Bildung. Kern des Wegweisers ist eine große Datenbank, in der Mitte Februar rund 1.000 Einträge verzeichnet waren. Eine Woche später waren es schon 150 Einträge mehr. Wer etwas wissen will über die Verbände im Bereich der kulturellen Bildung, über die Akzente, die Landes- oder Bundesministerien setzen, über neue Wettbewerbe oder einfach nur Projekte aus dem Feld der kulturellen Bildung wird hier fündig. Mittels der freien Suche kann unmittelbar die Datenbank durchsucht werden. Zusätzlich gibt es eine Suchfunktion, mittels derer Schritt für Schritt dem Ergebnis näher gekommen werden kann. Wer sich oder sein Vorhaben noch nicht gefunden hat und auf der regionalen, Landes- oder Bundesebene tätig ist, sollte sich schnell per E-Mail *(mitmachen@kulturrat.de)* an die Redaktion wenden, um möglichst rasch aufgenommen zu werden. Ein zusätzlicher Service ist ein Wegweiser zu lokalen, landesweiten oder spartenspezifischen Portalen.

Der vierte und letzte Bereich der Datenbank ist die Infothek. Hier sind Gesetze zur kulturellen Bildung ebenso zu finden wie Stellungnahmen der verschiedenen Verbände. Die Infothek enthält auch eine kommentierte Auswahlbibliografie, die wiederum mittels der freien Suche oder mit Hilfe der Suchfunktion durchforstet werden kann. Derzeit enthält die Publikationsdatenbank über 150 Titel und wächst ständig.

Das Internetportal »Kultur bildet.« zeigt die Vielfalt kultureller Bildung und bietet Zugang zu verschiedenen Strukturen auf regionaler, Landes- und Bundesebene. Es leistet so einen wichtigen Beitrag zu mehr Transparenz im Feld der kulturellen Bildung.

Olaf Zimmermann *ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates*

Kurz und knapp

PERSONALIEN

Neue Direktorin in der Staatsgalerie Stuttgart

Alle Besucher der Staatsgalerie Stuttgart, die unter 21 Jahre alt sind, können die Angebote des Hauses künftig kostenfrei nutzen. Mit diesem Schritt engagiert sich die neue Direktorin, Christiane Lange, für eine Annäherung junger Menschen an die bildende Kunst. Unter dem Titel »Kunst zum Mitmachen« bietet die Staatsgalerie bereits bewährte Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche an. In Themen-Workshops und speziellen Kinderführungen können sie sich mit den Exponaten vertraut machen und einen eigenen Zugang dazu finden.
→ *www.staatsgalerie.de*

Neuer Künstlerischer Geschäftsführer beim Deutschen Musikrat

Benedikt Holtbernd wird ab 1. März 2013 das Amt des Künstlerischen Geschäftsführers der Deutscher Musikrat gemeinnützigen Projektgesellschaft mbH antreten. Die Projekte des Deutschen Musikrates fördern den musikalischen Nachwuchs und setzen Impulse für das Musikleben in Deutschland. Sie fördern professionelle Musikerinnen und Musiker ebenso wie das Laienmusizieren, den talentierten Nachwuchs, die zeitgenössische Musik und bieten eine Plattform zur Vernetzung von Information und Dokumentation.
→ *www.musikrat.de*

Wechsel bei Musikland Niedersachsen

Ab 1. März 2013 ist Markus Lüdke, bisheriger Leiter des Programmbereichs Musik der Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel, neuer Geschäftsführer der Musikland Niedersachsen gGmbH in Hannover. Er folgt Lydia Grün in dieser Position, die zum 1. Januar 2013 an die Spitze des netzwerk junge ohren nach Berlin wechselte. Alle drei Institutionen widmen sich der kulturellen Bildung, insbesondere der Musikvermittlung.
→ *www.musikland-niedersachsen.de*

WETTBEWERBE

BKM-Preis Kulturelle Bildung

Seit 2009 schreibt der Beauftragte für Kultur und Medien der Bundesregierung, Bernd Neumann, den »BKM-Preis Kulturelle Bildung« aus. Mit der Auszeichnung sollen beispielhafte Projekte gefördert werden. Dabei werden drei Preise im Wert von insgesamt 60.000 Euro vergeben. Für die Auswahl ist entscheidend, dass »das vorgeschlagene Projekt nachhaltig wirkt, bundesweit modellhaft und innovativ ist sowie bislang unterrepräsentierte Zielgruppen besonders berücksichtigt«. Mehr als 50 Institutionen dürfen Vorschläge für die Preisträger machen. Bis Ende Februar war die Vorschlagsliste offen. Danach entscheidet eine Fachjury über Nominierung und schließlich Auszeichnung. 2013 dürfen sich auch diejenigen Projekte, die »nur« auf der Nominierungsliste stehen, über ein Preisgeld von immerhin 5.000 Euro freuen.
→ *www.bundesregierung.de*

Bundesweiter Wettbewerb MIXED UP

Mit dem bundesweiten Wettbewerb MIXED UP prämieren das BMFSFJ und die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) bereits zum neunten Mal erfolgreiche Kooperationen zwischen Kultur und Schule. Gesucht werden Bildungspartnerschaften, die aus mindestens einem außerschulischen kulturellen Partner und einer Schule bestehen. Auf die Bewerber warten sieben Preise à 2.500 Euro. Der Bewerbungszeitraum startete am 1. Februar 2013. Bis einschließlich 8. April 2013 können die Kooperationsteams Ihre Bewerbung per Onlineformular einreichen.
→ *www.mixed-up-wettbewerb.de*

Katholischer Kinder- und Jugendbuchpreis 2013

Die Jury des Katholischen Kinder- und Jugendbuchpreises unter Vorsitz von Weihbischof Robert Brahm (Trier) hat insgesamt 15 Titel für die diesjährige Empfehlungsliste des Preises ausgewählt. Zu den nominierten Werken gehören Bilderbücher, Erzählungen und Romane. Rund 70 Verlage haben sich mit 233 Büchern am Wettbewerb beteiligt. Die Entscheidung über den Preisträger wird am 11. März 2013 bekannt gegeben. Die Preisverleihung findet am 30. April in Stuttgart statt. In diesem Jahr wird die mit 5.000 Euro dotierte Auszeichnung zum 24. Mal vergeben.
→ *www.dbk.de*

VERANSTALTUNGEN

Aktionstag »Kultur gut stärken« zur kulturellen Bildung

Der bundesweite Aktionstag des Deutschen Kulturrates geht in die 3. Runde – in diesem Jahr unter dem Motto »Kulturelle Bildung«. Am Wochenende um den 21. Mai 2013 werden bundesweit Aktionen, Veranstaltungen, Ausstellungen, Lesungen, Konzerte, Tage der offenen Tür, Demonstrationen und vieles andere stattfinden. Der 21. Mai ist gleichzeitig der UNESCO-Welttag der kulturellen Vielfalt. Alle Künstler, Kulturinstitutionen, Kulturvereine und Kulturinteressierte sind aufgerufen, den Aktionstag mitzugestalten.
→ *www.kulturstimmen.de*

Musikschulkongress 2013

Vom 26. bis 28. April 2013 findet in der Konzert- und Kongresshallte Bamberg der diesjährige Musikschulkongress des Verbandes deutscher Musikschulen statt. Das Motto lautet »Faszination Musikschule«. Neben der Eröffnungsveranstaltung mit hochrangigen Gästen aus Bundes-, Landes-, Kommunalpolitik und Kultur, wird es drei Plenumsveranstaltungen, 46 Arbeitsgruppen und sechs Foren zu verschiedenen Schwerpunkt-Themenbereichen geben.
→ *www.musikschulen.de*

Fachtagung »Perspektiven der Forschung zur Kulturellen Bildung«

Am 6. und 7. Juni 2013 veranstaltet das BMBF in Berlin eine Fachtagung mit ca. 250 Teilnehmenden. Thema sollen empirische Forschungsergebnisse zur kulturellen Bildung und deren Transferwirkung sein. Ziel ist es, Forscherinnen und Forscher im Feld der kulturellen Bildung wirkungsvoll zu vernetzen.
→ *www.bmbf.de*

Deutsch-Französisches Jugendtheatertreffen – Intercultour

Der Bund Deutscher Amateurtheater (BDAT) und der französische Partnerverband la Fédération Nationale des Compagnies de Théâtre et d'Animation (FNCTA) veranstalten vom 3. bis 13. Juli 2013 in Paderborn und Narbonne eine Jugendtheaterbegegnung. Eingeladen werden aus beiden Ländern je sechs bis acht Jugendliche. Bewerbungsschluss ist der 10. April 2013.
→ *www.bdat.info*

PUBLIKATIONEN

Studie »mapping//kulturelle-bildung«

Angebote kultureller Bildung schießen derzeit wie Pilze aus dem Boden – diese Vielfalt ist erfreulich, die Lage aber unübersichtlich. Die Stiftung Mercator hat Susanne Keuchel vom Zentrum für Kulturforschung beauftragt, belastbare Daten zum Thema zu sammeln und zu interpretieren. Diese aktuelle Studie »mapping//kulturelle-bildung« untersucht Qualitäten und Strukturen kultureller Bildung in vier Bundesländern unter folgenden Fragestellungen: Wer sind die Protagonisten der kulturellen Bildung, welche Förderlinien existieren, welche Ressourcen werden eingesetzt, wohin die Mittel fließen und wer davon profitiert?
→ *www.stiftung-mercator.de*

Erfolgreich kommunizieren für Jugend, Bildung und Kultur

Die BJK hat ein neues E-Book mit dem Titel »Erfolgreich kommunizieren für Jugend, Bildung und Kultur« publiziert. Ziel ist es, Fachkräfte der kulturellen Bildung für das Thema PR fit zu machen. Das E-Book bietet einen praxisorientierten Einstieg in die professionelle Kommunikation im Kultur-, Bildungs- und Jugendbereich. Expertinnen aus der Praxis führen in die Themen Marketing, Social-Media-Marketing, Fundraising sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ein. Die Möglichkeiten des digitalen Mediums werden dafür genutzt, auf einer zweiten Ebene tiefer gehende Materialien, Anleitungen und Checklisten zur Verfügung zu stellen.
→ *www.bkj.de*

WEITERBILDUNG

Seminar: Pädagogische Kompetenzen für Künstlerinnen und Künstler

Unter dem Motto »Künstler sein, das ist schon schwer – Lehrer sein dagegen sehr!« veranstaltet das Kulturbüro Rheinland-Pfalz am 10. und 11. April ein Seminar in Koblenz. Dieses richtet sich an Künstlerinnen und Künstler, die nun auch pädagogisch arbeiten. Unter der Leitung von Stephan Bock sollen folgende Themen bearbeitet werden: Wie funktioniert erfolgreiches Lernen? Themen sind: Pädagogische Ansätze, Methodik, Didaktik, Meine Haltung im Unterricht, Systemische Pädagogik, Die Funktion der Spiegelneuronen beim Lernen, Motivation, Schwierige Schüler und Schwierige Situationen.
→ *www.kulturseminare.de*

Seminar: Schreibwerkstatt Kurzgeschichte

Wer sich das Handwerkszeug für das Erarbeiten einer Kurzgeschichte zulegen möchte, ist bei dem Kurs »Irgendwann ist Schluss. Schreibwerkstatt Kurzgeschichte« der Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel genau richtig. Vom 12. bis 15. Mai 2013 können die Teilnehmer unter der Anleitung des Autoren Markus Orths eine bis zu zehnseitige Kurzgeschichte erarbeiten.
→ *www.bundesakademie.de*

Weiterbildung: Spielend Lernen im Ganztag

Die Akademie Remscheid bietet vom 18. bis 20. April 2013 eine Theorie-Praxis-Werkstatt in Kooperation mit der Arbeitsstelle Kulturelle Bildung in Schule und Jugendarbeit und dem LVR Landesjugendamt zum Thema »Spielend Lernen im Ganztag« an. Die Werkstatt richtet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Schule, Kinder- und Jugendarbeit, die sich neue Impulse für die Ganztagsbildung erarbeiten und dabei sowohl auf der theoretischen wie der praktischen Ebene neue Erkenntnisse und Erfahrungen machen möchten.
→ *www.akademieremscheid.de*

Kultur bildet.
erscheint als regelmäßige Beilage zur Zeitung Politik & Kultur, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.

GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Adresse
Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Telefon: 030 / 24 72 80 14
Fax: 030 / 24 72 12 45
post@kulturrat.de, www.kulturrat.de

Deutscher Kulturrat

Redaktion
Olaf Zimmermann (Chefredakteur, V. i. S. d. P), Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin), Stefanie Ernst (CvD), Andreas Kolb, Andrea Wenger, Carolin Ries

Redaktionsassistenz
Tatjana Gridnev, Verena Schmidt

Beratung
Kerstin Hübner (BKJ)

Verlag
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
Telefon: 0941 / 945 93 - 0, Fax: - 50
info@conbrio.de, www.conbrio.de

Druck
Freiburger Druck GmbH & Co. KG

Gestaltung
4S Design

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Sollte in Beiträgen auf das generische Femininum verzichtet worden sein, geschah dies aus Gründen der besseren Lesbarkeit. Selbstverständlich sind immer weibliche als auch männliche Gruppenangehörige einbezogen. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.